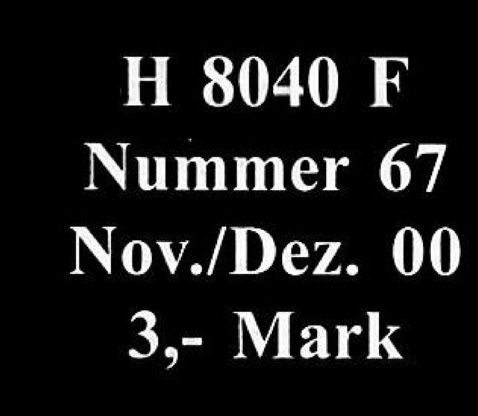


H 8040 F
Nummer 67
Nov./Dez. 00
3,- Mark

DER RECHTE RAND

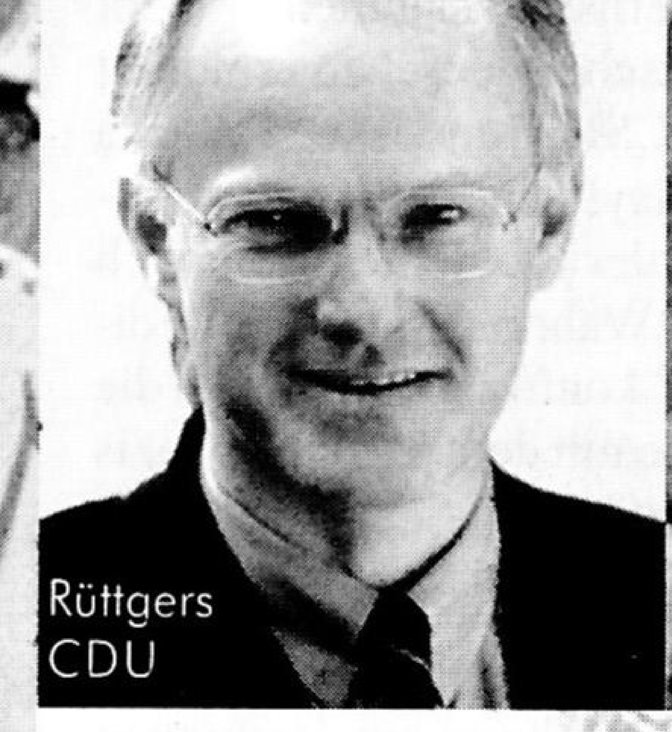
INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

„Aufstand der Anständigen"



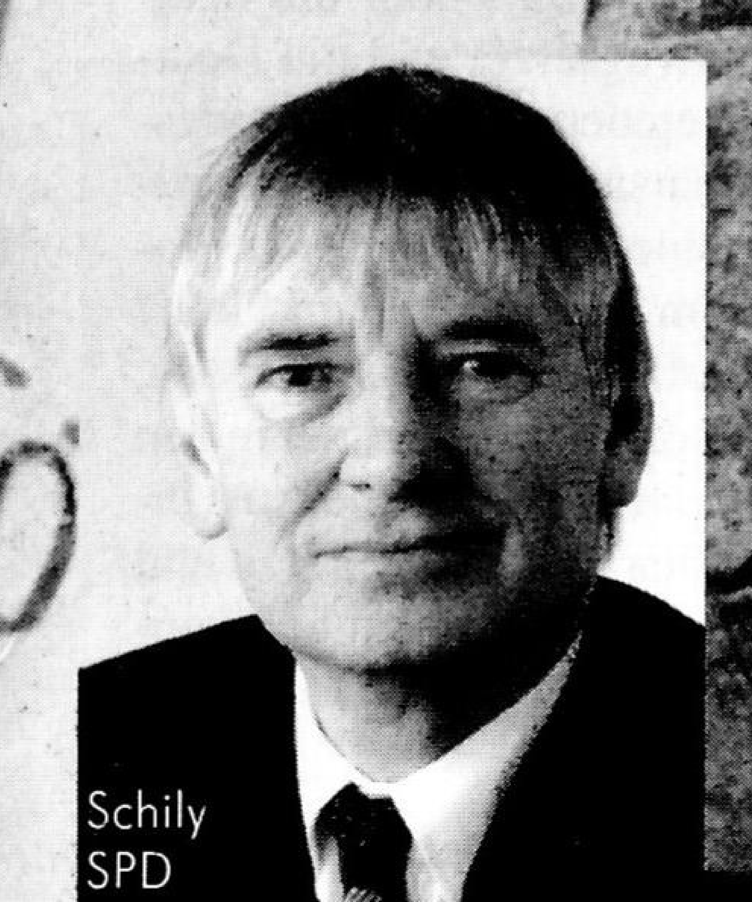
Beckstein CSU

„Wir brauchen weniger Ausländer, die uns ausnützen, und mehr, die uns nützen."



Rüttgers CDU

„Kinder statt Inder."



Schily SPD

„Die Grenze der Belastbarkeit Deutschlands durch Zuwanderung ist überschritten."

In diesem Heft:

„Blood & Honour" verboten • Deutschlands Euroregionen • Akzeptierende Jugendarbeit in der Diskussion • Interview mit Richard Stöss • Internationales: Österreich - Ukraine - Belgien - Norwegen • Finkelstein-Debatte • Rechtskontakte: Schönbohm - Zöpel - Schröder • Meldungen • Rezensionen

In diesem Heft

Editorial

Es soll ein demokratischer Ruck durch Deutschland gehen. Wieder einmal. Ein „Aufstand der Anständigen". Von Bundeskanzler Gerhard Schröder proklamiert, findet sich seit einigen Wochen unter diesem Slogan allerlei Politprominenz zusammen. Es gehe nicht mehr, so die Forderung, dass rechtsextreme Kräfte nichtdeutsche Menschen terrorisieren oder ermorden. Es sei unerträglich, dass wieder und wieder jüdische Friedhöfe geschändet, Synagogen zerstört, Jüdinnen und Juden attackiert werden. Und deshalb sei der Kampf gegen die NPD, die sich Rassismus, Antisemitismus und Deutschnationalismus auf ihre Fahnen geschrieben hat, eine demokratische Notwendigkeit.

Während aber die politische Prominenz in Sonntagsreden den „Aufstand der Anständigen" zu ihrem Programm erklärt – freilich ohne ernsthafte Maßnahmen zu seiner programmatischen Umsetzung einzuleiten – werden weiterhin jüdische Friedhöfe geschändet, demonstrieren weiterhin Neonazis für ihre menschenverachtenden Ziele, geistern weiterhin tagtäglich neofaschistische und rechtsradikale Parolen durchs Internet. Und: werden weiter Menschen aus Deutschland abgeschoben, weil ihnen hier keine Zuflucht, kein Asyl gewährt wird. Ihre Hoffnung auf nichts weiter als den Schutz ihres Lebens wird brutal zerstört. Für viele endet die Abschiebung in Folter, wenn nicht gar im Tod.

Es ist das gleiche Jahr, der gleiche Monat, vielleicht sogar der gleiche Tag, an dem der „Zentralrat der Juden" einen der wöchentlich dreißig antisemitischen Schmähbriefe erhält, während im deutschen Feuilleton eine vor antisemitischen Ressentiments strotzende Publikation von Norman Finkelstein für „debattierwürdig" und „ernst zu nehmen" gelobt wird. Es ist das gleiche Land, in dem nichtdeutsche Menschen ermordet werden, während der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Friedrich Merz erklärt, seine Partei müsse das Asylrecht zu einem zentralen Wahlkampfthema machen, da die „Lösung der Probleme im Bereich der Zuwanderung" inzwischen „überfällig" sei. Während Merz die Medien mit dem Slogan einer „deutschen Leitkultur" konfrontiert, der sich die MigrantInnen annehmen sollten, sind eben diese mit deutschen Neonazis konfrontiert, die ihnen ihre Sicht der Dinge einprügeln.

Welche Tragweite hat also der proklamierte „Aufstand der Anständigen", wenn selbst Kanzler Schröder bereitwillig dem „Bund der Vertriebenen" als Festredner bei einer Jubiläumsveranstaltung zur Verfügung steht? Als Festredner für eine Erklärung der Vertriebenenverbände („Charta der deutschen Heimatvertriebenen"), die sich schamlos über die deutschen Verbrechen des Nationalsozialismus hinwegsetzte und die Deutschen selbst zu Opfern erklärte. Was sind die Beteuerungen der Bundesregierung gegen Rechts wert, wenn sich der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Christoph Zöpel, veranlasst sieht, seine Ansichten der neofaschistischen Wochenzeitung „Junge Freiheit" im Interview zu erklären? Und wie sieht der deutsche Kampf gegen Neofaschismus vor Ort aus, wenn Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm ausgerechnet in den Jugendklubs einen „erheblichen Diskussionsbedarf beim Thema Ausländer" ausmacht, in denen sich vornehmlich Rechtsradikale aufhalten und mit diesen Fußballspielen will, um den Rechtsradikalismus zu bekämpfen, während er gleichzeitig die Opfer rassistischer Gewalt abzuschieben droht?

Und wenn die FAZ auf ihrer Titelseite neben einem Bericht über ein mögliches NPD-Verbot einen Kommentar platziert, in dem die Lösung der „Ausländerfrage" abhängig gemacht wird von der Diskussion über eine „deutsche Leitkultur", dann steht sie durchaus nicht im Widerspruch zu dem proklamierten „Aufstand der Anständigen". Denn dieser hat mit der deutschen Realität und Normalität zu tun, in der lediglich die NPD nicht vollstrecken soll, was vielerorts gedacht wird: So förderten jüngste repräsentative Umfragen zutage, dass mehr als Zweidrittel der Deutschen der Ansicht seien, es kämen zu viele Ausländer in die Bundesrepublik. 66 Prozent halten die „Zuwanderung" für „zu stark" und die „Grenzen der Belastbarkeit" für überschritten.

Entwicklungen, die die Notwendigkeit antifaschistischen Engagements überdeutlich zeigen – nur dass der als antifaschistisch ausgewiesene „Aufstand der Anständigen" offenbar weniger als die halbe Wahrheit ist.

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift Der Rechte Rand erscheint Anfang Januar 2001. Redaktionsschluss ist am 11. Dezember.

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Rolandstraße 16
30161 Hannover

Postanschrift:
DER RECHTE RAND
Postfach 1324
30013 Hannover
Tel.: 0511 / 33 60 209
redaktion@der-rechte-rand.de

Druck:
Werkdruck Hannover

Erscheinungsweise:
6x im Jahr

V.i.S.d.P.: Klaus Harbart

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Andreas Berger

Leader of the Pack

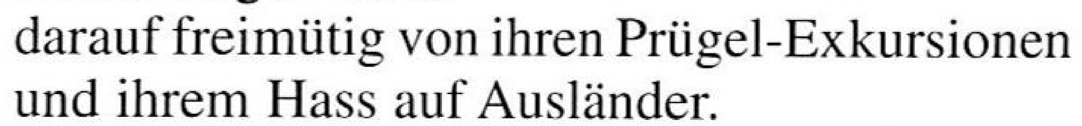
Jörg Schönbohm und das „differenzierte Herangehen“

Als die Medien ihr Sommerloch mit der plötzlichen Erkenntnis stopften, wie gefährlich Ausländer in Deutschland leben, verstanden es nur wenige, sich der ebenso plötzlichen Einheitsfront der Nazigegner zu verweigern. Einer von ihnen war Jörg Schönbohm (CDU), Innenminister von Brandenburg.

Während Liberale und Sozialdemokraten angesichts der tödlichen Brutalität der rechten Schläger hartes Durchgreifen des Staates verlangten, plädierte der Law-and-Order-Mann für eine überraschend liberale Art der Aufstandsbekämpfung. In einem Gastbeitrag für den Berliner „Tagesspiegel“ forderte der ehemalige Bundeswehrgeneral im Deutsch seiner Zielgruppe: „Wir müssen anfangen, gemeinsam mit den rechten Jugendlichen Fußball zu spielen, als immer nur Fußballspiele gegen Rechts zu organisieren.“ Es gehe darum, mit den „Verführten zu sprechen“. Von Solidarität mit den Opfern rechtsradikaler Gewalt war mit keinem Wort die Rede, aber davon, dass man auch deutlich machen müsse, dass „derjenige, der das Asylrecht missbraucht, wieder gehen muss“.

17 Menschen sind in Brandenburg seit dem Jahr 1990 von Rechtsextremisten umgebracht worden. Nur in wenigen Fällen waren die Tötungsdelikte geplant. Oft waren die Täter kaum mehr 18 Jahre alt oder sogar minderjährig. Sie besaßen keine illegalen Waffen, ihnen genügten Fäuste, Stiefel oder Schlagwerkzeuge, die an jeder Ecke zu erhalten sind. Einige waren durch Alkohol, alle durch die Gewissheit animiert, in einer Gruppe von Gleichgesinnten zu agieren. Nur in zwei Fällen waren die Täter Mitglieder einer rechtsextremen Vereinigung. Einer Untersuchungen des Rechtsextremismus-Forschers Richard Stöss zufolge gehören nur fünf Prozent der Schläger einer rechtsradikalen Organisation an, fünf weitere Prozent stehen mit einer solchen in Verbindung. Kurz: Die Täter sind fast immer die „Verführten“, mit denen Schönbohm Fußball spielen will.

Dass die umworbene Klientel trotz oder wegen des tiefen Verständnisses, das ihnen ihr Innenministers entgegenbringt, nicht an Besserung denkt, zeigt der Fall des von Rechtsradikalen frequentierten Jugendclubs „Flash 29“ in Cottbus. Nach einem Besuch attestierte Schönbohm den Jugendlichen: „Von NS-Ideologie zu sprechen, ist abwegig“. Statt dessen gebe es „erheblichen Diskussionsbedarf beim Thema Ausländer“. Der „Berliner Zeitung“ erzählten Schönbohms Cottbusser Bedürftige kurz darauf freimütig von ihren Prügel-Exkursionen und ihrem Hass auf Ausländer.



Jörg Schönbohm

Den hat der Innenminister schon 1998 als Berliner Innensenator kräftig geschürt: „Es gibt heute schon Quartiere, die so sind, dass man sagen kann: Dort befindet man sich nicht in Deutschland. [...] Deutschland ist kein Einwanderungsland und sollte es auch nicht werden.“ Und das war nicht das erste Mal. In der „Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik“ hatte Schönbohm diese Haltung schon im Frühjahr 1997 genauer ausformuliert. „Ausländische Bevölkerungsgruppen dürfen sich nicht dauerhaft als Fremdkörper etablieren [...] Es muss klargestellt werden, dass die deutsche Lebenswelt und Kultur Vorrang hat. Das schließt nicht aus, dass neue Einflüsse Aufnahme finden. Doch die Identität der Bundesrepublik als Nationalstaat darf nicht zur Disposition stehen.“

Was Schönbohm meint, meinen auch seine Verführten: „Ich bin der Auffassung, dass die Grundlage unserer Politik und unseres Gemeinwesens unsere Nation und Kultur sind.“ Als er 1999 in einem Interview mit der neofaschistischen Wochenzeitung „Junge Freiheit“ für dieses Programm warb und damit in die Kritik geriet, bestand Schönbohm darauf, den Kontakt willentlich eingegangen zu sein: „Es ist der Eindruck entstanden, ich hätte nicht gewusst, was ich tue. Das ist falsch.“

Er weiß, was er tut, und so recht ihm die Freiheit-Jungen sind, so zuwider sind ihm Asylbewerber. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse warf Schönbohm in einem Brief die „Unterstützung rassistischer Tendenzen“ vor: Die Haltung des Innenministers erwecke den Eindruck, dass „deutsche Regierungsstellen die Ergebnisse und Konsequenzen rechtsextremer und rassistischer Vorfälle nicht nur hinnehmen, sondern sogar nutzen, in dem sie Teil offizieller Argumentation werden.“ Schönbohm hatte zuvor dem Algerier Khaled Bensaha, der die Hetzjagd von rechtsradikalen Jugendlichen im Jahr 1999 im brandenburgischen Guben überlebt hatte, einen sicheren Aufenthaltsstatus verweigert und die Ablehnung damit begründet, dass der Asylbewerber „ja in einem Land ein Aufenthaltsrecht anstrebe, in dem er traumatisiert wurde und deshalb nicht in der Lage sein werde, sich zu integrieren“. In einem zweiten Fall rettete nur ein Kirchenasyl in Dogelin eine vietnamesische Familie vor einer Ausweisung, obwohl das Ausländerrecht wegen der Schwangerschaft der Frau eine Duldung der Familie zugelassen hätte. Der Pfarrer Olaf Schmidt nannte die Politik des Innenministeriums „klar ausländerfeindlich“ und der Bischof der evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, Wolfgang Huber, kritisierte, die Landesregierung verweigerte die Garantie von Grund- und Menschenrechten.

In seinem Beitrag über den Rechtsradikalismus verlangte Schönbohm, man müsse die Ängste der jungen Menschen (vor Ausländern) zur Kenntnis nehmen und zu deren Abbau beitragen. Seit seinem Amtsantritt versucht er seinen Brandenburgern das beruhigende Gefühl zu geben, sie müssten den Kampf gegen die Ausländer nicht mehr handfest selber führen, sondern könnten ihn ihrem Minister überlassen. Eine seiner ersten Amtshandlungen war die Veröffentlichung einer Abschiebeliste. Wöchentlich wurde der Bevölkerung mitgeteilt, wie viele Ausländer ihr erspart geblieben sind. Damit hat er sich bei seinen Volksgenossen viele Freunde gemacht. Über die Kritik an seiner Ausländerpolitik sagte er: „Mir schadet diese Debatte in der Wählergunst wohl kaum.“



Brandenburgs Regierungschef Manfred Stolpe (SPD) hat unlängst Fehler im Umgang mit dem Rechtsextremismus in Gollwitz und anderswo eingestanden. Sein Bekenntnis lautete: „Das differenzierte Herangehen an Vorurteile, das Um-Verständnis-Werben“ sei objektiv eine Unterstützung. „Differenzieren wirkt als Verharmlosen, und Verharmlosen heißt Unterstützen.“ Stolpe ist Ministerpräsident dank der Unterstützung durch seinen Innenminister Jörg Schönbohm. Unterstützen heißt Verharmlosen.

Weiterer Preis für Walser?

Die Stadt Halle will den Schriftsteller Martin Walser mit dem Preis „Das unerschrockene Wort“ ehren. Walser hatte 1998 in seiner Rede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels behauptet, es gebe eine „Instrumentalisierung“ von Auschwitz „zu gegenwärtigen Zwecken“. Das geplante Holocaust-Mahnmal in Berlin bezeichnete er damals als „Monumentalisierung der Schande“. Der Preis „Das unerschrockene Wort“ wird von 13 deutschen Städten ausgelobt. Zu diesen gehört auch Halle. Der an Martin Luther erinnernde Preis richtet sich laut Statut an Personen, die „wegweisende zukunftsgerichtete Überlegungen“ gemacht und „gegenüber Widerständen vertreten“ hätten. Der Vorschlag des Halleschen Stadtrats ist vom Zentralrat der Juden in Deutschland scharf kritisiert worden. Die Oberbürgermeisterin von Halle, Ingrid Häußler (SPD), äußerte dazu, sie verwahre sich dagegen, dass die Stadt „in die rechtsradikale und antisemitische Ecke“ geschoben werde. Walser habe eine differenzierte Auseinandersetzung jedes Einzelnen mit der Geschichte gefordert, weswegen man weiter zu seiner Nominierung stehe.

Sascha Rendus

„Keinerlei Probleme“

Staatsminister in der „Jungen Freiheit“

Christoph Zöpel (SPD) hat sich der „Jungen Freiheit“ (JF) anvertraut. Im Interview mit der neofaschistischen Wochenzeitung äußerte sich der Staatsminister im Auswärtigen Amt Ende September über „sein Verhältnis zur Nation“ und über „die Zukunft Deutschlands in Europa“. Das Interview sorgte für erhebliches Aufsehen.

IM GESPRÄCH

„Staatsangehörigkeit statt Natior

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Christoph Zöpel, über sein Verhältnis zur Nation und die Zukunft Deutschlands in Europ

Faksimile aus der „Jungen Freiheit“

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Andreas Nachama, brachte die Kritik an Zöpel auf den Punkt: durch sein Interview entwerte der Staatsminister alle Bekenntnisse der Bundesregierung gegen Rassismus und Antisemitismus. Zugleich mache Zöpel Rechtsextremismus salonfähig, erklärte Nachama gegenüber dem Berliner Radiosender „Hundert, 6“. Die Kritik an Zöpel zielte dabei weniger auf die von ihm im Interview geäußerten Positionen, sondern auf die Tatsache, dass der SPD-Politiker überhaupt einem neofaschistischen Blatt als Gesprächspartner zur Verfügung gestanden hat.

Zöpel selbst bewertete sein JF-Interview hingegen als „Aufklärung“. Er wolle Menschen mit Argumenten überzeugen und warum solle „das nicht bei Rechten gelingen“, fragte Zöpel rhetorisch. Die „Junge Freiheit“ sei ein „Forum für Gegner der Demokratie“, das sich um einen demokratischen Anstrich bemühe, kritisierte der Sprecher der „Arbeitsgruppe Rechtsextremismus“ der SPD-Bundestagsfraktion, Sebastian Edathy, diese Einschätzung des Staatsministers. Einer Zeitung wie der JF sollte man kein Interview geben, sagte Edathy. Denn damit laufe man Gefahr, so der SPD-Abgeordnete, das Blatt aufzuwerten.

Seit Jahren wird von antifaschistischer Seite darauf hingewiesen, dass die JF eine rechtsradikale bzw. neofaschistische Publikation ist. Dabei stand lange Zeit die Kritik an einer „neurechten“ Strategie der „Jungen Freiheit“ im Zentrum der Kritik. In jüngerer Gegenwart orientiert sich die Berliner Wochenzeitung verstärkt in eine andere Richtung. Die Beträge sind sprachlich vulgärer geworden und seinem intellektuellen Anspruch wird das Blatt längst nicht mehr gerecht. Auch die inhaltliche Auseinandersetzung mit „meta-“ oder kulturpolitischen Themen spielt bestenfalls noch am Rande eine Rolle, während die Darstellung der Entwicklung von neofaschistischen Parteien und Organisationen zusehends an Bedeutung gewonnen hat. Exemplarisch hierfür ist ein Interview mit dem JN-Landesvorsitzenden von Rheinland-Pfalz, Sascha Wagner, das der JF-Chefredakteur Dieter Stein kurz nach Aufkommen der NPD-Verbotsdiskussion geführt hat. In dem Interview antwortete Wagner auf die Frage von Stein, wie man Skinhead werde, dass er sich zunächst in der Fußballszene eine Gruppe gesucht habe, die „ein Gegenpart zur Szene von Ausländerbanden und Linksradikalen“ sein sollte. Ferner habe er es gut gefunden, so Wagner weiter, dass „es da Leute gab, die sich nicht überfremden lassen wollten“.

Seit einigen Jahren wird die JF auch im Verfassungsschutzbericht von Nordrhein-Westfalen geführt, in der jüngsten Ausgabe des Bundesverfassungsschutzberichts findet sie ebenfalls Erwähnung. Dies alles war kein Grund für Zöpel, sich gegen ein Interview mit der „Jungen Freiheit“ zu entscheiden. Selbst wenn er den Verfassungsschutzbericht gelesen hätte, versuchte Zöpel sich zu rechtfertigen, hätte er das Gespräch mit der JF geführt. Er habe mit dem Interview „keinerlei Probleme“ und halte die Entscheidung zum Interview nach wie vor „für richtig“. Das, was er dem Blatt gesagt habe, sei für deren Leser „schwerer Tobak“ gewesen und für die „Junge Freiheit“ eine „größere Zumutung als für mich“, erklärte Zöpel. Das JF-Interview sei zustande gekommen, nachdem der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Wilfried Böhm in der JF den Rücktritt Zöpels wegen „nationaler Unzuverlässigkeit“ gefordert habe. Nach Eigenangaben habe sich Zöpel über den Artikel geärgert und daraufhin bei der JF angerufen. Diese habe ihn dann um das Interview gebeten - damit er seine Ansichten darlegen konnte. Damit habe das Blatt sich, wie Zöpel betont, “fair und korrekt” verhalten.

„Gewalttäter als Vollstrecker“

Ist Rechtsextremismus nur ein Problem neofaschistischer Organisationen oder hat er eine tiefer gehende gesellschaftliche Dimension? Der Rechte Rand sprach mit PD Dr. Richard Stöss vom „Otto-Suhr-Institut“ (OSI) der Freien Universität Berlin über die Verankerung des Rechtsextremismus in der bundesdeutschen Bevölkerung, Entwicklungstendenzen in den letzten Jahren und Aspekte rechtsextremer Artikulation. Der Politikwissenschaftler Richard Stöss arbeitet seit Jahren im Bereich der Parteien- und Wahlforschung, wobei der Rechtsextremismus immer wieder Gegenstand seiner Untersuchungen gewesen ist.

Der Rechte Rand: Sie haben kürzlich in einer Studie die rechtsextreme Einstellung der Bevölkerung in der Region Berlin-Brandenburg untersucht. Wie ist es um Ausmaß und Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts bestellt?

Richard Stöss: In der Umfrage wird Rechtsextremismus als Einstellungsmuster aufgefasst, das sich aus verschiedenen Aspekten zusammensetzt. Dazu gehören Autoritarismus, Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Pro-Nazismus – also die Verharmlosung oder Rechtfertigung des Nationalsozialismus – und Antisemitismus. Wenn man aus diesem Muster eine Skala bildet, dann ergibt sich, dass in Berlin 12 Prozent und in Brandenburg 21 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung rechtsextreme Einstellungen vertreten.

DRR: Wie sind diese Werte im Vergleich zu den letzten Jahren zu beurteilen?

R.S.: Für den Raum Berlin-Brandenburg ist festzustellen, dass rechtsextreme Einstellungen in den letzten Jahren auf einem stabilen Niveau geblieben sind. Auch auf Bundesebene hat sich in den vergangenen zehn Jahren offenbar wenig geändert; die meisten Untersuchungen ermitteln um die 15 Prozent rechtsextremer Grundhaltung bei der deutschen Bevölkerung. Es kann also davon ausgegangen werden, dass das rechtsextreme Potenzial seiner Gesamtgröße nach unverändert geblieben ist. Allerdings hat es innerhalb dieses Potenzials eine auffällige Veränderung gegeben: rassistische, insbesondere wohlstandschauvinistische Einstellungen haben eine zunehmend starke Bedeutung bekommen.

DRR: Worin ist dieser Wandel begründet?

R.S.: Er ist eine Folge der gesellschaftlichen und politischen Veränderungen seit Ende der siebziger Jahre. Untersuchungen in den sechziger Jahren kamen noch zu dem Ergebnis, dass es ein relativ geringes Potenzial an rassistischen Einstellungen gab, während später der sozioökonomisch begründete Rassismus, der Wohl-

standschauvinismus, extrem anstieg. Neben den rechtsextremen Parteien haben die konservativen Parteien diese Ideologie transportiert und damit für eine erhebliche Verbreitung in der Bevölkerung gesorgt. Es handelt sich also um einen gesellschaftlich-politisch bedingten Wandel.

DRR: *Sie sprechen die Parteien an. An welchen Parteien orientieren sich die rechtsextrem eingestellten Menschen? Nur an den Nazi-Parteien?*

R.S.: Ganz im Gegenteil. Wenn auf Bundesebene die rechtsextremen Parteien bestenfalls drei Prozent der Stimmen erhalten, aber um die 15 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung rechtsextreme Einstellungen vertreten, ist die Differenz offensichtlich. Rechtsextrem eingestellte Menschen wählen überwiegend etablierte Parteien. Nachdem in diesem Spektrum früher die CDU favorisiert wurde, bekommt gegenwärtig die SPD erheblich mehr Zuspruch. Die Frage, die sich dabei stellt, ist die nach den Gründen für diese Verschiebung von der CDU zur SPD.

DRR: *Und ihre Antwort?*

R.S.: Das hängt mit der Änderung der sozialstrukturellen Zusammensetzung des rechtsextremen Potenzials zusammen. In den fünfziger und sechziger Jahren war Rechtsextremismus fast ein reines Mittelschichtphänomen. Heute ist es hingegen so, dass überwiegend Arbeiter, Facharbeiter und Arbeitslose rechtsextreme Einstellungen vertreten, der Mittelstand aber unterdurchschnittlich anfällig ist. Diese Proletarisierung des Rechtsextremismus ist ein Phänomen, das in vielen europäischen Staaten anzutreffen ist. Für diese Menschen spielen Werte wie soziale Gerechtigkeit eine erhebliche Rolle. In der Bundesrepublik sehen sie sich parteipolitisch folglich eher von der SPD als von der CDU vertreten.

DRR: *Spielt neben ökonomischen Gründen nicht auch eine politische Umorientierung der Sozialdemokratie in den letzten Jahren eine Rolle?*

R.S.: Ich glaube nicht, dass sich die Politik der SPD in den letzten zehn Jahren grundlegend verändert hat. Man muss aber auch sehen, das Wähler kaum Parteiprogramme studieren, sondern sich eher für Image und Auftreten der Parteien interessieren. Dabei hat die SPD im Vergleich zur CDU noch immer das Image, sich für soziale Gerechtigkeit einzusetzen. Vergleichbares gilt auch für die PDS in Ostdeutschland. Ein kleinerer Anteil des rechtsextremen Einstellungspotenzials wählt folgerichtig auch die PDS.

DRR: *Sind sich die ungefähr 15 Prozent Menschen mit rechtsextremen Einstellungen ihrer objektiven gesellschaftlichen Verortung auf einer politischen Rechts-Links-Skala trotzdem bewusst?*

R.S.: Bei der Selbsteinordnung in eine solche Skala stuft sich die überwiegende Mehrheit der Befragten auch deutlich rechts ein. Wenn man aber Fragen nach sozialer Gerechtigkeit stellt, dann zeigt sich eine unterschwellige Kapitalismuskritik, die in etwa argumentiert, dass nur die „Großen“ profitieren würden und der „kleine Mann“ außen vor bleibe. Das ist im übrigen nichts Neues: bereits bei den Faschismen der Zwischenkriegszeit zeigte sich, das der soziale Impetus sehr stark war.



DRR: *Wenn Sie sagen, die rechtsextrem eingestellten Menschen seien sich ihres politischen Standorts bewusst und wählen zugleich SPD – ist das nicht ein Widerspruch, wenigstens im Selbstverständnis der Personen?*

R.S.: Nein, weil beim Wahlverhalten in gewissem Maße auch Rationalität eine Rolle spielt. Das Erscheinungsbild der Rechten in Deutschland ist gegenwärtig nicht besonders attraktiv. Darin unterscheidet sich die Situation auch von anderen europäischen Ländern, wie Frankreich, Italien oder Belgien, in denen rechtsextreme Parteien etablierter sind und ihr Führungspersonal respektabler erscheint, als in Deutschland. Darüber hinaus ist bei dieser Rationalität die Frage entscheidend, wer die Grundsatzforderung am besten vertreten kann, wobei das Prinzip des „kleinere Übels“ eine wichtige Rolle spielt. Das heißt, dass die Annahme vertreten wird, die Sozialdemokratie könne sich vielleicht noch für soziale Gerechtigkeit einsetzen, während zugleich in anderen Fragen von ihr nicht viel erwartet oder gehalten wird. Man kann gewissermaßen von einem sozial motivierten Pragmatismus der rechtsextrem eingestellten Personen sprechen, sozialdemokratisch zu wählen.

DRR: *Neben dem Wahlverhalten gilt auch das Verhältnis zur Gewalt oft als ein Indikator für Rechtsextremismus. Neigen rechtsextrem eingestellte Menschen mehr zu Gewalt?*

R.S.: Im Vergleich zur übrigen Bevölkerung ist eine überdurchschnittliche Gewaltbereitschaft festzustellen. Aber die Annahme, dass die Menschen, die über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild verfügen, besonders zu Gewalt neigen, ist falsch. Dies trifft nur auf die rechtsextremen Hardliner zu. Rechtsextrem motivierte Gewalt ist zwar ein wichtiges Problem, aber nicht das einzige. Die rechte Gewaltszene ist von einem breiten gesellschaftlichen Umfeld umgeben, das die Gewalttäter als Vollstrecker ihrer Einstellungen versteht. Von diesen Personen werden die Gewalttäter teilweise sogar gedeckt oder vor Strafverfolgung geschützt. Rechtsextremismus ist also letztlich ein gesamtgesellschaftliches Phänomen, dass sich keinesfalls auf die Gewaltfrage reduzieren lässt.

Das Gespräch für die Zeitschrift DER RECHTE RAND *führte Samuel Salzborn.*

Knobloch gibt JF Interview

Die Vizepräsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, hat der neofaschistischen Wochenzeitung „Junge Freiheit“(JF) in der Ausgabe 42 vom 13. Oktober diesen Jahres ein Interview gegeben. In dem Gespräch mit dem Titel „Für ein ungestörtes Verhältnis - Charlotte Knobloch über die Verklemmtheit zwischen Juden und Nicht-Juden und den notwendigen Weg in die Normalisierung“ warnt Knobloch vor Philosemiten, die sie als „eine sehr gefährliche Gruppe“ bezeichnet. Auf den Nationalsozialismus angesprochen, fordert sie „mit diesem Stück deutscher Geschichte genauso unbefangen umzugehen wie mit der übrigen deutschen Geschichte“. Repräsentanten jüdischer Gemeinden wie der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Andreas Nachama, bezeichneten das Interview als einen „Skandal, der nicht zu überbieten“ sei.

Backes darf bleiben

Der „Extremismusforscher“ Uwe Backes bleibt trotz Entlassungsempfehlung des Wissenschaftlichen Beirats weiterhin am Hannah-Arendt-Institut in Dresden beschäftigt. Dies setzte das Kuratorium um den sächsischen Kultusminister Matthias Rößler (CDU) durch. Zwischen Backes und dem Institutsleiter Klaus-Dietmar Henke war es über eine Rede des Institutsmitarbeiters Lothar Fritze zum Streit gekommen. Fritze hatte in seinem im November 1999 in der „Frankfurter Rundschau“ veröffentlichten Vortrag dem Hitler-Attentäter Georg Elser die moralische Legitimität für seine Tat abgesprochen. Henke hatte die Rede kritisiert, wofür ihn Backes angriff. Nun soll Henke gehen: Sein Vertrag wurde vom Kuratorium nicht verlängert. Angeblich liege der Schwerpunkt seiner Arbeit zu sehr auf der NS-Zeit und zu wenig auf der „vergleichenden Diktaturforschung“.

Asylrecht als Wahlkampfthema

Friedrich Merz, Chef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, hat erklärt, dass seine Partei das Asylrecht zu einem zentralen Thema des Bundestagswahlkampfs im Jahre 2002 machen werde. Er deutete an, für den Wahlkampf auch die Änderung der Asylgesetzgebung im Auge zu haben. Die Dauer der Asylverfahren müsste „nachhaltig verkürzt“ werden. Eine „Lösung der Probleme im Bereich der Zuwanderung“ sei „überfällig“. Die MigrantInnen müssten „bereit“ sein, „sich einer deutschen Leitkultur anzunehmen“. Das Thema werde „wichtiger, als es bisher war“. Merz würdigte auch die Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft der hessischen CDU, die entscheidend zum Wahlsieg Roland Kochs (CDU) bei den Landtagswahlen im Februar letzten Jahres beigetragen hatte.

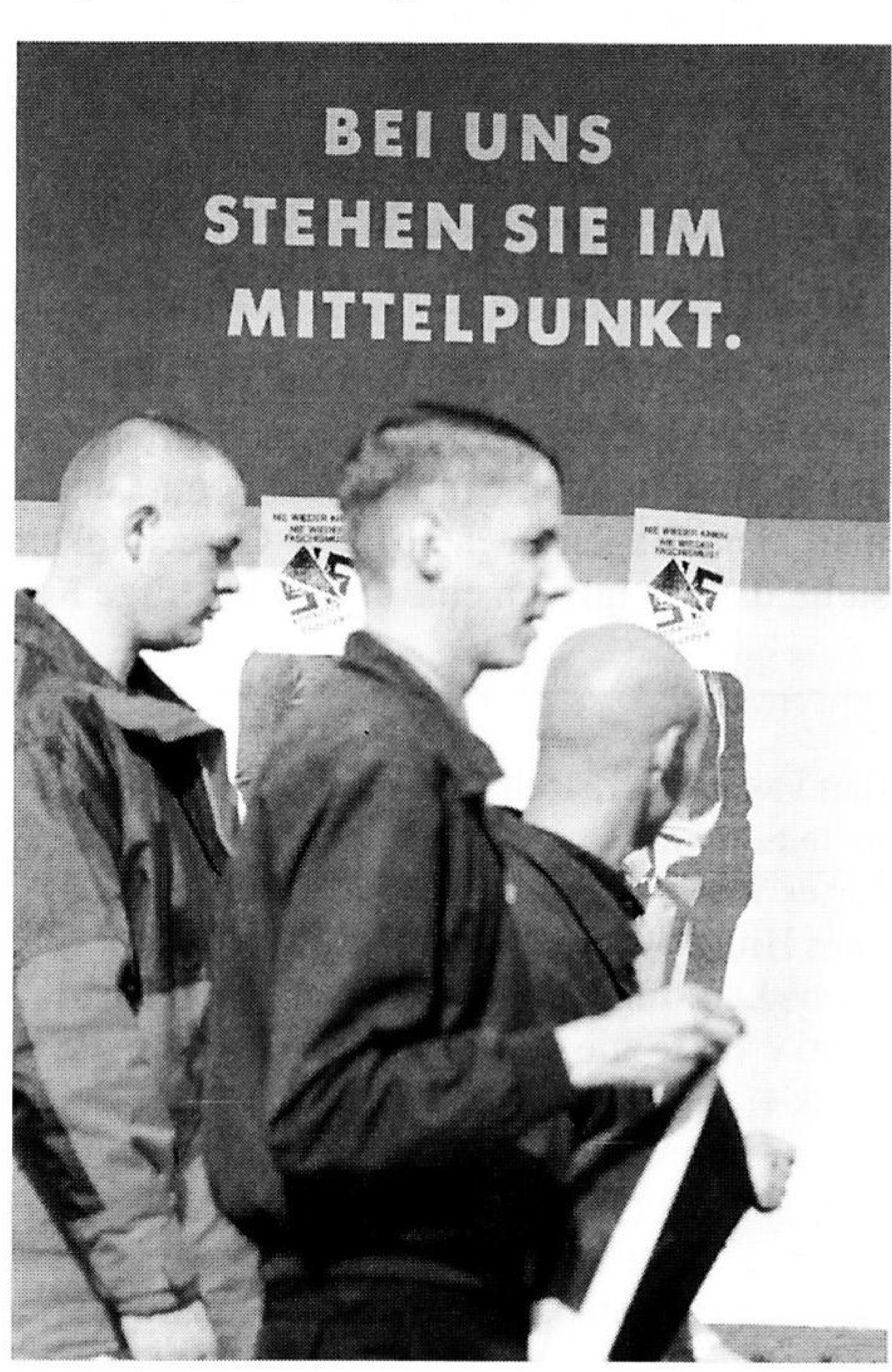
Grit Jilek

„Akzeptierende Jugendarbeit“

Eine kritische Betrachtung

Der Begriff einer „Akzeptierenden“ Jugendarbeit ist aus dem Ansatz der Akzeptierenden Drogenarbeit entlehnt. Er steht für die Auffassung in der Drogenarbeit, die Sucht und das damit verbundene Suchtverhalten als das alles Dominierende zunächst zu akzeptieren. Der Erziehungswissenschaftler Franz Josef Krafeld übertrug diesen Handlungsansatz auf den Bereich der Jugendarbeit mit „rechten“ Jugendlichen, als wären rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen mit Suchtverhalten vergleichbar. Darin besteht eine gefährliche Vereinfachung der Problematik des Rechtsextremismus, denn während sich Drogensucht auf den (eigenen) Körper und die psychische Befindlichkeit auswirkt und Suchtverhalten hervorbringt, das alles dominiert, sind rechtsextreme Denk - und Verhaltensmuster dagegen aggressiv nach außen (auf andere Menschen) gerichtet. Gefährlich ist die Gleichsetzung deswegen, weil sie suggeriert, dass rechtsextreme Einstellungen und Handlungen genauso therapierbar seien wie die Drogensucht eines Menschen.

Als Ursachen von Rechtsextremismus werden im Akzeptierenden Ansatz vor allem soziale Desintegriertheit der Jugendlichen verortet. Löst man diese sozialen Probleme, verschwinde dieser Theorie nach auch das Symptom Rechtsextremismus. Obwohl dabei durchaus auf die gesellschaftliche Komplexität des Phänomens verwiesen und festgestellt wird, dass Rechtsextremismus „allenfalls jugendspezifische Ausformungen“ produziere, aber kein Jugendproblem sei, schlägt sich die Erkenntnis im Ansatz keineswegs nieder. Eine Einordnung dieser jugendspezifischen Erscheinungen in einen größeren Zusammenhang der Problematik Rechtsextremismus findet nicht statt. Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer fand in seiner Untersuchung von 1984 heraus, dass die „Autoritär–Nationalistischen“, also die eindeutig Rechtsorientierten, keineswegs am „sozialen Rand“ der Gesellschaft standen: Sie verfügten über eine Lehrstelle, fühlten sich von Gleichaltrigen akzeptiert, zeigten Selbstbewusstsein und optimistische Zukunftseinschätzungen. Ihre Selbsteinschätzung war geprägt von der Überzeugung, Probleme zu durchschauen und klare Orientierungen zu haben. Die Fokussierung auf soziale Probleme stellt somit eine keineswegs berechtigte Schwerpunktsetzung und führt zur Simplifizierung des Phänomens auf eine eindimensionale kausale Abfolge. Sie zieht zwangsläufig eine Entpolitisierung der Debatte um die Erscheinungsformen des Rechtsextremismus bei Jugendlichen mit sich. Obwohl schon die Studie des Erziehungswissenschaftlers Josef Helds zur politischen Einstellung jugendlicher ArbeitnehmerInnen (1991) die These Heitmeyers von den „WohlstandsverliererInnen“, die durch die Labilisierung ihrer materiellen Existenzbedingungen rechtsextrem werden, widerlegt, indem er nachweist, dass „rechte Orientierung“ ebenso bei integrierten ArbeitnehmerInnen entsteht, beruft sich Krafeld auf die These der WohlstandsverliererInnen. Diese defizitorientierte Sichtweise verschleiert das wahre Ausmaß des Problems und macht rechtsextrem orientierte Jugendliche zu Objekten der Sozialarbeit und spricht ihnen darüber hinaus die Fähigkeit ab, sich möglicherweise bewusst und mündig für genau diese rechtsextremen Denkweisen entschieden zu haben. Dementsprechend geht man also von Jugendlichen aus, die Opfer/Spielball der gesellschaftlichen Zustände geworden sind. Dass das Phänomen des Rechtsextremismus „deutliche Bezüge zur Ideologie des Nationalsozialismus aufweist, wird mit den Einwänden abgetan wie etwa, dass der Kernpunkt ‚das Ausländerproblem‘ im 3. Reich in der Form nicht vorhanden war, weil es keine vergleichbaren Migrationsprozesse gab“ (Kurt Möller). Damit



wird die lange Tradition und Kontinuität von Fremdenfeindlichkeit in Deutschland in Abrede gestellt. Der Nährboden des Rechtsextremismus kann in der Gesellschaft und ihrer kapitalistischen Struktur verortet werden. PolitikerInnen beschlossen eine Asylgesetzänderung, die die Menschenrechte von Flüchtlingen einschränkt und dem Rassismus in Deutschland die Legitimation gab und ihm dadurch Vorschub leistete.

Das Ziel: „Anpassung“

Das Ausblenden der politischen Ebene macht sich wie im gesamten Ansatz so auch in der Zielstellung bemerkbar. Rechtsextrem orientierte Jugendliche werden erst dadurch für Sozialarbeit interessant, dass sie durch gewalttätiges Verhalten oder Abhängen an öffentlichen Plätzen das öffentliche Empfinden „stören“. Nicht die rechtsextreme Orientierung sondern die gravierenden Ausdrucksformen - vornehmlich das Gewalthandeln - veranlassen die Sozialarbeit zum Handeln. Dabei werden solche Verhaltensweisen als „auffälliges Verhalten“ im Sinne von auffälliger Abweichung von gesellschaftlichen Normen verstanden. Als zentrales Ziel wird die Hilfe zur individuellen Lebensbewältigung gesehen. Die Individualisierung des Problems bringt eine verzerrte Problemsicht mit sich: Ein rechtsextrem orientierter Jugendlicher ist weder zwangsläufig „randständiger Jugendlicher“, noch ist das Problem aus der Welt, zwar ist es auch eine Hilfe, wenn einem Jugendlichen oder schon nicht mehr Jugendlichen bei Ämtergängen geholfen wird, was an seinen rechtsextremen Denkmuster nicht einmal ansatzweise etwas ändern muss. Sozialarbeit ist politisch zu begreifen - umso mehr in diesem Arbeitsfeld. Ziel einer Jugendarbeit muss es sein, Rechtsextremismus im Wirkungsfeld der Sozialarbeit zu begrenzen, die Generation für eine humanistische Gesellschaft zu gewinnen, was zwangsläufig die Vermittlung einer gesellschaftskritischen Perspektive voraussetzt. Dies fordert von der Sozialarbeit, sich mit den zugrunde liegenden rechtsextremen Denkmustern auseinander zu setzen und Alternativen zu rechtsextremer Orientierung aufzuzeigen, die konkret, glaubhaft und nachvollziehbar sein müssen. Parallel dazu muss die Wirkungsmacht rechtsextremer Aktivitäten begrenzt werden. Das heißt natürlich, auf rechtsextrem orientierte Jugendliche zuzugehen, aber sich mit ihnen ernsthaft auseinander zu setzen statt ihnen vornehmlich bei Ämtergängen zur Seite zustehen und auf Freundin, Ledersofa und Auto zuzuarbeiten.

Aus dieser Problemsicht heraus ist die Lösung sozialer Probleme der Jugendlichen in den Mittelpunkt gestellt und soll mit Einzelfallhilfe zur Lebensbewältigung und akzentuierten Aktionsangeboten in solchen Projekten bearbeitet werden. Oberster Handlungsgrundsatz lautet somit, an den Problemen anzusetzen, die die rechtsextrem orientierten Jugendlichen haben, nicht an denen, die sie machen. Damit wird sich zwar bei der Zielgruppenbestimmung auf die rechtsextreme Orientierung der Jugendlichen bezogen, sie wird allerdings keine oder nur eine sehr marginale Rolle im sozialpädagogischen Konzept einnehmen. Klar wurde im Laufe der Jahre auch, dass die „Zielgruppe“ immer stärker eingeschränkt werden musste: arbeitete man vor ein bis zwei Jahren noch selbstverständlich mit Kadern und überalterten „Glatzen“, schrauben nun auch VertreterInnen der Akzeptierenden Jugendarbeit - sicher auch durch den enor-

men öffentlichen Druck und die vielen verheerenden Praxisbeispiele - das Alter auf unter 18 Jahren und schließen Kader aus.

Da die rechtsextremen Denk- und Verhaltensmuster als Symptom (von sozialen Problemen) eingeordnet werden, wird auf eine differenzierte Betrachtung der Orientierungen der Jugendlichen jedoch in der Akzeptierenden Jugendarbeit verzichtet. Dies ist der schwerwiegendste Vorwurf, der an sie zu Recht gemacht wird. Dass gerade Projekte, die zielgerichtet mit rechtsextrem orientierten Gruppen arbeiten, von Kadern vornehmlich aufgesucht werden, ist logisch, denn nirgendwo sonst finden Mitglieder rechtsextremer Parteien und Organisationen einen solch idealen Zugang zu ihrer Zielgruppe.

Fehlende Auseinandersetzung

Die Zielausrichtung des Ansatzes auf Lebensbewältigung statt Veränderung der rechtsextremen Denkmuster hat die fatale Konsequenz, dass inhaltliche Auseinandersetzung mit genau diesen nur am Rande passieren soll. Hinzu kommen Handlungsansätze, die nicht nur die demokratische Eindeutigkeit der Sozialarbeit infrage stellen, sondern ihr eigenes zentrales Ziel - die Lebensbewältigung - selbst karikieren. Denn wie soll ein rechtsextrem orientierter Jugendlicher in der Gesellschaft sein Leben bewältigen, wenn im Schutzraum Jugendtreff durch die SozialarbeiterInnen alle Normen und Regeln der Gesellschaft außer Kraft gesetzt werden? Dies wird leider durch zahllose Praxisbeispiele hinreichend belegt. Unangemessene Handlungsgrundsätze sind die Unangreifbarkeit der Clique und das Tabu Ausgrenzung; die Szene eigenen Verhaltensrituale und Szenesymbolik, die als „Element der Jugendkultur" nicht ausgegrenzt werden; die Toleranz ohne Grenzen sowie das „erstmal zulassen und dann Grenzen setzen"; der Grundsatz, dass durch die SozialarbeiterIn prinzipiell nur da eine Grenze zu setzen ist, wo sie/er es nicht mehr aushält. Ich muss nicht rechtsextreme Musik, Symbole, Kameradschaftsführer im Jugendtreff dulden, denn ich habe das Hausrecht. Solche Handlungsgrundsätze sind an der Strukturierung der rechtsextremen Szene in den neuen Bundesländern nicht unerheblich beteiligt. Gesellschaftliches Ziel muss es sein, Rechtsextremismus zu begrenzen.

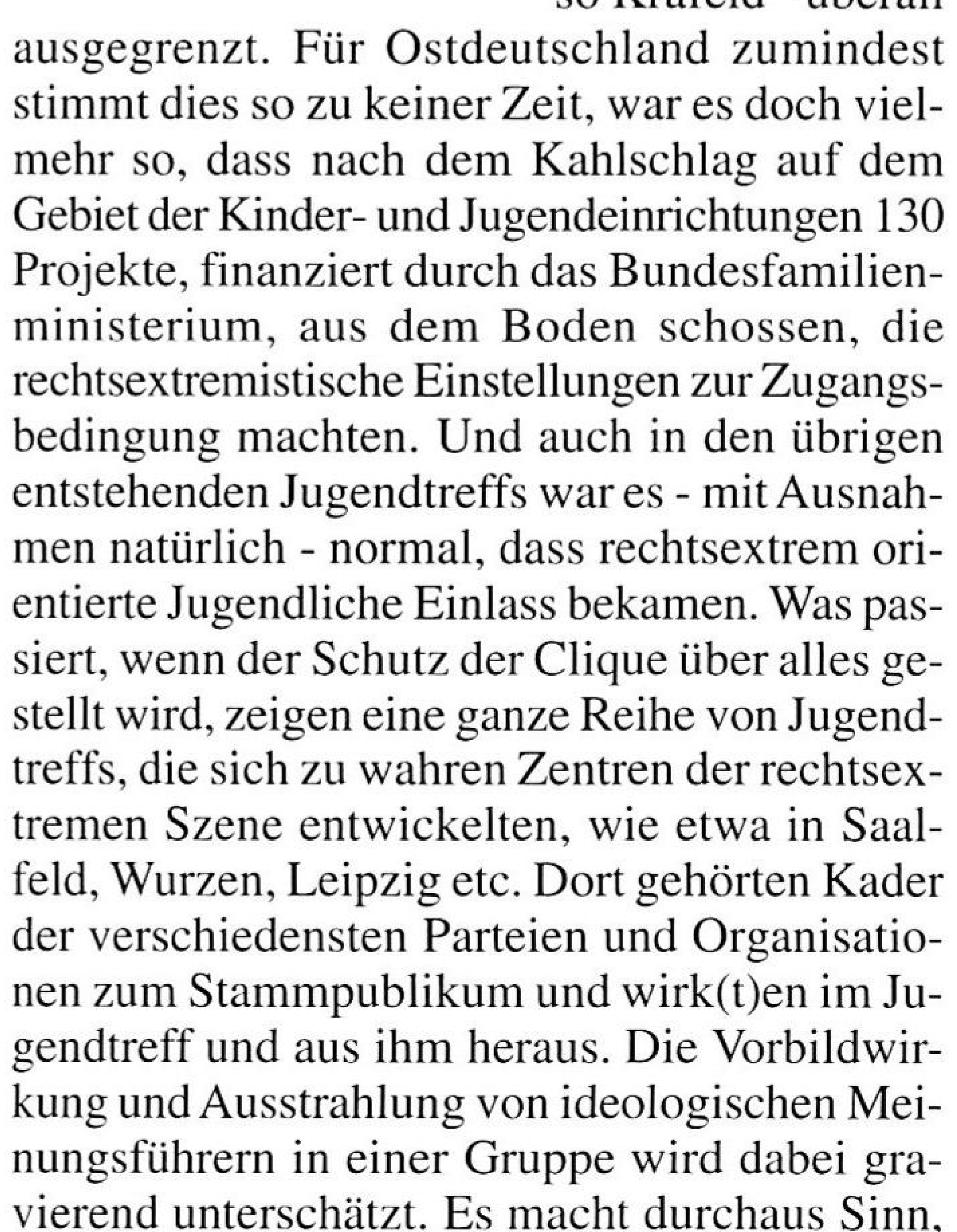


Nazi-Demo in Saalfeld 1998

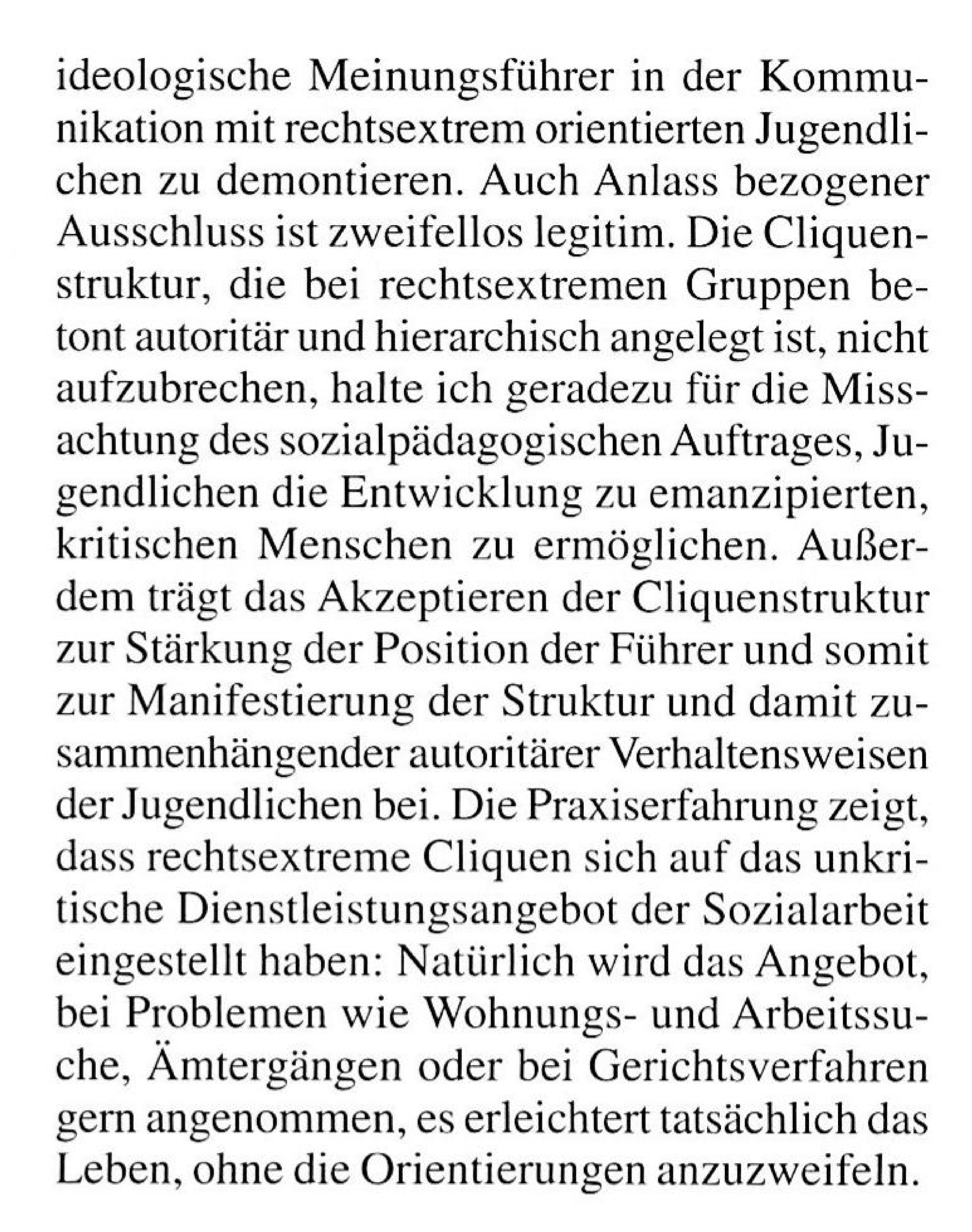
Eine Beschränkung der Jugendarbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen auf individuelle Hilfe zur allgemeinen Lebensbewältigung wird weder dem Problem gerecht, wie bereits gezeigt gehören rechtsextrem orientierte Jugendliche nicht grundsätzlich zu den klassischen Zielgruppen der Sozialarbeit - noch hat es langfristige Wirkung. Auf Diskussionen über politische Symboliken und Verständnisse, verbalen Argumentationen, geschichtlichen Verweisen wird demzufolge weitestgehend verzichtet, weil Ziel ist, „die Bedingungen des Aufwachsens [...] der Jugendlichen so zu verändern, dass ihnen extrem rechte politische Denk - und Handlungsweisen immer weniger subjektiv funktional erscheinen müssen. Damit sollen gleichermaßen vorhandene Denkstrukturen brauner Couleur abgebaut wie neue Zuwendungen bzw. Verfestigungen verhindert oder doch zumindest in ihrer Auftrittswahrscheinlichkeit verringert werden." (Franz Josef Krafeld)

„Unangreifbarkeit der Clique"

Traditionelle Institutionen wie Schule oder Familie haben ihre Integrationskraft und Funktion weitestgehend eingebüßt. Dieser Tatsache folgt jedoch eine falsche Konsequenz: Weil die Clique als einzige integrationsvermittelnde Institution gesehen wird, steht die Clique in diesem Konzept unter völligem Schutz. Das heißt: Die Grenze einer Clique darf nicht angegriffen oder durch die Clique hindurch gezogen werden. Die Sozialarbeiterin/der Sozialarbeiter muss außerdem die Cliquenstruktur akzeptieren. Gerade weil die Clique so großen Einfluss auf die Einzelnen hat, sind diese Handlungsgrundsätze mehr als fraglich - nicht erst seit den aktuellen Versuchen rechtsextremer Parteien und Organisationen, Jugendarbeit zu beeinflussen. Der prägende Einfluss auf einen Jugendlichen wird nicht von SozialarbeiterInnen, sondern von führenden Mitgliedern seiner Bezugsgruppe ausgeübt. Keinesfalls darf diesem Ansatz folgend jemand ausgegrenzt werden, denn diese Jugendlichen seien - so Krafeld - überall ausgegrenzt. Für Ostdeutschland zumindest stimmt dies so zu keiner Zeit, war es doch vielmehr so, dass nach dem Kahlschlag auf dem Gebiet der Kinder- und Jugendeinrichtungen 130 Projekte, finanziert durch das Bundesfamilienministerium, aus dem Boden schossen, die rechtsextremistische Einstellungen zur Zugangsbedingung machten. Und auch in den übrigen entstehenden Jugendtreffs war es - mit Ausnahmen natürlich - normal, dass rechtsextrem orientierte Jugendliche Einlass bekamen. Was passiert, wenn der Schutz der Clique über alles gestellt wird, zeigen eine ganze Reihe von Jugendtreffs, die sich zu wahren Zentren der rechtsextremen Szene entwickelten, wie etwa in Saalfeld, Wurzen, Leipzig etc. Dort gehörten Kader der verschiedensten Parteien und Organisationen zum Stammpublikum und wirk(t)en im Jugendtreff und aus ihm heraus. Die Vorbildwirkung und Ausstrahlung von ideologischen Meinungsführern in einer Gruppe wird dabei gravierend unterschätzt. Es macht durchaus Sinn,



ideologische Meinungsführer in der Kommunikation mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen zu demontieren. Auch Anlass bezogener Ausschluss ist zweifellos legitim. Die Cliquenstruktur, die bei rechtsextremen Gruppen betont autoritär und hierarchisch angelegt ist, nicht aufzubrechen, halte ich geradezu für die Missachtung des sozialpädagogischen Auftrages, Jugendlichen die Entwicklung zu emanzipierten, kritischen Menschen zu ermöglichen. Außerdem trägt das Akzeptieren der Cliquenstruktur zur Stärkung der Position der Führer und somit zur Manifestierung der Struktur und damit zusammenhängender autoritärer Verhaltensweisen der Jugendlichen bei. Die Praxiserfahrung zeigt, dass rechtsextreme Cliquen sich auf das unkritische Dienstleistungsangebot der Sozialarbeit eingestellt haben: Natürlich wird das Angebot, bei Problemen wie Wohnungs- und Arbeitssuche, Ämtergängen oder bei Gerichtsverfahren gern angenommen, es erleichtert tatsächlich das Leben, ohne die Orientierungen anzuzweifeln.



Überfall in Wurzen

In der Nacht vom 6. auf den 7. Oktober überfielen circa 15 rechtsextreme Jugendliche den Wurzener Jugendtreff der Arbeiterwohlfahrt. Dabei wurden die Gäste einer dort stattfindenden privaten Geburtstagsfeier mit Baseballschlägern und Messern traktiert. Eine Person musste mit schweren Verletzungen stationär behandelt werden. Zwei weiteren Personen wurden Schnittverletzungen zugefügt. Sie wurden ambulant behandelt. Andere erlitten Schockzustände. Die Täter zerschlugen mehrere Türen, Fenster und demolierten das Mobiliar sowie mehrere Fahrräder.

Trunkenheit außerhalb der Dienstzeit

Drei Polizisten haben außerhalb ihrer Dienstzeit und ohne richterlichen Beschluss betrunken ein städtisches AsylbewerberInnenheim in Wolfenbüttel durchsucht. Sie sahen sich zu dieser Tat durch „verdächtige Beobachtungen" veranlaßt. Direkt nach dem Vorfall wurden die Beamten versetzt und mittlerweile ermittelt die Staatsanwaltschaft Braunschweig wegen Hausfriedensbruch, Nötigung und Verfolgung Unschuldiger.

Buchenwald geschändet

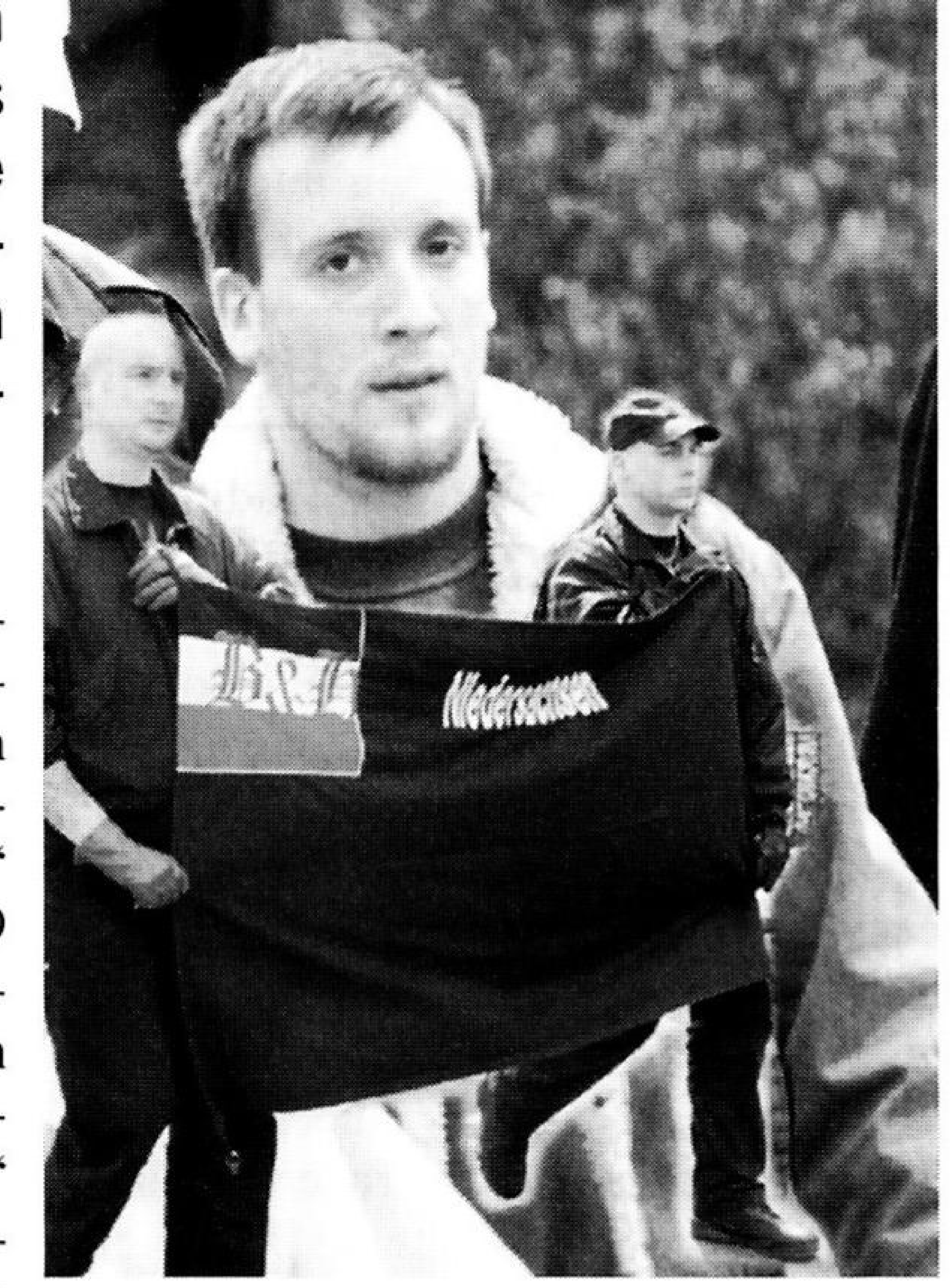
Zu der Vielzahl der Anschläge auf MigrantInnen und deren Unterkünfte, auf Mahnmale, jüdische Friedhöfe in ganz Deutschland und Synagogen wie denen in Düsseldorf und Berlin-Kreuzberg in den letzten Wochen ist nun auch eine Schändung der Gedenkstätte des ehemaligen KZ Buchenwald bei Weimar hinzugekommen. In der Nacht zum 3. Oktober diesen Jahres demolierten zwei Neonazis aus Thüringen die Gedenkstätte und schmierten Hakenkreuze. Die beiden Täter werden wegen gemeinschädlicher Sachbeschädigung und Verwendens verfassungsfeindlicher Symbole angeklagt.

„Blood & Honour“ verboten

Keine einzige Waffe, ein paar hundert rechtsextreme CDs und T-Shirts, 73.000 Mark und einige Adressen - die Ausbeute der Sicherheitsbehörden von rund 30 Durchsuchungen bundesweit im Zusammenhang mit dem „Blood & Honour“ (B&H)- und „White Youth“-Verbot fiel so mager aus, wie selten eine Razzia im Nazimusikbereich zuvor. Sonderlich erstaunlich ist das allerdings nicht. Das Verbot von B&H ist kaum mehr als eine kosmetische Geste im staatlichen „Kampf gegen Rechts“ inmitten der Sommerloch-Debatte, die - wenn überhaupt - nur zu kurzfristigen Behinderungen für die Strukturen von „Blood & Honour“ führen wird.

In Berlin durchsuchten Polizeibeamte erwartungsgemäß erneut die Wohnung von Stephan Lange in Lichtenberg, wobei eine größere Menge an Neonazimusikkassetten und einschlägige Papiere beschlagnahmt worden sein sollen. Auch das Clubhaus sowie die Wohnung eines zweiten Berliner B&H-Kaders wurden durchsucht. In Brandenburg besuchte die Polizei drei „White Youth“ und drei „Blood & Honour“-Kader: Neben Dirk Horn und dem 19jährigen Stefan R. aus Bochow bei Potsdam traf es auch den angeblichen Chef der 20 bis 30 Mitglieder umfassenden Sektion B&H Brandenburg: den 21jährigen arbeitslosen Sven Schneider aus Borkwalde bei Potsdam, der noch Anfang Mai gemeinsam mit Dirk Horn nach Schweden gereist war. Zusammen mit Horn und der Kameradschaft Köthen hatte er im September 1999 das „Ian Stuart Memorial Konzert“ bei Garitz in Sachsen-Anhalt organisiert. Bei ihm und Horn wurden neben 300 „Blood & Honour“ Magazinen, 80 CDs, etlichen Videos und T-Shirts auch die sogenannte B&H-„Kriegskasse“ - ein Sparbuch mit 73.000 Mark - beschlagnahmt. Ein Betrag, der angesichts der Gewinnspanne von 20 bis 30 Mark pro CD, von 30 Mark Mitgliedsbeitrag pro Monat pro AktivistIn und der kommerziellen Aktivitäten von B&H lächerlich gering ist. In Niedersachsen schaute die Polizei in Hildesheim, Lingen, Minden und Bad Gandersheim bei vier B&H-Kadern vorbei. Gefunden wurden Aufkleber, Fanzines und CDs. Mit dabei: Dirk Fasold von der B&H Sektion Ostwestfalen und Ziehsohn des Bielefelder GdNF-Kaders Bernd Stehmann sowie Jens Hessler aus Lingen. Er war als Betreiber des „Nibelungen Versandes“ und führender B&H-Importeur vor allem für Material des dänischen „NS88-Versandes“ erst im September 1999 wegen Volksverhetzung und Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren auf Bewährung verurteilt worden. In Hessen durchsuchte die Polizei die Wohnung eines 29jährigen Naziskinheads in Kassel-Bettenhausen. Außerdem fand in Maintal bei Frankfurt eine Durchsuchung bei Andreas Reuhl statt, einem seit GdNF-Zeiten bekannten Neonazischläger. In Bayern wurden in der Oberpfalz, in Oberfranken und Schwaben fünf Objekte durchsucht, darunter drei in Bamberg. Betroffen war u.a. Bernd Peruch alias Pernod. Auch hier wurden lediglich CDs, Kleidung und Propagandamaterial beschlagnahmt. In Sachsen und Sachsen-Anhalt - wo die B&H-Sektion rund 40 Mitglieder zählt - traf es Sven Liebich und ein Objekt in Wernigerode. Liebich betreut die Läden „The Last Resort“ in Halle, der offiziell von seiner Schwester Sandra betrieben wird, und „Midgard“ in Leipzig. Er war bis 1999 Betreiber des „Ultima Tonträger Vertriebs“ und maßgeblich an der Erstellung des B&H-Fanzines „The New Dawn“ beteiligt. In Mecklenburg-Vorpommern gab es in Rostock Durchsuchungen bei einem Naziladen und dessen Betreiber. Die norddeutschen „Blood & Honour“-Strukturen kamen bis auf eine einzige Durchsuchung in Hamburg trotz ihres sowohl organisatorisch als auch politisch extrem offensiven Auftretens unbehelligt davon.

Noch zurückhaltender verfuhren die Behörden mit „White Youth“. Die hatte sich im Dezember 1997 mit dem Ziel gegründet, „junge Leute zu organisieren und sie an die ‘älteren Kameraden’ zu binden,“ sprich für B&H zu rekrutieren. Ein eigenes Fanzine „White Youth“- das auch als Mitteilungsblatt der B&H-Sektion Südbrandenburg diente - kam aus Senftenberg in Brandenburg, wo bei drei „White Youth“- Mitgliedern - einer 19jährigen, einem 22jährigen und einem 23jährigen - Durchsuchungen stattfanden.



Jens Hessler (Hintergrund)

Gekürzter Vorabdruck aus dem Antifaschistischen Infoblatt Nr. 51

Zivilcourage - und dann?

Durch Medien und Politik geht angesichts neofaschistischer Gewalttaten der Ruf nach Zivilcourage. Der Bundeskanzler fordert gar den „Aufstand der Anständigen“. Doch was geschieht denjenigen, die Zivilcourage zeigen, die sich neofaschistischen und rassistischen Bestrebungen entgegenstellen und dabei nicht die Augen vor „regierungsverantwortlicher Mittäterschaft für die Zustände in Deutschland“ (Günther Grass) verschließen?

Die Aufmerksamkeit der Neonazis war dem Gewerkschafter Angleo Lucifero sicher. Er, der Anfang der neunziger Jahre aus dem Westen nach Erfurt ging, um die Gewerkschaft HBV vor Ort aufzubauen, thematisierte frühzeitig die neofaschistischen Umtriebe und unterstützte antifaschistische und antirassistische Initiativen. Da diese nicht immer regierungskonform waren, erregte er - wie sich jetzt herausstellte - auch das Interesse des thüringischen Verfassungsschutzes.

Eklatantestes Beispiel für den Versuch den unbequemen Antifaschisten zu diffamieren war 1997 die Verteilung eines gefälschten Flugblattes von „lesbischen AntifaschistInnen“. Darin wurde dazu aufgerufen, Lucifero als „Verräter“, Kollaborateur“ und „Nazisympathisanten“ „wegzuschlagen“ und „abzustechen“. Die Verbreitung dieses gefälschten Flugblattes, das offensichtlich dazu dienen sollte, den Gewerkschafter in antifaschistisch-antirassistischen Kreisen zu diskreditieren, ging einher mit einem Aufruf des „Nationalen Infotelefons Deutschlandsturm“ , „gegen den Drahtzieher des linken Terrors in Erfurt“ vorzugehen. Hinter der ganzen Aktion steckte der vor kurzem als Verfassungsschutzspitzel enttarnte Neonazi Thomas Dienel. Gegenüber dem Fersehmagazin Spiegel-TV gab dieser nun zu, die zur Gewalt aufrufenden Flugblätter verfasst und verteilt zu haben. Die ganze Aktion sei - so Dienel - vom thüringischen Verfassungsschutz in Auftrag gegeben und finanziert worden. Fast zeitgleich war durch ein polizeiliches Flugblatt im Zusammenhang mit einer antifaschistischen Demonstration die Privatanschrift Luciferos verbreitet worden. Zufall? Die Folge war jedenfalls eine konkrete Gefährdung des Gewerkschafters: bei seinem PKW wurden die Bremsschäuche durchgeschnitten.

Lucifero hat nun - Anfang September - einen offenen Brief an den thüringischen Ministerpräsidenten Vogel geschrieben. Bis dahin hatte er vergeblich auf eine Distanzierung der Landesregierung von derartigen antidemokratischen Praktiken bzw. auf eine Entschuldigung gewartet. In dem Schreiben heißt es: „Die geschilderten Vorgänge sind dann keine ‘Einzelerscheinungen’, Ausrutscher eines Innenministers, der keinen Überblick über das Handeln seiner Behörde hatte oder gar die Einzeltat eines VS-Chefs, der eigenmächtig gehandelt hat, wenn Sie sich gegenüber den Opfern einer solchen Politik nicht äußern. Dann ist es Teil dieses Sicherheitssystems. Dann ist jeder Vergleich mit der ‘Sta-Si’ zulässig.“ Auf eine Antwort wartet Angelo Lucifero, der auch die Wiederaufnahme eines 1998 eingestellten Ermittlungsverfahrens gegen die Urheber des diffamierenden und zur Gewalt auffordernden Flugblattes beantragt hat, bis heute.

Herbert Kalus

Andreas Speit

Trotz Verbot: „Blood & Honour“ on Tour

„Wir haben das nicht gewusst“, beteuert das etwas ältere Gastwirtsehepaar vom „Zum goldenen Stern“. „Als die den Saal mieteten“, so die Wirte, „sahen die ganz anders aus und sagten, es sei für eine Geburtstagsfeier“. Als die „Geburtstagskinder“ dann am 23. September in der Laaver Gaststätte im Landkreis Lüneburg zur Feier kamen, offenbarte sich der Charakter der Party. Über 500 Neonazis waren in das niedersächsische Dorf gereist, um einen Auftritt von Nazibands aus dem „Blood & Honour“-Umfeld zu erleben. Doch zu dem Konzert kam es nicht.



Sascha Bothe

Kaum hatte die „Geburtstagsparty“ begonnen, schritt die Polizei ein. Sie wusste, dass ein Konzert in der Region Lüneburg geplant war, bestätigt Kriminalhauptkommissar Gerd-Dieter Hagels. „Doch wo genau, war uns nicht bekannt“. Unbekannt war wohl auch, was sie erwartete. Als Polizeibeamte sich erkundigen wollten, was in der Gaststätte von statten ging, bewarfen die Neonazis sie sofort mit Wurfgeschossen. Eiligst wurden weitere Einsatzkräfte aus Niedersachen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg Vorpommern zusammengezogen. Mit über 500 Beamten verschaffte sich die Polizei dann gewaltsam Zutritt zum „Goldenen Stern“, in dem die Neonazis sich verschanzt hatten, und aus dem sie die Polizei mit Tränengas und Rauchbomben angriffen. Erst beim zweiten Versuch gelang es der Polizei in die Räume einzudringen. Immer wieder warfen die Neonazis Flaschen und Gläser. Aus dem zweiten Obergeschoss flog eine Kommode. Insgesamt erlitten 46 Beamte und 15 Neonazis Verletzungen. 32 Personen nahm die Polizei wegen Landfriedensbruch fest.

Bereits im Juni diesen Jahres war es zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen, als die Polizei ein Konzert der „B&H-Sektion Nordmark“ im Raum Tostedt auflöste. Seit Anfang der 90er-Jahre veranstaltet die von dem Tostedter Sascha Bothe geführte Sektion zusammen mit den von dem Lüneburger Sven Grewe geleiteten „Hammerskins Nordmark“ Konzerte im norddeutschen Raum.

Am 14. September interessierte die Polizei die „B&H-Sektion Nordmark“ aber nicht. Während bundesweit Beamte gegen sechs Uhr in der Frühe Aktivisten der „B&H-Divison Deutschland“ weckten, um ihnen die Verbotsverfügung zu überreichen, konnten die Norddeutschen Kader Sascha Bothe und Stefan Silar ausschlafen. Auch das in der Samtgemeinde Tostedt angemietete Postfach blieb unbeachtet. Nur einen „Hamburger Kameraden“ des internationalen Neonazinetzwerks weckte die Polizei. „Die Aktivitäten sind uns natürlich bekannt“ beteuert Rüdiger Hesse, Pressesprecher des Niedersächsischen Verfassungsschutz, „aber warum bei den Personen keine Durchsuchungen stattgefunden haben, kann ich nicht sagen“. Unbehelligt blieben auch die Pinneberger Kader Klemens Otto und Christoph Otto, die im „B&H Magazin Deutschland“ über ihre Aktivitäten berichteten.

Bei so einer Umsetzung des Verbot ist es keine Überraschung, wenn die „Blut & Ehre“-Aktivisten und -Bands weiterhin on Tour sind, das neue „B&H-Magazin Deutschland“ erschienen ist und im Berliner „Clubhaus“ der Betrieb weiter geht.

„Hamburger Sturm“ bleibt verboten

Das Hanseatische Oberverwaltungsgericht hat am 20. Oktober die Anträge von Torben Klebe, Jan Steffen Holthusen, Thorsten Bärthel und Andreas Heine abgelehnt, die sich gegen das Verbot des „Hamburger Sturms“ (HS) wendeten. Die ehemaligen Führer des am 10. August durch die Behörde des Innern verbotenen HS hatten versucht, die Einordnung als Verein als verfassungswidrig darzustellen, um so das Verbot aufzuheben. Das Oberverwaltungsgericht stellte jedoch erneut fest, dass „es sich bei dem 'Hamburger Sturm' nicht lediglich um eine Zeitung, sondern um einen Verein“ handele, der „rassistisch und antisemitisch ausgerichtet ist“, und bestätigte damit die Verbotsbegründung. Trotz dieser juristischen Niederlage streben die Neonazis noch ein weiteres Klageverfahren mit dem gleichen Begehren an, über das noch nicht entschieden ist.

Rennicke-Konzert abgebrochen



T. Klebe (vorn li.) in Stuttgart

Das für den 6. Oktober in Stuttgart angekündigte Konzert des braunen Liedermachers Frank Rennicke (36) wurde vorzeitig abgebrochen. Die Wirtin des „Hotel Autohof“ in Stuttgart-Wangen fühlte sich von den Anmeldern getäuscht und kündigte deshalb den Vertrag am Abend. Unter den anwesenden Rechtsextremisten aus ganz Baden-Württemberg, nach Polizeiangabe 80 bis 90 Personen aus dem Umfeld der „Jungen Nationaldemokraten“, befand sich auch der 94-Jährige Stuttgarter Architekt Carl-Arthur Bühring. Er hatte mit einer sechsstelligen Spende den Umzug der NPD-Bundesgeschäftsstelle von Stuttgart nach Berlin zu Jahresbeginn ermöglicht. Die neue Zentrale der NPD in Köpenick trägt nun den Namen des mehrmaligen NPD-Landtags- und Bundestagskandidaten: „Carl-Arthur-Bühring-Haus“.

NPD-Niederlage in München



München ist schon seit längerem ein schwieriges Pflaster für NPD und JN. Während Aufmärsche, Veranstaltungen und Infotische im Umland in letzter Zeit häufiger stattfanden, haben Nationaldemokraten seit dem Verlust ihrer Landeszentrale in der bayerischen Hauptstadt zusehends an Boden verloren.

Am 30. September wollten sie nun im Rahmen ihrer Kampagne „Argumente statt Verbote - nein zum NPD-Verbot“ Flagge zeigen. Nur NPD-Mitglieder und AbonnentInnen der „Deutschen Stimme“ wurden vorab über die geplante Kundgebung auf dem Münchner Marienplatz informiert. Die „Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München“ (AIDA) hatte die Kundgebung jedoch eine Woche zuvor öffentlich gemacht.

Während eine vormittags angemeldete REP-Infoveranstaltung ungehindert vonstatten gehen konnte, hatten sich nachmittags über 2.000 Menschen auf dem Münchner Marienplatz versammelt, um die Kundgebung der NPD zu verhindern. Bereits im Vorfeld hatten die Rechten kein leichtes Spiel: Funktionäre wurden bespuckt, Boneheads bedrängt und mussten von der Polizei vom Platz eskortiert werden. Allein die Polizei ermöglichte die Kundgebung dann doch noch: Unter Einsatz von Pfefferspray und Schlagstöcken wurde eine Ecke auf dem Marienplatz für die NPD geräumt und abgesperrt. Die Reden von Sascha Roßmüller, Per Lennart Aae und Frederick Seifert wurden von der Menge niedergebrüllt, die sich hinter einem Transparent verschanzenden zirka 75 Rechten mit Tomaten, Eiern und Orangen beworfen. Rund 40 GegendemonstrantInnen wurden in diesem Zusammenhang festgenommen. Erstmals bei dieser Gelegenheit hat sich Renate Werlberger zur NPD bekannt und deren Transparent gehalten. Die langjährige Münchner Aktivistin war bereits zu Althans AVÖ-Zeiten sehr aktiv und hatte sich vor allem durch „Anti-Antifa“-Aktivitäten hervorgetan.

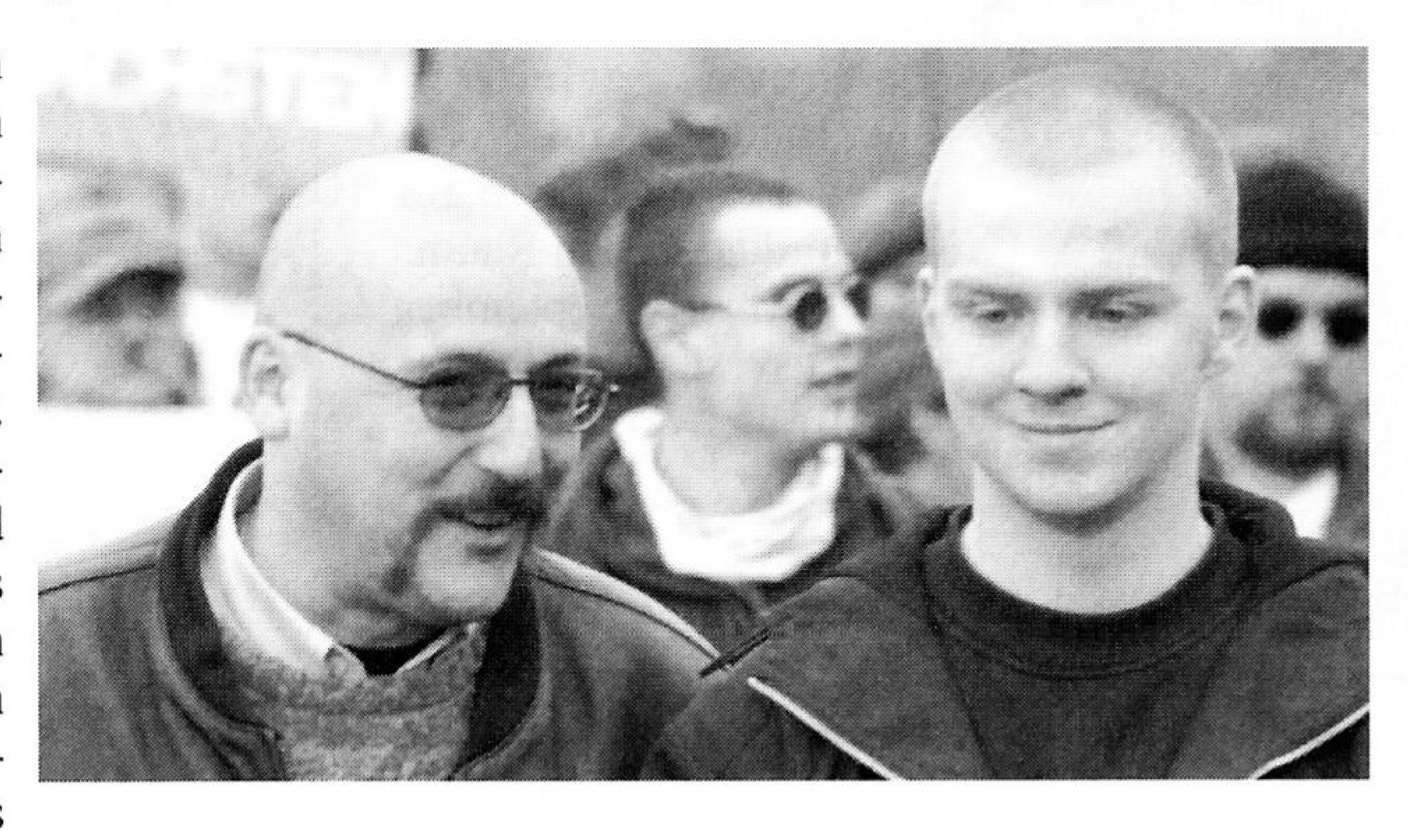
Judith Rerik

Pierre Briegert

Naziaufmarsch in Düsseldorf

Fast fünf Stunden benötigte die 300-köpfige Demonstration, die unter dem Motto „Meinungsfreiheit auch für Nationalisten – Argumente statt Verbote“ stand, für ihre zwei Kilometer lange Route. AntifaschistInnen war es mehrmals beinahe gelungen, auf die Demonstrationsroute zu gelangen.

Zu allem Überfluss wurde den gefrusteten „Kameraden“ dann auch noch von der Polizei untersagt, ihren Lautsprecherwagen weiter zu nutzen, weil über diesen „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ skandiert worden war. Organisiert worden war die Demonstration vom „Widerstand West“, einem Zusammenschluss „Freier Kameradschaften“ in NRW. Die Abwicklung der von dem Neusser NPD-Kreisvorsitzenden Reinhard Vielmal als „Privatperson“ angemeldeten Demonstration lag in den Händen der „Kameradschaft Düsseldorf“ um Sven Skoda. Dieser wurde von den nordrhein-westfälischen „Führungskameraden“ Siegfried Borchardt, Ralf Tegethoff, Christian Malcoci und Carsten Köppe unterstützt. Auch der Bonner NPD-Kreisvorsitzende Hans-Robert Klug wirkte in der Demonstrationsleitung mit. Wie auch Vielmal konnte offenbar auch er dem Beschluss des NPD-Bundesvorstands nichts abgewinnen, aufgrund der gegenwärtigen Debatte über ein NPD-Verbot derzeit auf Demonstrationen zu verzichten. Neben der „Kameradschaft Düsseldorf“ und ihrem Umfeld waren insbesondere Neonazis aus dem Ruhrgebiet, dem Ennepe-Ruhr-Kreis und dem Bonner Raum anzutreffen. Nennenswerte Unterstützung von außerhalb gab es nicht; selbst diverse „Kameradschaften“ aus NRW ließen sich nicht blicken. Ob diese geringe Beteiligung mehr auf fehlende Unterstützung aus der Szene oder auf antifaschistische Blockaden und Aktionen zurückzuführen ist, blieb unklar. Fest steht, dass zwischen 100 und 200 Neonazis ihr Ziel nicht erreichten und bei der Anreise wieder abdrehen mussten. Alle anderen ließen Reden von Skoda, Tegethoff, Vielmal, dem angeblich „bekannten nationalen Redakteur Truchs“ und einer nicht näher vorgestellten Vertreterin der „Erlebnisgeneration“ über sich ergehen. Letztere appellierte an die „jungen Kameraden“, doch mehr auf ihr „Äußeres zu achten“: Besorgt um das Bild der „deutschen Jugend“ in der Öffentlichkeit hatte sie zuvor vergeblich versucht, einem angetrunkenen Naziskin die Bierdose zu entreißen.



Christian Malcoci (li.) und Sven Skoda in Düsseldorf

IWG & Co. in Kassel

100 Neofaschisten wurden von 2.000 Polizisten vor 6.000 GegendemonstrantInnen geschützt. So lautet die Kurzfassung der Bilanz des 28. Oktober in Kassel. Skandalös war, dass die Stadt der „Interessengemeinschaft für die Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands“ (IWG) von Georg Paletta den Aufmarsch zuvor genehmigt hatte, um ihn dann nach öffentlichen Protesten doch zu verbieten. Die Reaktion der Verwaltungsgerichte kam prompt: Zulassung des Aufmarsches und Genehmigung des Redners Christian Worch. Doch trotz des Freibriefs und trotz einer langen Liste von Unterstützern von der NPD bis zu den „Nationalen Aktionsgruppen“ reisten statt der von Paletta angekündigten 1.000 nur circa 100 Neonazis an. Nach deutlich kürzerem Marsch als geplant schloss die Nazi-Veranstaltung mit einer Rede von Worch (die jedoch in einem Hupkonzert von der nahegelegenen Straße unterging) und dem Gegröhle der ersten Strophe des Deutschlandliedes. Am Rande kam es auch zu Gewalttätigkeiten: der Besitzer eines Militaria-Ladens prügelte mit einem Baseball-Schläger auf Gegendemonstranten ein, wobei einer von ihnen mit einer Schädelfraktur ins Krankenhaus eingeliefert werden musste.



Markus Eckel (li.) und Georg Paletta in Kassel

Nazi in Haft

Der 22-Jährige Neonazi Wolfgang Lutz sitzt wegen der Bedrohung des CDU-Bundestagsabgeordneten Norbert Schindler, mehrerer Polizisten und eines Richters in Untersuchungshaft. Lutz hatte im vergangenen Jahr seinen Führerschein abgenommen bekommen, woraufhin er sich im Berliner Abgeordnetenbüro Schindlers meldete, um seinen Führerschein zu erpressen. Er setzte dem MdB eine Frist von fünf Tagen, ansonsten würde er „3.000 Schuss Munition“ einsetzen. Lutz gehörte der 1995 gegründeten und 1999 aufgelösten „Nationalen Volksfront Kameradschaft Neustadt/Weinstraße“ (NVF) an. Er war zwischen 1994 und 1996 an mehreren Schändungen jüdischer Friedhöfe beteiligt.

Wieder Razzia bei SSS

Mehr als 100 Beamte des Landeskriminalamtes (LKA) haben Ende September 14 Wohnungen von Mitgliedern der neofaschistischen Gruppierung „Skinhead Sächsische Schweiz“ (SSS) durchsucht. Das LKA hat bei der zweiten Razzia innerhalb weniger Monate unter anderem Computer, Schriften, Uniformteile und Abzeichen beschlagnahmt. Bei einer ersten groß angelegten Aktion im Juni hatten Polizeibeamte 50 Wohnungen und Räume im Raum Pirna durchsucht und dabei ein Waffenlager und umfangreiche weitere Beweismaterialien gefunden. Die Staatsanwaltschaft Dresden ermittelt nun gegen 65 Personen im Alter zwischen 16 und 28 Jahren wegen des Verdacht der Bildung einer kriminellen Vereinigung, darunter der 33 Jahre alte Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes „Sächsische Schweiz“, Uwe Leichsenring.

Mahler tritt NPD bei

Am 12. August erklärte Horst Mahler in Bruchsal seinen Beitritt zur NPD. In der jüngsten Vergangenheit durfte Mahler für die NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“ zur Feder greifen und war bereits im Mai diesen Jahres als Hauptredner beim „Tag des nationalen Widerstandes“ der NPD aufgetreten.

„Freie Kameraden“ setzen sich durch

Auf dem schleswig-holsteinischen Landesparteitag der NPD am 14. Oktober wurde der Vorsitzende Ingo Stawitz abgewählt und durch den bisherigen JN-Vorsitzenden Jürgen Gerg ersetzt. Seine Stellvertreter wurden Jörn Lemke und Peter Borchert. Alle drei können eine enge Verbindung zu den freien Kameradschaften und speziell zum „Aktionsbüro Norddeutschland“ um Christian Worch und Thomas Wulff vorweisen. Das „Aktionsbüro“ beglückwünschte per Internet auch gleich den neuen Landesvorstand, von dem es sich viel verspricht und bezeichnete den abgewählten Stawitz als „feigen, spalterischen Leisetreter“.

Dietmar Quante

Der Konflikt NPD - „Freie Kameradschaften“

Spätestens mit der öffentlich breit diskutierten Verbotsandrohung gegen die NPD im Sommer diesen Jahres wird der Konflikt zwischen der NPD-Führung und den „Freien Nationalisten“ – federführend um die norddeutschen Strukturen um Christian Worch – vermehrt öffentlich ausgetragen. Im Kern geht es hierbei um die Weigerung der „Freien Nationalisten“, sich dem Diktat der NPD unterzuordnen, ja gradezu selbst den Führungsanspruch der neonazistischen Bewegung für sich in Anspruch zu nehmen. Auf der anderen Seite die Selbsteinschätzung der NPD, „reichsweit“ die Partei der Nazi-Szene zu sein.

„Bewegung muss Partei ergreifen“

Doch der Konflikt ist alt und schwebt spätestens seit den Verboten von NL und FAP im Februar 1995 im Raum: damals öffnete sich die NPD – noch unter ihrem damaligen Vorsitzenden Günter Deckert – für die parteilos gewordenen Mitglieder der verbotenen Organisationen. Die bis dahin eher als „Rentner-Partei“ strukturierte NPD hatte seit Anfang der 1990er Jahre in ihren Jugend- und Studentenorganisationen JN und NHB jedoch schon Strategiedebatten um die Zukunft der Partei geführt; durch die Aufnahme von Kadern der 1992 verbotenen „Nationalistischen Front“ um Steffen Hupka und Jens Pühse wurde der militante Flügel gestärkt, mit dem 1996 gewählten neuen Vorsitzenden Udo Voigt war das neue Motto klar: „Von der Wahl- zur Kampfpartei“. Dies musste allerdings sowohl gegen alte parteiinterne Meinungen der Öffnung hin zu den „seriösen“ Parteien DVU und REP, als auch durch die Aufhebung des Unvereinbarkeitsbeschlusses gegenüber „Hitleristen“ – also offensiven NS-Apologeten – durchgesetzt werden. Was in den meisten Landesverbänden zu einer neuen Mitglieder- und Propagandaoffensive umgesetzt wurde, führte in Norddeutschland zu Konflikten: Versuche der 1995 verbotenen FAP-Struktur um Andre Goertz, mit der JN-Zeitschrift „Einheit und Kampf“ ein Bindeglied hin zu alten neonazistischen Strukturen um Christian Worch und seine NL zu schaffen und hiermit den Führungsanspruch in Norddeutschland anzustreben, endeten für die NPD im Fiasko: Die norddeutsche JN-Struktur um den Goertz-Zögling Jan Zobel wurde offiziell von der NPD-Führung entmachtet, die Zeitschrift „Einheit und Kampf“ eingestampft, Andre Goertz flüchtete sich in die Idee des „progressiven Nationalismus“ und als eindeutiger Sieger in diesem Machtkampf konnte Christian Worch uneingeschränkt sein Konzept der „Freien Nationalisten“ erfolgreich umsetzen. Seit Ende 1997 gibt es ein Agreement zwischen den Strukturen der „Freien Nationalisten“ und der NPD: Die Partei profitiert von der Mobilisierung innerhalb der „Freien Kräfte“ und deren logistischer Struktur, beispielsweise im Wahlkampf 1998 in Mecklenburg-Vorpommern, als Gegenleistung drängt sie nicht in den Machtbereich der „Freien Nationalisten“ und lässt deren Führungskader, hauptsächlich Thomas Wulff und Christan Worch, auf offiziellen NPD-Kundgebungen und Aufmärschen Rederecht. Doch diese Abmachungen wurden von der Struktur des inzwischen entstandenen „Norddeutschen Aktionsbüros“ permanent intrigiert: Worch übernahm in Lübeck mit dem „Bündnis Rechts“ die dortige NPD-Struktur, setzte mit Dieter Kern einen willfährigen Strohmann ein, der zusätzlich von dem frisch aus der Haft entlassenen ANS/FAP-Kader Detlef Brüel kontrolliert wird. Ingo Stawitz als ehemaliger Schleswig-Holsteiner NPD-Landesvorsitzender wurde vom „Aktionsbüro“ Untätigkeit vorgeworfen. Parallel dazu übernimmt der ehemalige „Wiking-Jugend“-Kader Manfred Börm die nordniedersächsische NPD und bringt sie auf strammen Worch-Schritt. Die NPD wird so im Norden fast ausschließlich zu Erfüllungsgehilfen des „Aktionsbüros“. Durch die propagandistische Offensive norddeutscher Neonazis hat dies die NPD-Parteiführung geduldet, jedoch wurde der Einfluß der „Freien Nationalisten“ immer größer, immer offensichtlicher die Funktionalisierung der NPD/JN lediglich als „juristische Absicherung“ für Aufmarsch-Anmeldungen. Als am „2. Tag des nationalen Widerstandes“ in Passau die Strukturen der „Freien Nationalisten“ den Alleinvertretungsanspruch der NPD auf die NS-Bewegung unter dem Motto „der nationale Widerstand ist größer als die NPD“ scharf kritisieren, beschloss die NPD, die eigenen Strukturen im Norden wieder zu stärken und eigenen Aktivitäten zu entwickeln. Das bayrische NPD-Vorstandsmitglied Andreas Otto Hensel wurde hierfür in den Norden geschickt. Von Kiel aus sollten in diversen norddeutschen Städten Infotische durchgeführt werden und durch eine massive Propagandatätigkeit neue Mitglieder gewonnen und die NPD-Struktur restauriert werden. Doch schon die erste größere Aktion in Hamburg-Altona scheiterte kläglich, wofür die NPD nunmehr von den „freien Nationalisten“ mit Häme bedacht wurde, da „alle Warnungen ortskundiger Kräfte in den Wind geschlagen“ wurden. Innerhalb der NPD führte diese Aktion und der ebenfalls gescheiterte Protestmarsch eine Woche später zu Auseinandersetzungen um den Umgang mit den „Freien Nationalisten“: „Feindliche Übernahme“ („Zentralorgan“) oder Zusammenarbeit. Worch als Führer der „Freien Nationalisten“ nahm das Ergebnis dieser Auseinandersetzung vorweg, als er in einem öffentlichen Brief erklärte, die NPD habe ihm den Hamburger Landesvorsitz angeboten, den er aber dankend ablehne, da für die Politik der „freien Nationalisten“ innerhalb der NPD kein Platz wäre.



„... organisierter Wille braucht keine Partei“

Spätestens mit der Verbotsdiskussion um die NPD und deren Demonstrationsverzicht brachen die Dämme der Zusammenarbeit mit der dienstältesten deutschen Neonazi-Partei: Seitdem wird die NPD vor allem von „Freien Nationalisten“ der Feigheit beschuldigt: „Der Verbotsschiß scheint manchem Parteifunktionär bereits in die Hose gerutscht zu sein“ („Zentralorgan“ Nr. 10).

Die „freien Nationalisten“, die sich scheinbar innerhalb der Verbotsdebatte mit ihrem halblegalen Konzept – verbotserfahren seit den siebziger Jahren – als Sieger aus dieser Debatte hervorzugehen glauben, sind inzwischen in der Lage, mit ihren eigenen Strukturen oder den sich nicht an NPD-Bundesvorstandsbeschlüsse haltenden Funktionären Aufmärsche durchzuführen und ihre Propagandaaktivitäten weiterzuführen.

Obwohl Udo Voigt die „Freien Kameradschaften“ immer als Vorfeldgruppen der NPD subsumieren wollte, scheint er im Kampf um den Führungsanspruch innerhalb der militanten NS-Szene gescheitert zu sein. Das am 30. September in Thüringen stattgefundene Treffen einer „Opposition innerhalb der NPD“ um das „Bündnis Rechts“ aus Lübeck und die Struktur um Steffen Hupka wird ihn dabei nicht gestärkt haben: dort wurde beschlossen, die Ideen der „Freien Kameradschaften“ offensiv in der Partei zu diskutieren und umzusetzen.

„Club 88“ bleibt offen

In zweiter Instanz hat am 25. Oktober das Oberverwaltungsgericht Schleswig (OVG) die von SPD-Oberbürgermeister Unterlehberg verfügte Schließung des Neonazitreffs „Club 88“ in Neumünster für unwirksam erklärt. Unterstützt von der Landesregierung Schleswig-Holstein hatte die Stadt nach massivem öffentlichen Druck reagiert. Doch offenbar juristisch unqualifiziert: „Entgegen ihrer Angaben ist der Stadt nicht erst seit August 2000, sondern spätestens seit Mai 1998 bekannt, dass der Club 88 [...] einen bundesweiten Treffpunkt der rechtsradikalen Szene darstellt“, begründet ein OVG-Sprecher das Urteil. Daher bestehe kein „Bedürfnis für die sofortige Schließung“. Die Stadt sieht indes von einer weiteren juristischen Auseinandersetzung ab, wie Unterlehberg erklärte.

Janine Clausen

DVU in Passau

Deutsches Erwachen in der Nibelungenhalle

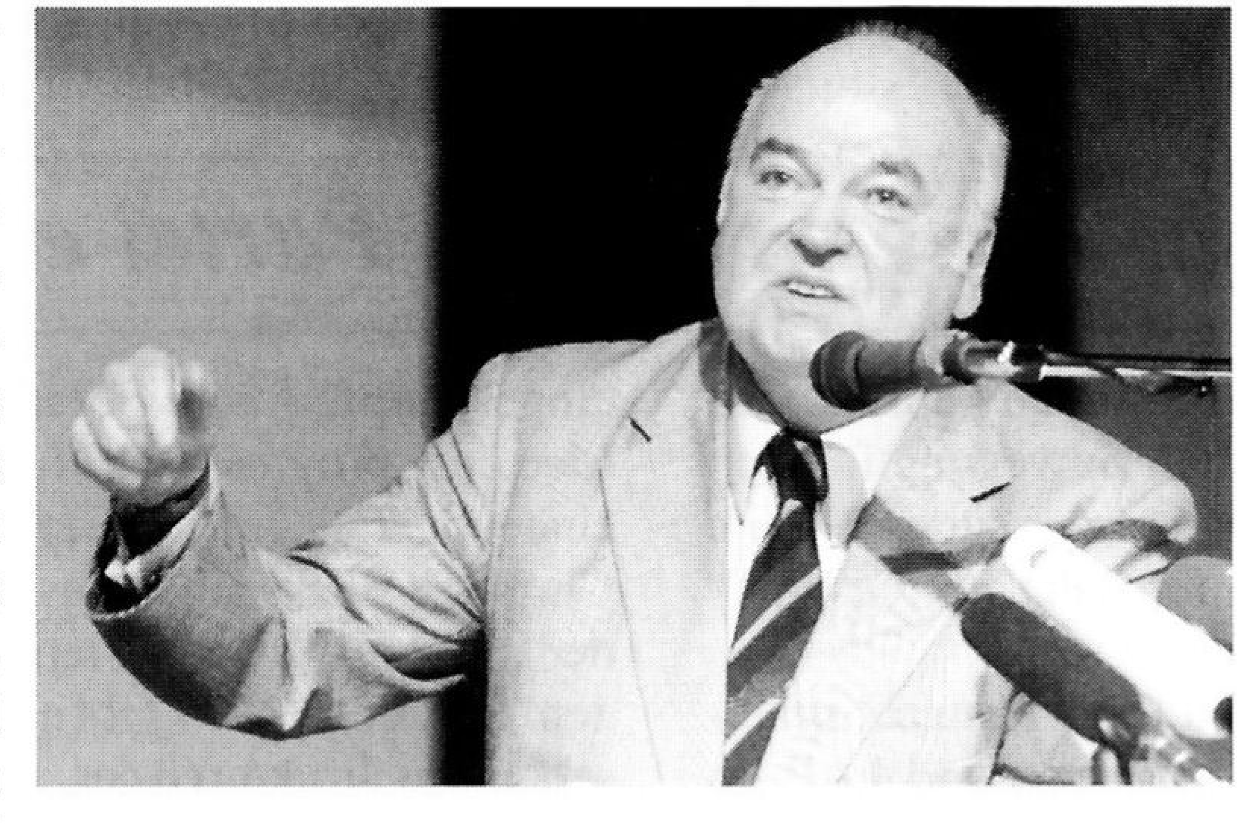
Beste Stimmung herrschte am 23. September in der Nibelungenhalle. Vom Bier beseelt und vom deutschen Geist besessen, feierte die „Deutsche Volksunion" den „Tag der Nationalen" in Passau.

Über 2200 „Patrioten" waren zu der alljährlichen Großkundgebung unter dem Motto „Recht und Freiheit für das Deutsche Volk" gekommen. Seit 1984 kommt die DVU nach Passau. Auch beim 19. Auftritt des unumstrittenen Parteivorsitzenden Gerhard Frey begleiteten rhythmisches Klatschen, Händeschütteln, Schulterklopfen und Jubel sein Erscheinen in der Halle. Zuvor hatten der stellvertretende DVU-Vorsitzende Bruno Wetzel und Liane Hesselbarth, Fraktionsvorsitzende der DVU Brandenburg gesprochen. Doch erst als Frey das Wort ergreift, schlagen die Herzen der Gäste höher. Anschließend rechnete Frey mit den „alten Parteien" ab, zeigte das „Sündenregister von CDU/CSU, FDP und SPD vom Juwelenraub bis zum Auftragsmord" auf. Kein Thema von „Scheinasylanten, Schweinejournalismus, EU-Wahnsinn über Öko-Steuer und Geburtenentwicklung" liess er aus. Unter großem Applaus verkündete er zum Schluss: „Es lebe Deutschland!"

Still wurde es in der Nibelungenhalle, als Wetzel die Ausstrahlung des Videos mit David Irving ankündigte. Der verurteilte britische Auschwitzleugner und frühere Gastredner der DVU durfte aber nicht live auftreten. 1993 hatte ihn ein Münchner Gereicht wegen der „Auschwitz Lüge" verurteilt. Mittlerweile gilt der Historiker in Deutschland und anderen Staaten als unerwünschte Person. Die Stadt Passau hatte eine Vorführung des Films zunächst untersagt. Eine Klage der extrem rechten DVU beim Verwaltungsgericht Regensburg hob dieses Verbot jedoch auf. Eine letztinstanzliche Beschwerde der Stadt beim Verwaltungsgerichtshof in München scheiterte in einem Eilverfahren mit der Begründung das keine „konkrete Gefahr volksverhetzender oder sonst strafrechtlich erheblicher Äußerungen besteht."

Die DVU war aber gewarnt, so dass Irvings Beitrag nicht wie in der DNZ zuerst angekündigt „Der verschwiegene Holocaust am deutschen Volk" hieß, sondern in „Das Menschheitsverbrechen von Dresden" umbenannt wurde. Persönlich das Wort ergreifen konnten dafür die „ausländischen Freunde" der DVU: Hubert Verhelst (Flämischer Politiker), Louis Hendrickx (jüngster Soldat der „Legion Vlaandern"), Patrice de Blignières und Thibault de la Tocnaye (beides Vorstandsmitglieder des „Front National"). Über fünfzig Mal hat die Stadt schon gegen die Nutzung der Nibelungenhalle durch die DVU geklagt. Aber immer wieder hat das Verwaltungsgericht gegen die Stadt entschieden. Auf Druck der Niederbayrischen Regierung strebt die Stadt seit 1997 keine juristische Entscheidung mehr an. Dieses Jahr gelang aber, was all die Jahre vorher unmöglich schien: die Stadt einigte sich zusammen mit allen protestierenden Gruppen auf gemeinsame Aktionen.

Ein runder Tisch bestehend aus etwa 60 VertreterInnen aller gesellschaftlich relevanten Gruppen, initiiert durch das „Komitee Kritische Öffentlichkeit Passau", verteilte Plakate mit der Aufschrift „Rechtsextremisten unerwünscht". Das Komitee schlug des weiteren vor, die Rechten durch einen Totalboykott aus der Stadt zu ekeln. Ein Verdienstausfall sollte durch einen Solidaritätsfond entschädigt werden, der allerdings noch ausstand. Doch der geplante Boykott machte sich nicht bemerkbar: „Die Leute müssen sich erst einmal daran gewöhnen, keine Angst zu haben", entschuldigt Werner Kraus, Sprecher des Komitees, den Reinfall. Denn die Hotels redeten sich heraus, das die DVUler sowieso keine Zimmer bräuchten, also wozu „Gegen Rechts" Plakate. Die Taxifahrer meinten die DVUler kommen sowie mit Bussen und die Tankstellenmitarbeiter wußten schlichtweg nichts von der Boykott Idee. Die Stadt zeigte sich wenig begeistert von der Idee, eher erleichtert atmet Oberbürgermeister Willi Schmöller (SPD) auf, denn wäre der Boykott durchgesetzt worden, „wären sie in die Innenstadt gelaufen" und die Konfrontation dort wäre einfach zu gefährlich gewesen. Während der DVU-Veranstaltung zogen zwei Protestmärsche „sehr ruhig", so Polizeidirektor Leonhard Gruber, mit cirka 29.000 Gegendemonstranten durch Passau.



Gerhard Frey

In zwei Jahren soll die in der Nazizeit gebaute Halle abgerissen und eine neue am Stadtrand von Passau gebaut werden. Dann stellt sich die Frage der Nutzung neu, denn zugleich sollen städtische Juristen die Mietregelungen ändern.

Protest gegen regionalen „Tag der Heimat"

Anfang September sollte Klaus Rainer Röhl beim regionalen „Tag der Heimat" des „Bundes der Vertriebenen" (BdV) in Münster referieren. Als dies öffentlich wurde, protestierten antifaschistische Gruppen dagegen und forderten, der BdV-Veranstaltung keine städtischen Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. In einem Offenen Brief der VVN/BdA an Oberbürgermeister Bertold Tillmann und die Stadtratsfraktionen hieß es: „Klaus Rainer Röhl ist in der Vergangenheit durch zahlreiche rassistische und revanchistische Artikel [...] in Erscheinung getreten. Sein publizistisches Engagement verbindet Röhl mit einer umfangreichen Vortragstätigkeit." Auf die Erklärung folgte eine intensive Debatte, in der vor allem auf die rechten Positionen Röhls hingewiesen wurde. Nach der Diskussion, an der sich zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter der politischen Parteien Münsters beteiligt hatten, einigte sich der CDU-Oberbürgermeister in Gesprächen mit dem BdV auf einen Kompromiss: Röhl habe aus gesundheitlichen Gründen abgesagt. Röhl hingegen verlautete in einer Lokalzeitung, er sei „fit" und jederzeit „einem kleinen Gefecht mit Autonomen gewachsen". Der Oberbürgermeister hingegen lobte die „rechtzeitige Versachlichung" der Diskussion und würdigte die „wichtige gesellschaftliche, kulturelle und politische Integrationsaufgabe" des BdV in Münster.

Der antifaschistischen Öffentlichkeit reichte dieser Kompromiss nicht: In einem zweiten Offenen Brief der VVN/BdA hieß es: „Leider sehen wir die Gefahr, dass der ‚Tag der Heimat' auch durch den örtlichen BdV dazu genutzt werden soll, nationalsozialistische Verbrechen zu relativieren." So habe sich die Münsteraner BdV-Vorsitzende Roswitha Möller jüngst eindeutig zur Kriegsschuldfrage im Zweiten Weltkrieg geäußert: „Wenn Hitler 1939 sagte, ab 5:45 Uhr wird zurück geschossen, warum? Weil die Polen im Widerspruch zum Versailler Vertrag mehr und mehr das Korridorgebiet annektiert und die Deutschen vertrieben!" Möller scheue auch nicht davor zurück, mit rechtsextremen Vereinigungen wie der NPD oder der „Deutschen Liga für Volk und Heimat" unter ein und demselben Aufruf als Unterzeichnerin zu stehen. So habe sie in einer Anzeige in der BdV-Zeitung „Deutsche Umschau" 1998 unter dem Motto „Machen gerade wir Frauen deutlich, dass unsere Männer, Väter und Großväter keine Verbrecher waren" gegen die damals in Münster gastierende „Wehrmachtsausstellung" zum Widerstand aufgerufen.

Trotz der Kritik konnte der BdV am 10. September im Rathaus in Münster seinen „Tag der Heimat" feiern. Eingeleitet durch ein Grußwort des Oberbürgermeisters Tillmann hielt nun Roswitha Möller den Vortrag und referierte über das „fundamentale Menschenrecht" auf Heimat und das internationale Verbrechen, dass an den „ostdeutschen Vertriebenen" begangen worden sei. Entgegen sonstigen Anlässen äußerte sie sich dabei eher zurückhaltend und forderte keine Grenzverschiebung der völkerrechtlich verbindlichen Oder-Neiße-Grenze - wie zuvor in einem Interview mit der studentischen Zeitschrift „Semesterspiegel".

Jan Große Nobis

Samuel Salzborn

Fortgesetzter Paradigmenwechsel

Schröder beim „Tag der Heimat“

Bei der zentralen Veranstaltung zum „Tag der Heimat“ in Berlin sprach mit Gerhard Schröder erstmals ein sozialdemokratischer Bundeskanzler bei dem Treffen des „Bundes der Vertriebenen“ (BdV). Damit habe er „ein Tor aufgestoßen“ und einen politischen „Paradigmenwechsel“ eingeleitet, wie der ehemalige SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz anerkennend in der FAZ feststellte. Schröder dokumentierte durch seinen Auftritt als Regierungschef, dass an eine Aufgabe der staatlichen Protektion des BdV nicht zu denken ist.

Anlass für Schröders Rede war der 50. Jahrestag der Unterzeichnung der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“, des „Grundgesetzes der Heimatvertriebenen“, wie sie in BdV-Kreisen genannt wird. Schröder war gekommen, um dieses Dokument „ausdrücklich zu würdigen“, wie er betonte. „Beeindruckend“ sei sie gewesen, die „Charta“. Denn die „trostlose Lage“ im Jahr 1950, dem Jahr ihrer Verkündung, hätte den „idealen Nährboden für radikale Verirrungen“ bieten können. Dem hätten die „Vertriebenen“ jedoch eine „deutliche Absage“ erteilt.

Besonders hervorzuheben sei, so Schröder, die Passage der „Charta“, in der die „Heimatvertriebenen“ erklärten, „auf Rache und Vergeltung“ zu „verzichten“. Eine Passage, über die Ralph Giordano in der „Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung“ anmerkte: „Von allem Fatalen in der ‚Charta‘ ist dieser stets im Brustton von Großmut und Verzeihen wiederholte Kernsatz das Fatalste: Er verwandelt die Opfer der deutschen Aggression in Schuldner, die Aggressoren aber in Gläubiger der Geschichte!“ Schröder stimmte in seiner Rede zwar einer weiteren Formulierung der „Charta“, nach der die deutschen „Vertriebenen“ die „vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen“ seien, „angesichts der millionenfachen Opfer der Nazi-Barbarei“ nicht zu. Um sogleich zu verkünden, dass die „Vertriebenen“ jedoch auch Opfer gewesen seien – „und zwar in allererster Linie Opfer der verbrecherischen Politik der Nationalsozialisten und des Hitler‘schen Aggressionskrieges“. Sie hätten in „besonderer Weise“ die „Last dieser Kriegsschuld“ zu tragen gehabt.

Die „Charta“ sei aber auch eine „historische Leistung“, aus der für die Gegenwart Verpflichtungen erwachsen würden. So machte „Landsmann Schröder“ („Die Welt“) keinen Hehl aus seiner Freude darüber, dass sich der BdV „unmissverständlich gegen rechtsextremistische Unterwanderung und neonazistische Umtriebe“ abgegrenzt habe. Nur, dass Schröder das beste Beispiel für diese Abgrenzung nicht eingefallen ist: Der im Mai diesen Jahres vom BdV-Landesverband Thüringen geplante Parlamentarische Abend im Thüringer Landtag wurde vom Ältestenrat abgesagt. Der Grund: Der Landesvorsitzende des BdV Thüringen, Paul Latussek, hatte im Erfurter Parlamentsgebäude „Informationsmaterial über das Unrecht, das dem deutschen Volke angetan wurde“, ausgelegt. Darin war vom „Völkermord an den ostdeutschen Stämmen“ und von „unmenschlicher Behandlung der deutschen Soldaten durch die Amerikaner“ am Ende des Zweiten Weltkrieges die Rede. Nach Angaben des Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion Heiko Gentzel zeugten die Äußerungen von „nationalistischem Gedankengut“ und böten „Nährboden für Handlungen, wie wir sie erst vor kurzem mit dem Brandanschlag auf die Synagoge in Erfurt ertragen mussten“. Latussek, so war im Vorfeld gefordert worden, hätte sich für den Inhalt des Flugblattes entschuldigen sollen. Doch das wollte er nicht. Denn er könne nicht etwas zurücknehmen, was „Tatsache“ sei, rechtfertigte sich Latussek. Aufschlussreicherweise wurde Latussek bei der wenige Tage später in Berlin stattfindenden Bundesversammlung des BdV zum Vizepräsidenten des Bundesverbandes gewählt. Um die Abgrenzung nach rechts perfekt zu machen, wurde Latussek kurz drauf vom BdV Bundesverband auch noch einstimmig in den Bundesvertriebenenbeirat gewählt – ein beim Bundesinnenministerium angesiedeltes Organ, das die Bundesregierung in Vertriebenenangelegenheiten beraten soll.



Auf dem Weg in die Mitte: Steinbach und Schröder

Beratend wurde beim „Tag der Heimat“ zunächst aber der Bundeskanzler tätig. Denn in der Vergangenheit hätten die Vertriebenenverbände durchaus nicht immer alles richtig gemacht und somit sei die politische Zusammenarbeit „mit manchen, die im Namen der Vertriebenen gesprochen haben“, auch nicht immer zum Besten bestellt gewesen. Auch hätten die Vertriebenenverbände sich zu Zeiten der neuen Ostpolitik von „falschen Freunden“ instrumentalisieren lassen und sich mit ihren Forderungen „mehr als einmal selbst im Weg“ gestanden. Um das in Zukunft zu vermeiden, bleibe Wahrung und Entwicklung des kulturellen Erbes, das aus einer „fast 900 Jahre zurückreichenden Tradition deutscher Siedlungs- und Kulturgeschichte im östlichen Mitteleuropa“ erwachsen sei, künftig keineswegs den Vertriebenenverbänden „allein überlassen“.

Die Bundesrepublik berufe sich zwar auf die historischen und kulturellen Traditionen der ehemaligen deutschen Ostgebiete, doch gehörten diese Gebiete „nicht zu unserem Staat“. Man hege keine Gebietsansprüche gegenüber den osteuropäischen Staaten und wolle künftige außenpolitische Beziehungen auch nicht „mit politischen und rechtlichen Fragen belasten, die aus der Vergangenheit herrühren“, erklärte Schröder. Wozu auch? Es bleibt ja die Perspektive der EU-Osterweiterung: „Damit wird sich den Kindern und Enkeln der Vertriebenen auch die Möglichkeit eröffnen, sich im Rahmen der europäischen Freizügigkeit an den Orten ihrer Eltern und Großeltern niederzulassen und dort am gesellschaftlichen und politischen Leben teilzuhaben. Spätestens dann werden wir erreicht haben, wovon die Verfasser der ‚Charta der Heimatvertriebenen‘ nur zu träumen wagten: Ein geeintes, friedliches Europa der Menschen und der Menschenrechte.“

Im „Bewusstsein ihres deutschen Volkstums“ hatten die „Vertriebenen“ in der „Charta“ die Realisierung eines „Rechtes auf die Heimat“ eingefordert und erklärt, sich in diesem Sinn für ein „freies und geeintes Europa“ einzusetzen. Bis diese Vision erfüllt sein wird, ist noch einiges zu tun. Damit die deutsch-völkische Identität sich weiter manifestieren kann, müsse die Unterstützung „deutscher Minderheiten“ in Osteuropa fortgesetzt werden. Denn „jede Mark und jeder Pfennig“, wie Schröder vor dem BdV ausführte, die für den Erhalt und die Förderung der europäischen Kultur in „Hinterpommern, Ostpreußen oder Schlesien“ eingesetzt würden, bringe „uns unserem gemeinsamen Ziel“ näher, nämlich aus der „schrecklichen Vergangenheit eine menschliche Zukunft zu schaffen“.

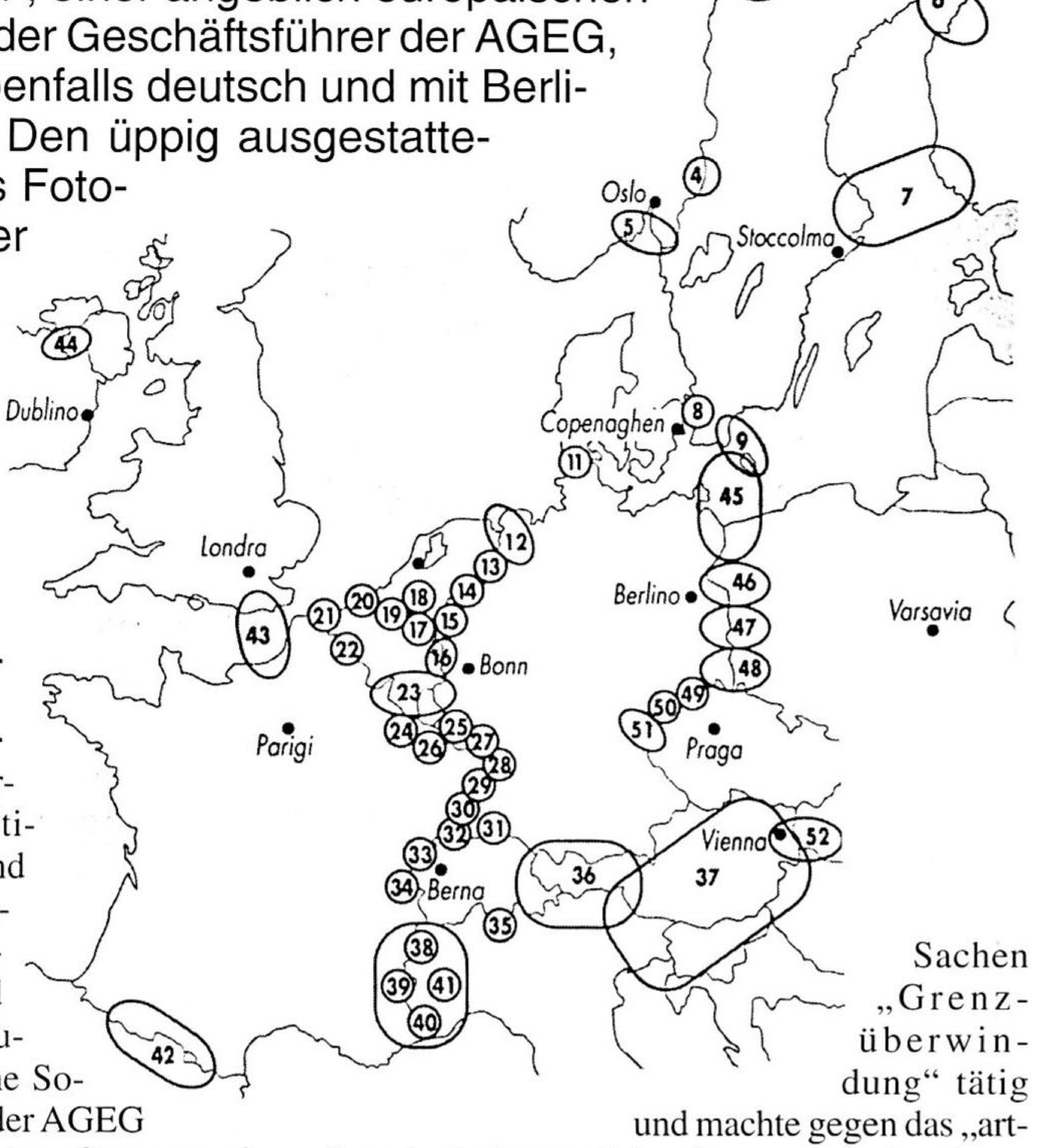
Die diesbezüglichen Planungen des BdV für ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ scheinen dem Kanzler allerdings zu früh auf den Tisch gekommen zu sein. Denn eine öffentliche Zusage der Bundesregierung zu diesem imperialen Projekt des BdV könnte die Wahrheit über die hegemonialen Interessen der deutschen Menschenrechtspolitik allzu deutlich offen legen. So hielt sich Schröder auch in seiner Rede beim „Tag der Heimat“ bezüglich des „Zentrums gegen Vertreibungen“ diplomatisch bedeckt. Die Bundesregierung stehe – nach anderslautenden Erklärungen von Schily und Schröder in der Vergangenheit – derzeit dem Plan für eine „zusätzliche zentrale Gedenkstätte zurückhaltend gegenüber“. Der BdV will aber unabhängig von dieser derzeitigen Position der Bundesregierung an seinen Plänen festhalten, in „geschichtlicher und räumlicher Nähe“ zum Holocaust-Mahnmal in Berlin ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ zu errichten.

Hans-Rüdiger Minow

Deutschlands „Euroregionen“

Vom Atlantik bis zum Ural, vom Nordkap bis Nordafrika

In der westdeutschen Kleinstadt Gronau (NRW) residiert ein unscheinbarer Verein, der sich als „Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen“ (AGEG) bezeichnet. Es ist kein Zufall, dass der Sitz dieses Dachverbandes der „Euroregionen“, einer angeblich europäischen Institution, auf deutschem Territorium liegt. Deutsch ist auch der Geschäftsführer der AGEG, ehemals Angestellter einer bundesmittelbaren Behörde. Ebenfalls deutsch und mit Berliner Hoheitssymbolen präsentieren sich die AGEG-Büros. Den üppig ausgestatteten Besprechungsraum der AGEG ziert ein großformatiges Fotoportrait des deutschen Bundespräsidenten. Doch trotz ihrer Finanzierung aus dem Etat Berliner Ministerien und den Kassen mehrerer deutscher Bundesländer behauptet die AGEG unverdrossen, ihr Verein sei „europäisch“ und „privat, absolut privat“.



Entgegen dieser Selbstdarstellung gehen die AGEG-Aktivitäten auf Bemühungen des deutschen Außenministeriums zurück. Gemeinsam mit mehreren Nachrichtendiensten finanzierte es bereits in den 1950iger Jahren vorgeblich private Initiativen, um „Europas Grenzen zu überwinden“. An vorderster Stelle der Zuwendungsempfänger stand die „Europa-Union Deutschland“. Sie konzentrierte die europäisch genannte Grenzüberwindung insbesondere auf die Grenzen der deutschen Nachbarn.

Die mit einem jährlichen Etat des Auswärtigen Amtes ausgestattete „Europa-Union“ lud 1971 zur Gründung der AGEG ein. Noch unter der Bezeichnung „Ständige Konferenz Europäischer Grenzregionen“ wählte man ein symbolträchtiges, an das größere Deutschland gemahnendes Datum: den 17. Juni, der den Streik Ostberliner Bauarbeiter und den Ruf nach „Wiedervereinigung“ in Erinnerung bringt.

Erster Geschäftsführer wurde der CDU-Politiker Wolfgang Schäuble. In einer Partei übergreifenden Koalition mit Vertretern von SPD und FDP stand er einer Interessentengruppe aus Politik und Wirtschaft vor. Schäuble, dessen Wahlkreis in der Nähe der deutsch-französischen Grenze lag, brachte in die beginnende AGEG-Arbeit Erfahrungen deutscher „Industrie- und Handelskammern“ (IHK) im Breisgau ein. Diese IHK drängten auf Expansionsmöglichkeiten ihrer deutschen Mitgliedsfirmen in Richtung Schweiz und Elsass. Ähnlichen Druck übten die „Industrie- und Handelskammern“ an der deutsch-niederländischen Grenze aus. Das nationalstaatliche Grenzregime, unterschiedliche Einfuhrgesetze und Beschäftigungsklauseln störten die Deutschen entweder beim Kapitalexport oder bei der Beschaffung billiger Arbeitskräfte aus den Nachbarländern.

Auch auf der anderen Seite der Grenze, in der Schweiz, Frankreich und den Niederlanden, stießen Interessenten zur AGEG - meist kommunale Institutionen und kleinindustrielle Zulieferer, die sich an der Peripherie ihrer Heimatstaaten vernachlässigt fühlten. In den deutschen Wirtschaftskreislauf einbezogen zu werden, schien ihnen vielversprechend. Nach der mit deutschen Staatsgeldern vollzogenen Sammlung in gemeinsamen „Planungsgruppen“ animierte die AGEG zu Vereinsgründungen in den Grenzgebieten. Ebenso programmatisch wie hochtrabend wurde dem privatrechtlichen Organisationsrahmen ein überstaatlicher Name gegeben: „Euroregion“.

„Raumfragen“

Dabei erwies es sich als förderlich, die wirtschaftspolitischen AGEG-Aktivitäten und ihre Steuerung durch das Auswärtige Amt der Bundesrepublik als "friedensstiftend" und „völkerverständigend“ auszugeben. Insbesondere deutsche Sozialdemokraten stellten sich der AGEG zur Verfügung, um zu behaupten, Grenzen seien „Narben der Geschichte“ und stünden dem friedlichen Zusammenleben der Völker im Wege, so die „Charta“ der AGEG. Wahrer Internationalismus bedeute, Grenzbarrieren niederzureißen und ein Europa ohne Nationalstaaten zu schaffen, hieß es. Dass dieser angebliche Internationalismus von dem potentesten europäischen Nationalstaat bezahlt wurde und auf die Erweiterung des europäischen Einflusses der Deutschen zielte, blieb gutgläubigen Pazifisten ebenso verborgen wie der ideengeschichtliche Hintergrund der „Euregio“-Propaganda: Von Grenzen als „Narben der Geschichte“ hatten bereits die Nationalsozialisten fantasiert und einen europäischen „Großraum“ erkämpfen wollen.

Auch prominente AGEG-Aktivisten waren von Beginn an mit europäischen „Raumfragen“ befasst. Sie verknüpften die AGEG mit der ministeriell finanzierten „Akademie für Raumforschung“ in Hannover, die überlebenden NS-Agitatoren der deutschen „Großraum“-Expansion eine neue Wirkungsplattform in der Bundesrepublik bot.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass deutsche Nationalisten, Rechtsextremisten und ehemalige Antisemiten zur AGEG stießen, Kreise, die eine europäische Grenzüberwindung als Wiedergewinnung der in zwei Weltkriegen verloren gegangenen deutschen Territorien begreifen oder eine deutsche Hegemonie über Europa anstreben. So wirkten an der Ausarbeitung der AGEG-Charta, dem „Grundgesetz der Euroregionen,“ untern anderem Theodor Veiter und Hermann Mitterdorfer mit. Veiter war bereits in den 1930iger Jahren in Sachen „Grenzüberwindung“ tätig und machte gegen das „artfremde Judentum“ in einem rassisch reinen, arisch-deutsch geführten „Europa der Regionen“ mobil. Bei der AGEG kümmerte er sich um den „Minderheitenschutz“ in den „Euroregionen“. Hermann Mitterdorfer, der andere AGEG-Autor, verkoppelte die AGEG mit der ebenfalls grenzüberschreitend tätigen „Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen“ (FUEV). Die unter Beteiligung berüchtigter Nationalsozialisten gegründete FUEV kämpft für ein ethnisch (rassisch) gegliedertes Europa und stört sich ebenfalls an Grenzen, z.B. an den Grenzen zwischen Österreich und Italien („Südtirol“), der Heimat des AGEG- und FUEV-Aktivisten Mitterdorfer. Durch die Ende der 1970iger Jahren hergestellte Personalunion zwischen AGEG und FUEV schloss sich der Kreis einer europäisch getarnten, auf Grenzrevisionen zielenden deutschen Außenpolitik, denn auch die FUEV wurde aus Bundesmitteln finanziert.

„Zentrale Orte“

Die Taktik der „Grenzüberwindung“ blieb stets gleich. Nach Sammlung deutscher Wirtschaftsinteressenten und der ihnen ergebener Partner auf der anderen Seite der Grenze begannen die „Euregio“-Vereine mit statistischen Erhebungen (Produktionsstandorte, Infrastruktur, Bevölkerungsbewegungen). Weil sich die Untersuchungen auch und gerade auf das Territorium der Nachbarländer bezogen, gelangten die deutschen Initiatoren zu umfassenden Kenntnissen auf praktisch allen Gebieten der von ihnen postulierten „Region“. Die Untersuchungsergebnisse wurden analysiert, um Entwicklungs-

potenziale zu orten, Hemmnisse beim Arbeitskräfteaustausch zu beseitigen und Mittelpunkte zukünftiger Wirtschaftsentwicklung zu bilden. Die AGEG empfahl, solche kühlen Standortüberlegungen als menschliche und technische Erleichterungen darzubieten und den Grenzbewohnern eine Art humaner Gesamtrationalisierung in europäischen Dimensionen zu versprechen.

Warum, so wurde gefragt, müssen elsässische Arbeiter zu Kleinbetrieben in die weit entfernte französische Kreisstadt pendeln, wenn die Fahrt in den deutschen Großbetrieb, jenseits der Grenze, viel kürzer ist? Warum brauchen niederländische Dörfer eine teure Abwasserentsorgung, nur weil sie an der Grenze liegen, aber ein gemeinsamer Kanalbetrieb mit der deutschen Seite billiger käme? Warum können medizinische Notfälle nicht grenzüberschreitend versorgt werden, statt Ärzte und Krankenhäuser doppelt zu beanspruchen? Warum müssen Wanderwege an Schlagbäumen enden, wo die Natur doch grenzenlos ist?

Die in solchen Fragen implizierten Angebote, das jeweilige Gebiet rationeller zu ordnen und durchlässig zu machen, laufen auf grenzüberschreitende Konzentration von Ökonomie und Verwaltung hinaus. Auch auf sämtlichen übrigen Lebensgebieten sollen „Zentrale Orte" entstehen. Dabei kommt es zu einer Ausdünnung der regionalen Gesamtstrukturen, die dort fokussiert werden, wo die größeren Potentiale bestehen. Die Vielfalt der Region verkommt. Bei Verfolgung des „Euregio"-Konzepts findet daher weder eine Regionalisierung noch eine Entstaatlichung der Grenzen statt. Im Gegenteil. Das grenzüberschreitend zentralisierte Gebiet wird von der jeweils stärkeren Regionalmacht renationalisiert. Sie gewinnt ein bisher schwer zugängliches Umland. Darüber hinaus verschiebt sie das an Grenzen übliche Sozialgefälle vom eigenen Grenzsaum in das fremde Territorialgebiet.

Dort, in einer Tiefe von cirka 30 bis 50 km hinter der Grenze, enden die „Euroregionen". Bieten sie ökonomische und infrastrukturelle Erleichterungen, fragen sich die Bewohner außerhalb des „Euregio"-Gebiets, warum sie nicht ebenso in den Genuss von Vorteilen kommen. Diese Frage zielt auf gleichberechtigte Teilhabe an nationalstaatlichen Versorgungsgarantien. Wird daran gezweifelt, weil die „Euroregion" attraktiver erscheint, beginnt eine langsame, sich von der Peripherie ins Zentrum fortsetzende Auflösung der Loyalitäten. Der Zerfall von Bindungen an den schwächeren Nationalstaat greift um sich. Das Resultat ist nicht Internationalisierung, sondern Unterwerfung unter die stärkere Staatlichkeit, die in Europa stets die deutsche ist.

„Pommerania"

Als der Expansionsdruck der deutschen Wirtschaft in den 1980iger Jahren umfassender wurde und die Bonner Politik bekennender, wuchs ihr Wunsch nach erweiterter Anwendung des „Euregio"-Konzepts. Die AGEG verstärkte ihre Aktivitäten und sorgte für Absicherung in Brüssel. Angeleitet vom Auswärtigen Amt erreichten Europa-Abgeordnete von CDU und SPD eine erst vorsichtige, dann umfassendere Co-Finanzierung der AGEG. Seitdem zahlen auch die europäischen Nachbarn der Deutschen für die AGEG. Die gleichzeitig aus Berlin und Brüssel fließenden Millionensummen sorgen für die Erweiterung von Infrastruktur, Versorgung und Verwaltung in den „Euroregionen". Der subversive Charakter dieser Regionalpolitik scheint nicht erkannt oder – wegen wirtschaftspolitischer Kooperationsinteressen – ignoriert zu werden.

Inzwischen wacht die AGEG-Zentrale über die Tätigkeit von 23 „Euroregionen", die praktisch jeden Meter des deutschen Grenzgebiets mit dem Territorium der deutschen Nachbarstaaten verbinden. Zu den „Euroregionen" an den deutschen Nord- und Westgrenzen („Schleswig", „Ems Dollart", „Rhein-Waal", „Rhein-Maas", „Saar", „Rheinpfalz", Oberrhein-Elsass", „Mittelelsass-Breisgau" usw.) gesellen sich seit der deutschen Vereinigung zahlreiche „Euroregionen" im Osten. Sie ordnen polnische und tschechische Hoheitsgebiete deutschen Grenzlagen zu: „Euregion Pommerania", „Euregion Pro-Europa Viadrina", „Euregion Spree-Neiße", „Euregion Elbe-Labe", „Euregion Egrensis" usw.

Die ungewöhnliche Namensgebung („Pommerania", „Viadrina", „Egrensis") benutzt deutsche Orts- oder Regionalbezeichnungen, z.B. das deutsche „Eger" (tschechisch: Cheb), und übersetzt sie in die „lingua franca" des Mittelalters - eine übliche Praxis seriös auftretender deutscher Nationalisten, die damit an die Reichsidee anknüpfen wollen (Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation). Es kann daher nicht überraschen, dass sich etliche Stammesorganisationen der deutschen Vertriebenen in den vordersten „Euregio"-Reihen finden, ja ihre Revisionsansprüche in tschechischen oder polnischen „Euregio"-Büros verbreiten und sie dabei lateinisch verbrämen.

Im Osten setzen sich die Propagandisten der „Euroregionen" über nationalstaatliche Grenzziehungen offenkundiger hinweg als an den deutschen Westgrenzen. Sie publizieren „Euregio"-Karten, die den tatsächlichen Grenzverlauf als Linie minderer Ordnung markieren und das beanspruchte „Euregio"-Gebilde, also deutsches Territorium unter Einschluss tschechischer oder polnischer Gebiete, einheitlich schraffieren. Als Vorwand für diese Grenzkorrekturen, die deutsche Wirtschafts- und Verwaltungszonen nach Osten ausstülpen, halten angebliche kulturelle, sprachliche oder ethnische (rassische) Gemeinsamkeiten her.

Unter Ausblendung der modernen Staatengeschichte wird dabei an frühzeitliche oder mittelalterliche Zustände angeknüpft. Die „Euregio"-Propagandisten entwerfen das Bild einer primären Regionalharmonie, die einst Frieden versprach und von den späteren Grenzziehungen zerstört worden wäre. Gerade weil das Gegenteil den Tatsachen entspricht und erst die nationalstaatlichen Grenzen einen (relativen) Schutz vor Übergriffen boten, müssen historische Legenden und kulturelle Mythen die „Euregio"-Propaganda stützen. Keine „Euroregion" ohne Beschwörungen der Früh- und Vorgeschichte, durch deren Umrisse die „Reichs"-Idee scheint. Auf diese Weise wird den durchweg wirtschaftlich schwächeren, nach Bevölkerungszahl und Territorium unterlegenen deutschen Nachbarn das Gebiet ihrer völkerrechtlichen Unverletzlichkeit bestritten.

Parzellierung Europas

Bei der Durchsetzung und Unterminierung nationalstaatlicher Grenzen zugunsten des größten Nationalstaats in Europa haben die deutschen Ministerien nicht nur benachbarte Nationen im Auge. So kümmert sich die AGEG gemeinsam mit dem „Institut für Völkerrecht und Regionalismus" (INTEREG), einer operativen Adresse der Bayerischen Staatsregierung, Abteilung A II, um Ausweitung der Grenzaktivitäten u.a. nach Südosteuropa („Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria" und „Region Triagonale"). Unter diesen Bezeichnungen werden deutsche Grenzgebiete mit österreichischem Territorium verknüpft und über den österreichischen Mittler italienische, schweizerische, slowenische sowie kroatische Hoheitsgebiete einbezogen. Wie ausländische Beobachter immer wieder vermutet haben, darf die „Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria" (ARGE ALP) bereits seit den achtziger Jahren in Anspruch nehmen, den Zerfallsprozess im ehemaligen jugoslawischen Bundesstaat befördert und kroatische Nationalisten ermutigt zu haben.

In den neunziger Jahren weitete die AGEG das deutsche Konzept einer fortschreitenden Parzellierung des Kontinents auf sämtliche europäische Staaten aus und arbeitet nun an der „Überwindung von Grenzen" sowohl im russischen „Ostraum" als auch am Mittelmeer. Somit bestehen günstige Voraussetzungen, um das europäische Herrschaftsumfeld der Deutschen in sämtlichen Himmelsrichtungen zu entstaatlichen. Die letzten Verteidigungslinien nationaler Souveränität werden eingerissen, die Hegemonialmacht pflanzt „Euroregionen".

Veranstaltungen mit Hans-Rüdiger Minow und seinem Film „Unheimliche Nachbarn – Die Rolle der Deutschen in den Euroregionen" können über die Redaktion vereinbart werden.

Ermittlungen gegen Stadtrat

Gegen den Schweinfurter Stadtrat Roderich Sell (64) ermittelt die Schweinfurter Staatsanwaltschaft. Grund hierfür ist ein Leserbrief Sells an die Tageszeitung „Die Welt". Sell nahm einen Kommentar der „Welt" zum Anlass, sein rechtsextremes Gedankengut zu offenbaren: „Die Skinheads, die Sie als Wirrköpfe bezeichnen, sind in meinen Augen die besseren Deutschen. Es sind die wahren Vaterlandsverteidiger, die sich noch ein gesundes Volksempfinden bewahrt haben, denn die vielen unerwünschten Ausländer in Deutschland sind wie eine feindliche Invasion zu betrachten." Das Schreiben Sells endete mit einer Drohung. „Wenn der Tag der Vergeltung kommt, werden meine Freunde und ich sich Ihrer Person erinnern." Gegen den Mediziner läuft außerdem ein Disziplinarverfahren an der Universitätsklinik Würzburg wegen rechtsradikaler Äußerungen. Sell wurde 1996 auf der Liste der „Republikaner" in das Kommunalparlament der unterfränkischen Stadt Schweinfurt gewählt und gehört, so die „Welt", der „Deutschen Liga für Volk und Heimat" an.

Heribert Schiedel

Europäische Resignation

Mit einem pathetischen „Österreich ist frei!" feierte Außenministerin Ferrero-Waldner das Ende der „Sanktionen". „Österreich ist frei!" rief 1955 auch Kanzler Figl, als er den Staatsvertrag einer jubelnden Menge präsentierte. Dieser bedeutete das Ende der alliierten Kontrolle, die mehrheitlich als „Besatzung" empfunden wurde. Tatsächlich fühlten sich die ÖsterreicherInnen, wie Josef Haslinger einmal meinte, nun frei vom Zwang, sich mit den NS-Verbrechen auseinandersetzen zu müssen. 45 Jahre später ist zu befürchten, dass die wiedererlangte „Freiheit" von der Regierung und deren Massenanhang als Zeichen europäischer Zustimmung zum „österreichischen Weg" verstanden wird.



Ferrero-Waldner

In den Reaktionen der übrigen 14 EU-Staaten drückte sich zunächst die Weigerung aus, die Regierungsbeteiligung einer rechtsextremen Partei hinzunehmen. Die politisch-rechtliche Basis, von welcher aus dieser Tabubruch bekämpft wurde, stellte sich aber rasch als unbrauchbar dar: Die FPÖ verstößt tatsächlich weder gegen die „europäischen Werte", noch gegen den „antitotalitären" und „demokratischen Grundkonsens". Was weniger für die FPÖ spricht als gegen die politischen Eliten der Festung Europa.

Den Ausweg aus der Misere suchten letztere in der Bestellung eines Berichtes über die „Natur der FPÖ" und die Politik der neuen Regierung. In diesem „Weisenbericht" werden zunächst die „Sanktionen" begrüßt: Sie hätten das freiheitlich-konservativ regierte Österreich davon abgehalten, umgehend mit zivilisatorischen Standards zu brechen. Als Grund für die dennoch empfohlene Aufhebung wird der österreichische Reflex genannt: Die bilateralen diplomatischen Schritte der 14 EU-Staaten seien kontraproduktiv, weil durch sie „schon jetzt nationalistische Gefühle geweckt werden". Dabei wird übersehen, dass das massenhafte Ressentiment gegen die Anderen sich stets unabhängig von deren konkreten Taten manifestiert. Auch nach dem Ende der politischen Isolierung der FPÖVP-Regierung wird sich die Hetz- als Opfermasse sehen und der ideelle Gesamtösterreicher Jörg Haider das nationale Wir von allerlei finsteren Mächten beschützen.

Lob gibt es für die bisherige Regierungspolitik, vor allem in den Bereichen Minderheitenrechte und Entschädigungen für die Opfer der „ordentlichen Beschäftigungspolitik" (Haider) des „Dritten Reiches". Dabei wird nicht vergessen zu erwähnen, dass die Ankündigung von Entschädigungszahlungen an ehemalige ZwangsarbeiterInnen aufgrund der kritischen Beobachtung erfolgte.

Kritik muss hingegen die FPÖ einstecken. Diese wird als „rechtspopulistische Partei mit radikalen Elementen" und „extremistischer Ausdrucksweise" bezeichnet. Die „Weisen" weiter: „Die FPÖ hat fremdenfeindliche Stimmungen in ihren Wahlkämpfen ausgenutzt und gefördert. [...] Hohe Parteifunktionäre der FPÖ haben über eine lange Zeit hinweg Stellungnahmen abgegeben, die als fremdenfeindlich oder gar rassistisch verstanden werden können. Viele Beobachter erkennen in den verwendeten Formulierungen nationalistische Untertöne, manchmal sogar Untertöne, die typisch nationalsozialistischen Ausdrücken nahe kommen, oder sie sehen in ihnen eine Verharmlosung der Geschichte dieser Zeit." Auch ist der hierzulande dauernd von KollaborateurInnen behauptete Wandel der FPÖ zur moderaten Regierungspartei für die „Weisen" derzeit „nicht klar erkennbar". Vielmehr sei die obige Einschätzung der FPÖ „auch nach dem Eintritt der Partei in die Bundesregierung weiter zutreffend". Genau deswegen wird eine fortgesetzte internationale Beobachtung der „Freiheitlichen" verlangt, was die Betroffenen umgehend als „lächerlich" zurückgewiesen haben.

Angesichts des „systematische(n) Betreiben von Beleidigungsverfahren" gegen KritikerInnen der FPÖ machen sich die Berichterstatter Sorgen um den Zustand der Demokratie: „Eines der problematischen Kennzeichen führender Mitglieder der FPÖ sind Versuche, politische Gegner zum Schweigen zu bringen oder sie sogar zu kriminalisieren, wenn sie die österreichische Regierung kritisieren." Tatsächlich hat „die Zahl der von FPÖ-Politikern anhängig gemachten Verfahren gegenwärtig einen Höhepunkt erreicht", was die Meinungsfreiheit gefährde. Personifiziert werde diese Gefahr durch Justizminister Dieter Böhmdorfer. Dieser stimmte dem Vorschlag Haiders, oppositionelle PolitikerInnen wegen Kritik an der FPÖ und deren Regierungsbeteiligung mit Strafandrohung zu belegen, spontan zu. Auch wenn sich Böhmdorfer kurz darauf vorsichtig von seinem Kameraden absetzte, erkennen die „Weisen", dass „eine solche Position eines Ministers in der Bundesregierung nicht mit den Verpflichtungen eines Staatsorgans vereinbar ist, wie sie sich aus

Instrumentalisierung der Justiz

Mit einer öffentlichen Erklärung haben sich zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Bundesrepublik gegen die politische Funktionalisierung der Justiz in Österreich gewandt. Darin heißt es unter anderem: „Jörg Haider hat über die Kanzlei seines Anwalts, des derzeitigen österreichischen Justizministers Dieter Böhmdorfer, eine Serie von Privatklagen gegen Wissenschaftler und Publizisten eingereicht, die nun unter ministerieller Aufsicht seines Parteifreundes ihren Gang gehen. Erstes Opfer der Kampagne ist der Innsbrucker Politologe Anton Pelinka, gegen den noch ein weiteres Verfahren anhängig ist. Daneben sind Wolfgang Neugebauer vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, der Publizist Hans Rauscher und das Magazin ‚Profil' sowie Ariel Muzicant, der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde zu Wien, inzwischen mit Klagen konfrontiert. Anton Pelinka wurde von einem Wiener Gericht zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er angeblich Haider 'diffamiert' habe, indem er in einem italienischen Fernsehinterview erklärte, 'Haider hat in seiner Karriere immer wieder Aussagen gemacht, die als Verharmlosung des Nationalsozialismus zu werten sind. Er hat einmal die Vernichtungslager Straflager genannt. Insgesamt ist Haider verantwortlich für eine neue Salonfähigkeit nationalsozialistischer Positionen und bestimmter nationalsozialistischer Äußerungen.' Der Missbrauch der österreichischen Justiz für die politischen Zwecke der FPÖ folgt dem einfachen Muster, jedem, der sich mit der politischen Programmatik und damit unvermeidlicherweise mit den NS-Anspielungen in den Aussagen Haiders auseinandersetzt, eine Gleichsetzung dieser Position mit dem historischen Nationalsozialismus oder Faschismus zu unterstellen und dies gerichtlich sanktionieren zu lassen. Die Möglichkeit zu notwendigen strukturellen historischen Vergleichen und zur Analyse der mobilisierenden Funktion der politischen Sprache Haiders bleibt damit auf der Strecke. Jeder medientauglich verbriefte Freispruch von Nazismus und Faschismus lenkt erfolgreich ab vom eigentlichen Ereignis, das Haiders FPÖ darstellt: das Auftreten eines modernen Rechtspopulismus, dem es gelingt, neorassistische Positionen 'normal wählbar' erscheinen zu lassen und auf diese Weise auch die von der Nachkriegsdemokratie Österreichs ausgegrenzten altrechten Positionen in das Spektrum der Hegemonie einbinden zu können. Die Folgen dieses Rechtsrucks der Mitte sind bereits spürbar. Antisemitische Positionen gewinnen heute neuen Auftrieb und artikulieren sich in immer skandalöserer Weise."

der Verfassungsstruktur der EU ergeben". Österreich wäre nicht, was es ist, wenn diese de facto Rücktrittsaufforderung nicht in den Wind geschlagen werden würde. Man fühlt sich - nicht ganz zu Unrecht - als Sieger im Kampf gegen die „EU-14" und gewinnt aus dieser Position der Stärke Selbstvertrauen. Mit diesem kann man die Kritik an Böhmdorfer, der als Anwalt FPÖ-KritikerInnen mit Klagen überzog, kurzerhand als „Recherchefehler" wegwischen.

Heribert Schiedel

„Unterm Haider hätt's das nicht gegeben"

Während sich die ÖVP seit Februar dieses Jahres wachsenden Zuspruches erfreut, setzt es für die FPÖ seit ihrer Regierungsbeteiligung Niederlage auf Niederlage. Nach Lokal- und Interessenvertretungswahlen folgte am 15. Oktober bei den Landtagswahlen in der Steiermark die bis dato größte Schlappe: Gerade mal 12,4 Prozent der abgegebenen Stimmen entfielen auf die „Freiheitlichen", was ein Minus von 4,7 Prozent bedeutet.



Im Vergleich zu den Parlamentswahlen vom Oktober 1999 halbierte die nunmehrige Regierungspartei gar ihren Stimmenanteil. Ersten Analysen zufolge verlor die FPÖ 30.000 Stimmen an die ÖVP, etwa gleich viele wanderten in das Lager der NichtwählerInnen. Der erwartete Rückstrom der „kleinen Leute" zur Sozialdemokratie blieb weitgehend aus. Die SPÖ, die einen Anti-Sozialabbau-Wahlkampf versuchte, verlor 3,5 Prozent ihrer Stimmen. Die Steiermark-Wahl ist - auch angesichts des 11prozentigen Zugewinnes für die ÖVP - also nur bedingt als „Protestwahl" angesichts der rigiden Sparmaßnahmen im Sozialbereich zu interpretieren. Dem tut auch die Tatsache keinen Abbruch, dass sich ÖVP-Spitzenkandidatin Waltraud Klasnic, die sich „Frau Landeshauptmann" nennen lässt und alles mit penetranter Heimeligkeit erstickt, unmittelbar vor den Wahlen deutlich von den Sparplänen der Regierung absetzte. Im Gegensatz zur FPÖ, die das „einfache Parteimitglied" Jörg Haider und fast die halbe Regierungsmannschaft aufgeboten hatte, setzte Klasnic auf einen reinen Persönlichkeitswahlkampf, in welchem sie sich als „Landesmutter" präsentierte. Die steirische ÖVP verzichtete bewußt auf die Unterstützung der KollegInnen aus Wien, die erst zur Siegesfeier anreisten.

Die Erklärungsversuche des Wahlergebnisses fallen naturgemäß unterschiedlich aus. Die FPÖ-Spitze will - neben der obligaten „antifreiheitlichen" Verschwörung durch die Medien - nur die Streitereien in der steirischen Landespartei als Ursache für das Debakel gelten lassen. Einzelne Spitzenfunktionäre sehen jedoch ihre Partei bereits mit jenem Schicksal konfrontiert, dass auch die Sozialdemokratie ereilte: Die für die ideologische Integration der Lohnabhängigen zuständige Regierungspartei verliert ihr Hauptklientel in Zeiten von „Sparpaketen". Schon werden in der Partei der „kleinen Leute" Stimmen nach einem sozialeren Profil laut. Und weil sich dieses auch im Fall der FPÖ vor allem in Demagogie erschöpft, wird vereinzelt bereits die Rückkehr des begnadetsten Demagogen an die Parteispitze verlangt. Jedoch wird Haider unter dieser Konstellation Klagenfurt nicht Richtung Wien verlassen. Erst 2003 oder im Falle von Neuwahlen soll der „Anwalt der kleinen Leute" ein fulminantes Comeback feiern. Tatsächlich drohte Haider in einem ersten Schock bereits mit der Aufkündigung des Bündnisses mit der ÖVP.

Sollte sich der Abwärtstrend der FPÖ im kommenden Frühjahr auch bei den Wiener Wahlen fortsetzen, wird allgemein mit Neuwahlen gerechnet. Doch noch versuchen die Freiheitlichen die drohende Niederlage in der Bundeshauptstadt abzuwenden. Als Instrument bleibt dabei nur der Rassismus: Die Wiener FPÖ hat bereits gedroht, wieder mit einem „Ausländer-Wahlkampf" punkten zu wollen. Ob diesen die Koalition aushält, bleibt abzuwarten. Angesichts der politischen Verfassung der ÖVP ist aber zu befürchten, dass das Bündnis auch die dann einsetzende nächste Welle internationaler Kritik übersteht.

Australische Homepage verboten

In Australien ist erstmalig eine Homepage verboten worden, auf der der Holocaust geleugnet wird. Das „Adelaide-Institut", dem die Seite gehört, muss die Texte aus dem Internet entfernen. Die Seite erniedrige jüdische Menschen, so die Vorsitzende der mit der Entscheidung befassten Menschenrechtskommission Kathleen McEvoy. Der Direktor des „Adelaide Instituts", der aus Deutschland stammende Fredrick Toben, will nach eigener Aussage der Aufforderung nicht nachkommen.

„Vlaams Blok" legt zu

Der „Vlaams Blok" (VB) ist in Belgien weiter auf dem Vormarsch. Anfang Oktober verbuchte die rechtsradikale Partei bei den Gemeinde- und Provinzwahlen erhebliche Stimmgewinne. Während die extreme Rechte im französischsprachigen Teil Belgiens (dem Süden) eine Niederlage hinnehmen musste, legte der VB im Norden des Landes in der Wählergunst weiter zu. In Antwerpen, der zweit größten Stadt Belgiens, erreichten der „Vlaams Blok" 33 Prozent der Stimmen, was im Vergleich zu den Kommunalwahlen von 1994 eine Steigerung von fünf Prozentpunkten ist. Insgesamt entfiel im nördlichen Teil Belgiens, in dem rund 60 Prozent der belgischen Bevölkerung leben, jede siebte Stimme auf den „Vlaams Blok". Damit legte der rassistische und separatistische VB um 2,7 Prozent auf insgesamt 9,3 Prozent von allen Parteien am stärksten zu. Die rechtsradikale Partei bleibt damit landesweit unverändert die viert stärkste Kraft.

Unter seinem 37 Jahre alten „Chefideologen" Filip Dewinter hatte der VB seit den letzten Kommunalwahlen seine regionale Basis durch die Neuinitiierung zahlreicher Ortsgruppen erweitert und sich insbesondere um Stimmen vom rechten Rand der Christdemokraten und der Liberalen bemüht. Der „Vlaams Blok" setzte dabei auf die Strategie, weniger explizit mit rassistischer Propaganda und auf die Abspaltung vom wirtschaftlich schwächeren Süden des Landes gerichteten Parolen um die Wählergunst zu buhlen, um so auch für mittelständische Kräfte zu einer wählbaren Politikoption zu werden. Der Erfolg: In Antwerpen ist der VB bei den aktuellen Wahlen ebenso wie in Mechelen zur stärksten, in Gent zur drittstärksten politischen Kraft geworden. An der ideologischen Grundausrichtung der Partei, die mit blonden Kindern für die „Befreiung Flanderns" wirbt, änderte sich jedoch nichts. Eigentlich hat der VB „mit Belgien nichts im Sinn", wie die „Süddeutsche Zeitung" treffend kommentierte. Denn seit die Organisation sich 1978 von der „Volksunie" abgespalten hat, agitiert sie unter der Parole „Eigen Volk erst" („Das eigene Volk zuerst") für ein „unabhängiges Flandern".

Dem „Vlaams Blok" entgegen steht auch nach diesen Wahlen wieder ein relativ breites politisches Bündnis, das den bisher bestehenden „cordon sanitaire" bekräftigt hat. An diesem Pakt der Abgrenzung sind sämtliche Vorsitzende der Regierungs- und Oppositionsparteien beteiligt, die sich durch ihre Unterschrift dazu verpflichten, auf keiner Ebene eine Zusammenarbeit mit dem VB zu betreiben und diesen politisch strikt zu isolieren.

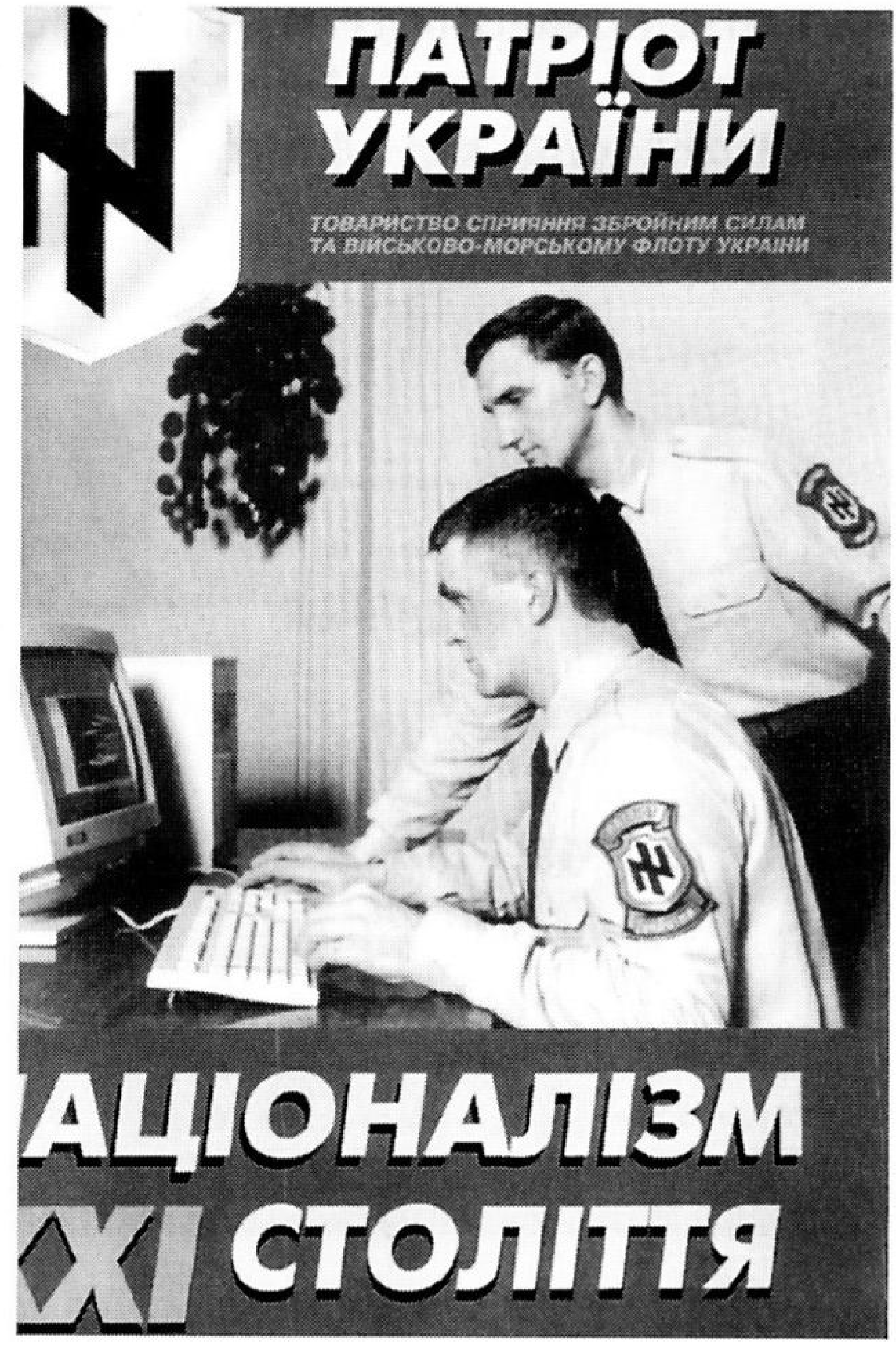
Marcel Galand

Andre Krautvetter

Im Wettstreit

Nationalisten in der Ukraine

Der Ukraine geht es nach zehn Jahren Unabhängigkeit wirtschaftlich schlechter als Russland. Dennoch gibt es mit 40 zugelassenen Parteien und politischen Bewegungen eine blühende Parteienlandschaft. Allerdings erreichten 1998 bei den letzten Parlamentswahlen nur acht davon die 4-Prozent-Hürde oder ein Direktmandat. Programmatisch vertreten 10 kleinere Parteien einen hegemonialen ukrainischen Nationalimus, der sich vor allem gegen die russische Minderheit richtet. Von diesen Parteien können die nationalrevolutionäre UNA-UNSO („Ukrainische nationale Assemblee - Ukrainische nationale Selbstverteidigung") und die SNPU („Sozial-Nationale Partei der Ukraine") eindeutig der extremen Rechten zugeordnet werden.



Ihre Hochburgen haben die nationalistischen und rechtsextremen Parteien vor allem in der westukrainischen Stadt Lwow und in der Hauptstadt Kiew. Mit dem Ergebnis, dass in Lwow nach zahlreichen Übergriffen viele afrikanische Studenten die Stadt verlassen haben und unter anderem in Moskau weiter studieren. Auch andere Minderheiten müssen in der Stadt mit Übergriffen rechnen. So wurden wiederholt Anschläge auf das russische Kulturzentrum „Puschkin" verübt. Der letzte geschah im April diesen Jahres, als nach einem Überfall eine laufende Theateraufführung, an der auch der ukrainische Kultusminister teilnahm, unterbrochen werden mußte. Die offizielle Politik der Gebietsverwaltung Lwow und auch der Stadtrat Lwow sehen zu den rassistischen Vorfällen keinen Handlungsbedarf. Der Leiter der Gebietsverwaltung, Stepan Senschuk, verbot ohne jegliche Gesetzesgrundlage im Mai diesen Jahres lieber einen russischsprachigen Radiosender. Als Ende Mai der ukrainische Sänger Igor Bilosor in Folge einer Schlägerei mit „Russen" starb, nahm dies der Stadtrat zum Anlass eine Verordnung zum „Lärmschutz" zu verabschieden. Analog dazu bereitete auch die Gebietsverwaltung Lwow einen entsprechenden Entwurf vor, der das Abspielen russischsprachiger Musik auf öffentlichen Plätzen, in Cafes und im Nahverkehr unter Strafe stellte. Erst nach Eingreifen der Regierung in Kiew und der Intervention der OSZE wurde die Verordnung zum „Lärmschutz" noch im Juni dahingehend abgeschwächt, dass das Abspielen von russischen Liedern „geringerer ästhetischer Qualität" unter Strafe steht. „Der Spiegel" (30/2000) beschrieb die Situation in der Stadt als: „eine regelrechte Pogromstimmung, vor der bereits etliche russische Bürger geflüchtet sind". Unter der Leitung der „Ukrainischen Republikanischen Partei" (URP) wurde die Organisation „Brigaden zur Ukrainisierung Lwow" mit mehr als 90 Mitgliedern gegründet. Den ersten Aktionismus bewiesen die Mitglieder, indem sie Einrichtungen, in denen russisch gesprochen wurde, mit Aufklebern wie „Moskauer Gift" und „Vorsicht! Russifiziert" kennzeichneten. Sie richteten ebenfalls an die Stadtverwaltung die Bitte, den Status eines „Ordnungshüters" zu erhalten, um bei der Durchsetzung der Verordnung zu helfen. Die rechtsextremen Parteien UNA-UNSO und SNPU bauschten den Sänger Bilosor als Märtyrer auf und starteten eine Hetzkampagne gegen alles Russische. So begann die UNA-UNSO eine Plakatkampagne gegen einen der flüchtigen mutmaßlichen Täter und organisierte am 8. Juli eine Demonstration mit 120 Teilnehmern. In einer Erklärung der Partei wird mit der Zerstörung des Cafes durch Anhänger der UNA-UNSO geprahlt, in dem der Sänger Bilosor schwer verletzt worden war. „Die UNA-UNSO hat der schlechten russischen Musikkultur den Krieg (nicht nur in Lwow) erklärt." Beide rechtsextreme Parteien erheben einen Führungsanspruch innerhalb der nationalistischen Parteien. So traf der Vorsitzende der SNPU Jaroslav Andruschkiv im Herbst letzten Jahres mit Le Pen in Kiew auf der Konferenz „Europa im XXI. Jahrhundert - Europa der freien Nationen" zusammen. Die Mitgliederzeitschrift „Orientierung" (Nr. 3/2000) schreibt hierzu: „In der Ukraine vertritt nach Meinung der französichen Delegation nur die SNPU solche Ideen vom Nationalismus, die mit denen in Westeuropa vergleichbar sind". Dies spiegelt auch die Selbsteinschätzung der SNPU wieder. Die FN Delegation war bei einem Besuch von Lwow ebenfalls darüber begeistert, wie offen dort jemand sein Bekenntnis zur rechten Ideologie äußern und sichtbar machen kann. Diese Kontakte werden auch weiterhin gepflegt. So nahm am 21. Mai diesen Jahres Le Pen am Parteitag der SNPU teil, eine Delegation von 15 Mitgliedern der Jugendorganisation der FN reiste im August in die Ukraine.

Die SNPU verfügt auch über eine Jugendorganisation, die Kameradschaft „Patriot Ukraini". Deren Ziel ist es, das Verhältnis der ukrainischen Bürger zur Armee zu ändern. Andrej Parubi, Vorsitzender der Kameradschaft, sieht die Hauptaufgabe in der Erziehung eines neuen Menschentyps. Dieser soll die neue politische Elite der ukrainischen Gesellschaft bilden und die Macht übernehmen. In der Gegenwart hat seiner Meinung nach der „militärische Geist des Volkes" nachgelassen („Orientierung" 3/2000). Das militante Auftreten in braunen Uniformen, Hakenkreuzfahnen und pompöse Fackelaufzüge erinnern stark an die Hitlerjugend. Die SNPU selbst gibt sich etwas seriöser und erhebt in ihren Zeitungen einen „wissenschaftlichen Anspruch". Artikel von Rechtsintellektuellen erscheinen in teuren, aufwendigen Hochglanzbroschüren, in einem Land mit einem monatlichen Durchschnittseinkommen von 80 Mark. Zu Wort melden sich zum Beispiel der Direktor des „Zentrums für Gesellschaftliche Beziehungen" der Lwower Universität (LNU), Andrej Kirschiw, oder der Direktor des Rechtscolleges der LNU, Taras Andrusiak.

Im Gegensatz dazu ist die UNA-UNSO eine „Führerpartei". An der Spitze steht Andrej Schkil. Die Partei hat eine junge Anhängerschaft von etwa 6000 Mitgliedern und verzichtet deshalb wohl auf eine eigene Jugendorganisation. Die Partei verpasste 1998 knapp den

Antisemitismus öffentlich

Antisemitische Behauptungen werden in Deutschland mittlerweile offen und mit Namensnennung artikuliert. So verwehrte sich beispielsweise Felicitas Küble in einem Leserbrief in der FAZ vom 12. Oktober diesen Jahres dagegen, dass „jede Kritik" an „jüdischen Vorgängen" oder „jede Beschwerde" über bestimmte Persönlichkeiten aus dem „jüdischen Spektrum" sogleich als Antisemitismus „missdeutet" werde. Küble, die mehrfache Autorin der „Jungen Freiheit"(JF) und Unterzeichnerin des geschichtsrevisionistischen Aufrufs „8. Mai 1945 - Gegen das Vergessen" ist, äußerte, dass in einem solchen „Meinungsklima" nicht Freundlichkeit und Offenheit gedeihe, sondern „Heuchelei" und „Philosemitismus". Statt dass sich der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, darüber freue, „offenherzige Post - mit oder ohne Sachkritik" zu erhalten, beklage sich dieser darüber, dass sich deutsche Briefschreiber erstmals frei genug fühlten, ihre Vorurteile zu artikulieren. Pater Lothar Groppe, langjähriger JF-, „Criticón" und „Ostpreußenblatt"-Autor, schreibt in einem Leserbrief vom selben Tag in der FAZ von seiner Besorgnis darüber, dass „die offiziellen Repräsentanten der Juden" sich berufen fühlten, „dem deutschen Volk Belehrungen" zu erteilen und bei „jedem Staatsakt und jeder Feierlichkeit", an der auch der Bundespräsident teilnehme, in der „ersten Reihe" Platz nähmen. Dies würde „sicher nicht zur Steigerung der Beliebtheit" beitragen.

Wiedereinzug in das Parlament. Schkil strebt eine Vereinigung aller rechtsextremen und nationalistischen Parteien auf der Basis der UNA-UNSO an. In einer Rede forderte der Vorsitzende der Poltavaregion A. Grin: „Eine neue Ordnung in Europa und in der ganzen Welt zu schaffen". Er bedauert den Verlust „europäischer Werte" und meint, dass es zur Zeit „in Europa besser ist ein Neger, Araber oder Jude zu sein, aber nicht ein Europäer" („Unser Kampf" 5(10)/ 2000).

Auch die UNA-UNSO pflegt ihre Auslandkontakte, seit November 1999 zum Beispiel in die Bundesrepublik zur NPD. Vom 27. bis 29. Mai diesen Jahres besuchten der Rechtsextremist Schkil mit anderen Delegationen aus Osteuropa (u.a. Rumänien, Tschechien, Lettland) den Passauer NPD-„Tag des Nationalen Widerstandes". Der stellvertretende NPD-Vorsitzende Holger Apfel nahm im Gegenzug am 30. Juni am 10. Parteitag der UNA-UNSO teil. Die Zeitschrift „Unser Kampf" berichtet aus Passau, dass nach Meinung von Udo Voigt nur drei Staaten in Europa als „Zentralstaaten", nämlich Spanien, Deutschland und die Ukraine geeignet seien, in denen die nationalen Kräfte die Macht erringen könnten. „Es ist ganz einfach. Die Ukraine ist ein Großland, besitzt eine strategische Lage und ist bevölkerungsreich. Dagegen ist Rußland ein asiatisches Land und ist immer ein Feind gewesen." Der frühere Chef der verbotenen FAP, Friedhelm Busse, wird ebenfalls zitiert: „Man hätte die Ratschläge von Reichsminister Rosenberg, der damals der Pate der ukrainischen Legionen ´Roland´ und ´Nachtigall´ war, befolgen und die Ukraine für ein unabhängiges Land erklären sollen." Für die weitere Zusammenarbeit wurde beschlossen im November diesen Jahres einen internationalen Parteitag von rechten nationalistischen Parteien in Deutschland zu organisieren.

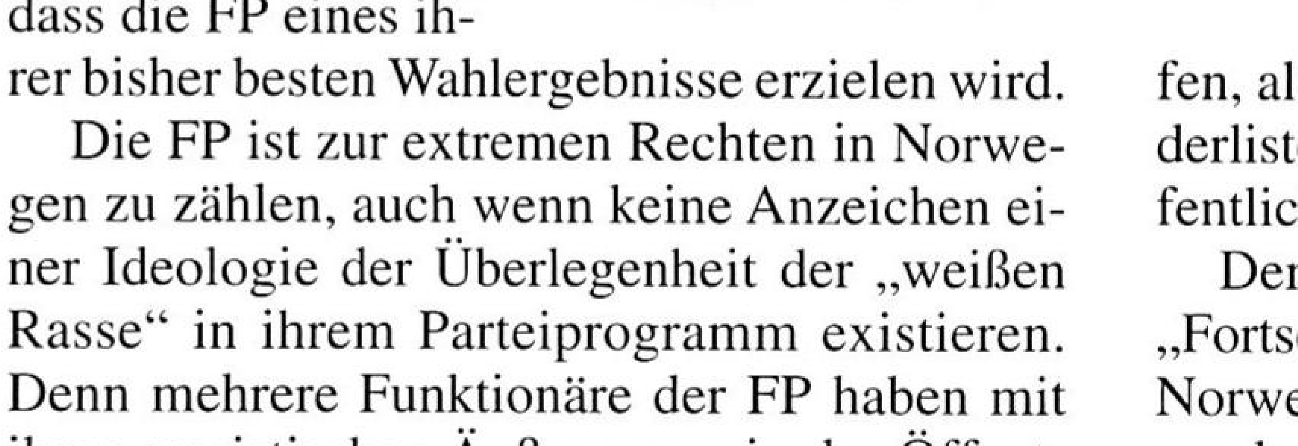
Sowohl SNPU als auch UNA-UNSO werden von weiten Teilen der Bevölkerung als „politische Alternative" anerkannt. Insbesondere in der Region Lwow haben rechtsextreme und nationalistische Parteien eine breite Anhängerschaft. Dies wird nicht nur deutlich an der Vorreiterrolle im Hinblick auf rassistische Gesetzesbeschlüsse, sondern auch an der Penetranz der nationalistischen Plakate im Straßenbild. Zur Zeit gibt es dagegen allerdings keinen ernsthaften Widerstand.

Griff nach der Macht?

Norwegens Populisten auf dem Weg nach oben

Aktuellen Umfragen zufolge ist die rechtsradikale „Fortschrittspartei" (FP) derzeit Norwegens stärkste Partei. Erhebungen in Nordnorwegen ergaben, dass die FP 39 Prozent der Stimmen bei anstehenden Wahlen auf sich vereinigen könnte, während die regierende „Arbeiterpartei" nur 19 Prozent der Stimmen bekäme. Dieser regionale Trend stimmt dabei mit der gesamtnorwegischen Entwicklung überein: Im September durchgeführte landesweite Meinungsumfragen zeigten die Zunahme um 12 Prozentpunkte auf 34,3 Prozent für die FP; die „Arbeiterpartei" rutschte auf 22 Prozent ab. Auch die Mehrzahl der Mitglieder von Gewerkschaften – traditionelle Hochburgen der „Arbeiterpartei" – würden den Umfragen zufolge derzeit für die FP votieren.

Die Stimmenzahl der FP ist seit ihrer Gründung in den frühen 1970er Jahren beständig angestiegen. Zuletzt erreichte die Partei bei den Wahlen 1997 über 15 Prozent der abgegebenen Stimmen. Doch trotz der aktuellen Umfrageergebnisse rät der Chef der FP, Carl I. Hagen, zur Zurückhaltung und warnt seine Partei vor zu großer Selbstsicherheit. Der Grund: es wird vermutet, dass die Resultate der derzeitigen Umfragen nicht bis zu den nächsten landesweiten Wahlen im September des kommenden Jahres gehalten werden können. Nichtsdestotrotz gehen Meinungsforschungsinstitute davon aus, dass die FP eines ihrer bisher besten Wahlergebnisse erzielen wird.



Die FP ist zur extremen Rechten in Norwegen zu zählen, auch wenn keine Anzeichen einer Ideologie der Überlegenheit der „weißen Rasse" in ihrem Parteiprogramm existieren. Denn mehrere Funktionäre der FP haben mit ihren rassistischen Äußerungen in der Öffentlichkeit aufsehen erregt. So bereisten während der letzten beiden Wahlkampagnen Parlamentsmitglieder der FP das gesamte Land und versuchten, xenophobe Stimmung in der Bevölkerung zu schüren. Auch war die FP die einzige Partei Norwegens, die den Sanktionen des norwegischen Staates gegen Österreich nicht zustimmte. In einer Debatte über diese Maßnahmen behauptete das FP- und Parlamentsmitglied Fridtjof Frank Gundersen, dass die Waffen-SS keine kriminelle Organisation gewesen sei, sondern nur aus gewöhnlichen Soldaten bestanden habe. Eines der übelsten Beispiele für den Rassismus der FP stellt ihr – später zurückgenommener – Antrag dar, die Beschneidung von Männern verbieten zu lassen, was bedeutet hätte, dass Juden und Moslems nicht mehr in Norwegen hätten leben können. Die Geschichte der FP ist die einer Partei, die nie aus eigenem Interesse faschistische Parteimitglieder ausschloss, sondern dies erst auf äußeren Druck hin tat. Ein Beispiel: Als im Jahre 1996 Mitglieder der Nazigruppe „Viking" die Jugendorganisation der FP infiltrierten, wurden diese erst hinausgeworfen, als AntifaschistInnen anhand von Mitgliederlisten beider Organisationen die Beweise öffentlich machten.

Der Grund für den derzeitigen Trend zur „Fortschrittspartei" wird oft darin gesehen, dass Norwegen aufgrund seiner Ölvorkommen einer der reichsten Staaten der Erde ist, aber dennoch keine Bemühungen anstrengt, die „Petro-Kronen" für die Unterstützung alter und kranker Menschen aufzuwenden und dass deshalb ein Großteil der Wahlbevölkerung in die Arme der Anti-Immigrationspartei FP getrieben worden sein könnte.

Der Artikel wurde uns von der antifaschistischen Zeitschrift Monitor aus Oslo/Norwegen zur Verfügung gestellt.

Neue Heiden auf alten Pfaden

„Ohne Jude, ohne Rom, bauen wir Germaniens Dom" skandierten schon im 18. Jahrhundert völkisch-heidnisch Bewegte. Am 10. September des Jahres 2000 rezipierte die „Artgemeinschaft Germanische Glaubensalternative" dieses antisemitische und antichristliche Bekenntnis auf ihren „Thing".

Für den Samstag Vormittag hatte Jürgen Rieger als „Gode" (Führer) die „Gefährtschaft Nordmark" zu ihrer alljährlichen Heidewanderung eingeladen. An die 20 Erwachsenen, sowie zwei Kinder, folgten der Einladung nach Niederhaverbeck bei Bispingen.

Kaum angekommen machten sie sich, angeführt von dem Hamburger Neonazi-Anwalt und dem Buchholzer Gerhard Henning, einst Vorsitzender des verbotenen „Heide-Heime e.V.", auf Wanderschaft Richtung Wilsede. Unter „freiem Himmel" und auf „deutscher Erde" wählten sie sodann bei ihrem Gefährtschaftsthing ihren alten Goden zum neuen Führer der 1951 gegründeten Glaubensgemeinschaft.

Seit 1980 hat Rieger die Leitung der auf regionale Gefährtschaften aufgebauten Organisation übernommen, die nach eigenen Angaben bundesweit 1000 Anhänger haben soll. Als vorrangigste Aufgabe haben sie sich der „Bewahrung und Erneuerung der Weißen Menschenart" verschrieben. In ihrem „Artgelöbnis" bekennen sie sich zur „Wehrhaftigkeit gegen die Feinde des germanischen Glaubens" und zur Wahl „gleichartiger Gatten", als „Gewähr für gleichartige Kinder". Gemäß ihres heidnischen Glaubens lebt die „Lebens- und Tatgemeinschaft" auch nicht im Jahre 2000, sondern im Jahre 3800 „n. St." – nach Stonehenge, denn sie wollen nicht die „Zählung der Jahre eines aufgezwungenen Judens namens Christus hinnehmen".


Jürgen Rieger

Bereits nach der Gründung der Glaubensgemeinschaft von Wilhelm Kusserow als Nachfolge der von ihm 1940 geleiteten „Nordischen Glaubensgemeinschaft" sammelten sich alte und junge Rechte in dem eingetragenen Verein.

Andreas Speit

Cordelia Heß

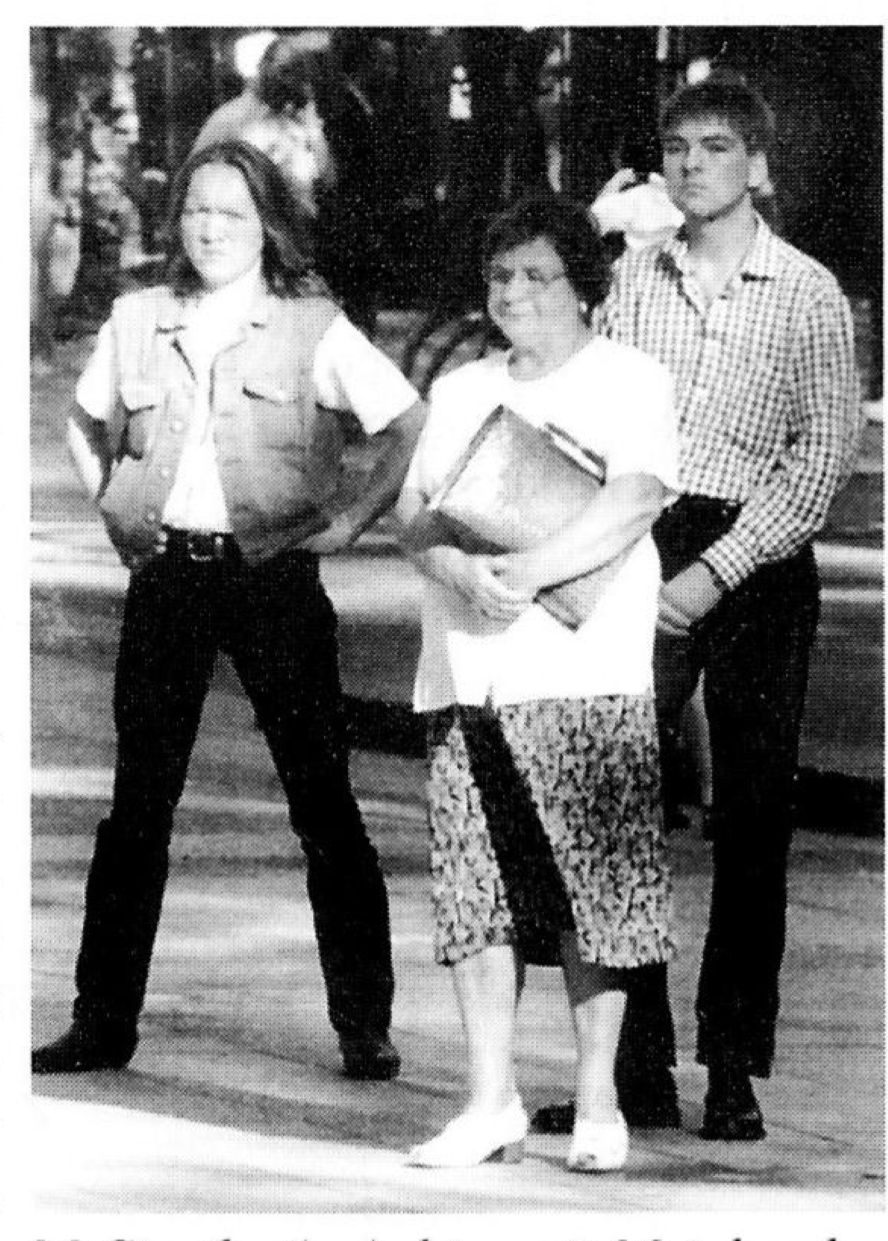
Gegen das politische Mandat

Männerbünde ziehen vor Gericht

„Hysterische Feministen-Zensur? Autonome Chaoten? Terror gegen Biowissenschaftler?" Von allen diesen Übeln kann die „Initiative Hochschulrecht" aus Bielefeld die dortige Studierendenschaft nicht wie geplant erlösen. Ihre Klage gegen die Ausübung eines allgemeinpolitischen Mandats des AStA wurde kürzlich in letzter Instanz vom OVG Münster abgewiesen - selten genug, denn in den meisten Fällen sind rechte Hochschulorganisationen mit Klagen gegen als zu links empfundene Asten erfolgreich.

Begonnen hat der oftmals etwas bizarr anmutende „Kampf gegen das politische Mandat" 1994 in Münster. Der Langzeitstudent Rene Schneider, ehemaliges RCDS-Mitglied und Direktor seines eigenen Ein-Personen-Vereins namens „Institut für Hochschulrecht", erwirkte ein Urteil, in dem dem AStA verboten wurde, "politische Erklärungen, Forderungen und Stellungnahmen abzugeben, die nicht spezifisch und unmittelbar hochschulbezogen sind". Eine der mittlerweile 25 Klagen des eifrigen Ex-Jurastudenten führten dazu, dass der Fachschaft Geschichte ihre seit Jahren veranstalteten "ZeitzeugInnengespräche – Wider das Vergessen" mit KZ-Überlebenden wie Emil Carlebach untersagt wurden. Das Münsteraner Beispiel machte bundesweit Schule: Erst im Juni wurde der AStA der Marburger Philipps-Universität zu einem Ordnungsgeld von 4000 Mark verurteilt, weil das Studierendenparlament zu einer antifaschistischen Demonstration gegen ein NPD-Treffen aufgerufen hatte. Bereits letztes Jahr musste derselbe AStA Ordnungsgelder zahlen, weil er Zeitschriften und Flugblätter über Kurdistan oder gegen die Entsendung von Bundeswehr-Soldaten nach Bosnien-Herzegovina finanziell unterstützt hatte. Geklagt hatte in beiden Fällen der „Republikanische Hochschulverband" (RHV).

Der Bielefelder AStA hatte insofern zunächst Glück. Die in Bielefeld aktive Gruppe nennt sich „Initiative Hochschulrecht" (IHR) und ist beispielhaft für andere Versuche, trotz fehlender Sitze im Studierendenparlament das politische Klima an den Universitäten zu bestimmen. Ob es nun der RCDS, der RHV oder eine eigens gegründete Initiative ist, die Strategie ist immer die gleiche: Die KlägerInnen ersuchen bei Gericht um vorläufigen Rechtsschutz oder strengen Unterlassungsklagen an, weil sie von Äußerungen und Veröffentlichungen der ASten oder einzelner VertreterInnen in ihren Grundrechten eingeschränkt worden seien – wobei die Absurdität der Klagen darauf schließen lässt, dass der persönliche Grundrechtsschutz nicht alleiniges Ziel sein kann. Vielmehr scheinen Gruppen mit eindeutigen Interessen die Idee aufgegriffen zu haben, mit juristischen Mitteln die ASten zu beschäftigen. Meist beziehen sich diese auf Äußerungen, die in irgendeiner Form gesellschaftskritisch sind. In Bielefeld fühlten sich die Kläger besonders eingeschränkt durch



M. Strothe (re.), hier mit Meinhard O. Elbing (li.) und Christa Goerth

Artikel in der AStA-Zeitung wie „Antifaschismus in der Uni", einen Bericht von der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" oder „Kein Mensch ist illegal - ein Vortrag der Initiative zur Unterstützung illegaler Flüchtlinge". Die Feinde der politischen Äußerungen verorten sich selbst recht eindeutig: Mitglieder der Gruppe verteilten RHV-Flugblätter, und eine eigene Veröffentlichung klärt über „richtige" Hochschulpolitik auf: Triumphierend wird ein weiterer juristischer Erfolg der Kameraden aus Marburg zitiert, denen es gelungen war, dem AStA untersagen zu lassen, „Erklärungen und Stellungnahmen abzugeben sowie Forderungen zu erheben, die gegen studentische Verbindungen und Burschenschaften gerichtet sind, soweit sie über eine weltanschaulich und politisch neutrale Darstellung hinausgehen."

Sympathien mit Burschenschaften liegen nahe für die IHR: Fast alle Hochschulrechtler sind Mitglieder in studentischen Verbindungen, drei davon in der einzigen Bielefelder Burschenschaft „Normannia Nibelungen", die, farbentragend und mit Pflichtmensur, in der „Deutschen Burschenschaft" organisiert ist. Ihr Engagement gegen das politische Mandat scheint nur eine von vielen Aktivitäten im rechten Spektrum zu sein. So war der zweite Vorsitzende Eike Duhme Regionaltreff-Organisator für die „Junge Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO). Er forderte vergeblich einen Widerruf, als er vom AStA als „dem rechtsradikalen Spektrum zugehörig" bezeichnet worden war. Seinen Posten für die JLO hat mittlerweile sein Vereinskollege und „Normannia"-Bursche Marc Strohte inne, der in jungen Jahren auch noch Mitglied der 1992 verbotenen „Nationalistischen Front" war.

Weder burschenschaftlich noch sonstwie organisiert ist dagegen der Initiator der Gruppe. Auch das Engagement in der IHR scheint aber einer Karriere nicht gerade im Wege zu stehen: Björn Hauptfleisch brilliert bereits seit Jahren als Autor „politisch-ästhetischer Essays" in der „Jungen Freiheit" (JF). Neben seinen Artikeln zur Hochschulpolitik verfasst er regelmäßig Literaturkritiken, unter anderem schrieb er über Dietrich Schwanitz' zweiten „Roman gegen politische Korrektheit", „Der Zirkel". Dabei versicherte er sich gleichzeitig der Wichtigkeit seines Tuns: „Selbst für einen Autor der JF ist es eine nicht alltägliche Erfahrung, sich als Figur in einem Roman eines Erfolgsschriftstellers wiederzufinden." Schwanitz allerdings gibt Hauptfleisch die Gelegenheit, denn „einen anderen wichtigen Aspekt bildet das allgemein-politische Mandat des AStA, um das auch an Schwanitz' Uni Hamburg erbittert gestritten wird." (Nur im Buch allerdings, der Hamburger AStA scheint allgemeinpolitische Äußerungen konsequent zu vermeiden und wurde bisher nicht verklagt.)

Der zehnköpfige Männerbund aus Bielefeld tritt mittlerweile nicht mehr öffentlich auf. Allerdings bildet die IHR trotz der juristischen Niederlage ein erfolgversprechendes Modell: Ein Vorsitzender, der zunächst nicht eindeutig politisch zu verorten ist, und einiges an Fußvolk, das an der Uni genau die Politik durchsetzen will, die sie auch sonst betreiben. Und im Fall eines Mißerfolgs müssen weder die Burschenschaft noch RCDS oder RHV dafür gerade stehen - die sich in Bielefeld nicht an der IHR-Kampagne beteiligt hatten. Lediglich der vierköpfige Vorstand der IHR sitzt jetzt auf je 8000 Mark Prozesskosten.

Schill verurteilt

Der Hamburger Amtsrichter Ronald Schill ist am 13. Oktober vom Landgericht wegen Rechtsbeugung zu einer Geldstrafe von 12.000 Mark verurteilt worden. Er hatte eine Haftbeschwerde verschleppt. Der Chef der rechtspopulistischen „Partei Rechtsstaatliche Offensive" war auch wegen Freiheitsberaubung angeklagt worden (vgl. DRR Nr. 66). Der als „Richter Gnadenlos" bekannt gewordene Schill kündigte nach dem Urteilsspruch an, die Entscheidung vor dem Bundesgerichtshof anzufechten. Eine Woche nach seiner Verurteilung hob in einem anderen Verfahren das Richterdienstgericht Schills Enthebung vom Richterdienst auf. Nach dem „gegenwärtigen Stand" des Verfahrens sei „nicht zu erwarten", dass Schill „aus dem Dienst entfernt" werde, so eine Gerichtssprecherin.

„Deutsche Konservative"

Die „Deutschen Konservativen" bzw. die „WPR Wirtschafts- und Verbands-Public-Relations Verlag GmbH" von Joachim Siegerist haben ihren Rechtsstreit mit der Lufthansa, wenigstens vorläufig, verloren. So war die Lufthansa nicht verpflichtet, mutmaßliche Neonazis nach Israel zu fliegen. Dies ist einem am 5. Oktober veröffentlichten Urteil des Oberlandesgerichts Köln zu entnehmen. Die bundesdeutschen Rechtsradikalen wollten am 9. November 1998 zu einer mehrtägigen Israel-Reise nach Tel Aviv fliegen. Kurz vor dem Flug hatten die israelischen Behörden ein Einreiseverbot gegen die „Deutschen Konservativen" ausgesprochen.

Max Freitag

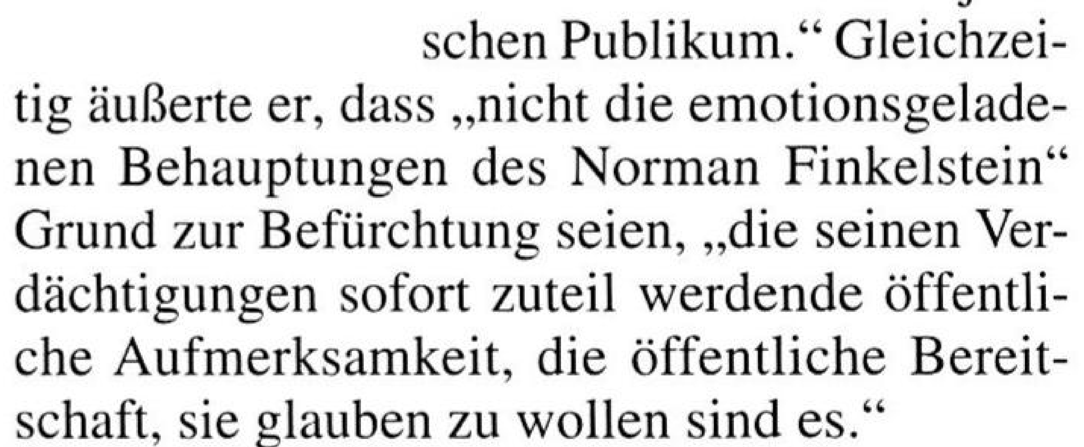
Geöffnete Fenster

Es gibt eine neue Kontroverse um den nationalsozialistischen Mord an den Juden Europas und die Formen der Erinnerung. Verursacht wurde sie von dem jüdischen Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein, dessen Buch „The Holocaust Industry. Reflections on the Exploitation of Jewish Suffering" im Juli diesen Jahres in den USA erschienen ist.

Finkelstein, dessen Eltern Überlebende von Auschwitz und Majdanek sind, behauptet in dem Buch, dass in den USA eine „Holocaust-Industrie" entstanden sei, die den Holocaust aus „Macht- und Profitgründen" instrumentalisiert habe. Diese „Holocaust-Industrie" bestehe aus jüdischen Organisationen in den USA, etwa der „Jewish Claims Conference" (JCC), die bei den Verhandlungen über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern die Interessen überlebender Juden vertreten hatte. Die „Holocaust-Industrie" betreibe laut Finkelstein zu Lasten der Opfer des Holocaust ein „Geschäft mit dem Leid". Sie habe sich eines „doppelten Abkassierens" schuldig gemacht: So habe die JCC bei den Entschädigungsverhandlungen bewusst falsche Angaben über die Zahl der Überlebenden gemacht, um mehr Geld von Schweizer Banken und der Bundesrepublik zu „erpressen". Den Holocaust-Überlebenden selbst würden die Gelder vorenthalten und stattdessen unberechtigterweise für jüdische Gemeinden, Gedenkstätten und Aufklärungs- und Forschungsarbeit über den Holocaust verwendet. Nach Auffassung des Buchautors seien die JCC und andere jüdische Organisationen schlimmer als die Holocaust-Leugner. Die „Anormalität des Nazi-Holocaust" resultiere nicht „aus dem Ereignis selbst, sondern aus der ausbeuterischen Industrie, die um ihn herum gewachsen ist".

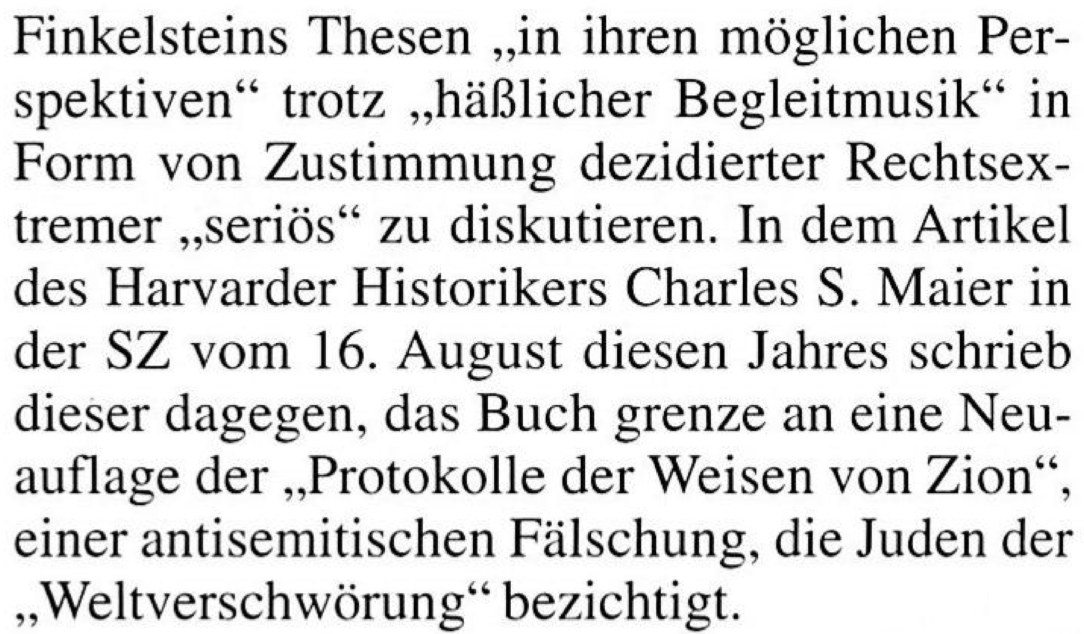


Norman G. Finkelstein



Die JCC hat Finkelsteins Vorwürfe bereits kurz nach deren Bekanntwerden zurückgewiesen. Die von der JCC verwendeten Zahlen der noch lebenden Sklavenarbeiter basieren nach Angaben Karl Broziks, des Direktors des JCC-Büros Frankfurt/Main, auf Quellen von u.a. deutschen und israelischen Behörden. Auch gebe es lückenlos Nachweise für alle erhaltenen und weitergegebenen Gelder. Nichts sei veruntreut worden. Doch obwohl man nun hätte erwarten können, dass Finkelsteins Beschuldigungen als weiterer Beitrag zur Vielzahl der Verschwörungsphantasmen abgetan und dementsprechend ignoriert würden, stürzten sich schon vor der Veröffentlichung mehrere Zeitungen in der Bundesrepublik auf sein Buch. Die „Berliner Zeitung" veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 29. Januar diesen Jahres ein Interview mit Finkelstein, in dem dieser seine Behauptungen der deutschen Öffentlichkeit vorstellen konnte. „Die Woche" brachte als erste deutsche Zeitung am 28. Juli Auszüge aus Finkelsteins Buch, um „seine Thesen zur Debatte" zu stellen. Neben diesen druckte die Zeitung Stellungnahmen von Historikern, einer Holocaust-Überlebenden und Funktionären jüdischer Organisationen aus der Bundesrepublik und dem Ausland zu dem Buch ab. Auch der revisionistische Historiker Ernst Nolte durfte seinen Kommentar abgeben: Finkelstein ehre seine „Selbstkritik". „Jüdische Selbstkritik" müsse sich aber „auch auf die Vergangenheit der Weltkriegs-Epoche im Ganzen" beziehen. „Außenkritik" dürfe nicht mehr mit „rassistischen" Argumenten tabuisiert werden. Doch die Mehrheit der Kommentierenden kritisierte Finkelsteins „maßlosen Übertreibungen" und „mutwilligen Fehlinformationen". Paul Spiegel, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland (ZDJ) bezichtigte Finkelstein der Verwendung „antisemitischer Klischees". Salomon Korn, ZDJ-Präsidiumsmitglied, kritisierte Finkelsteins Rolle des „jüdischen Kronzeugen": „Jude gegen Jude [...]! Das kommt an beim nicht jüdischen Publikum." Gleichzeitig äußerte er, dass „nicht die emotionsgeladenen Behauptungen des Norman Finkelstein" Grund zur Befürchtung seien, „die seinen Verdächtigungen sofort zuteil werdende öffentliche Aufmerksamkeit, die öffentliche Bereitschaft, sie glauben zu wollen sind es."

Mittlerweile wurde Finkelsteins Buch in den bundesdeutschen Feuilletons ausführlich diskutiert. Dabei wurde Finkelstein zumeist sein polemischer Tonfall, seine persönlichen Angriffe und sein „undifferenzierter" Stil vorgeworfen. Doch in seiner Kritik stecke ein wahrer Kern. In „Die Zeit" schrieb beispielsweise Tobias Dürr, Finkelsteins „starke Thesen" seien zwar nicht „abgewogen". Sie verdienten aber dennoch Aufmerksamkeit. Und zwar deshalb, weil sie einen Anlass für „offenere Diskussionen" bieten könnten „- auch bei uns und gerade angesichts der Wiederkehr rechtsradikaler Positionen". So müsse man etwa über Finkelsteins Frage reden, „ob nicht gerade die erinnerungspolitische Sakralisierung des Holocaust jenes Lernen aus der Geschichte, auf das diese Gesellschaft doch offensichtlich so sehr angewiesen ist, eher behindert als fördert." Dürr schlug vor, die Kritik Finkelsteins „ernst zu nehmen" und „im Einzelnen zu prüfen", denn „auch das wird uns gut tun". Die „Süddeutsche Zeitung"(SZ) ließ Finkelstein in ihrer Ausgabe vom 11. August diesen Jahres seine Behauptungen ausführlich darstellen. In den folgenden Wochen veröffentlichte die Zeitung mehrere Beiträge verschiedener US-amerikanischer und deutscher Journalisten und Wissenschaftler, die sich zu dem Buch positionierten. Es sei legitim, so die Journalistin Petra Steinberger in der SZ, Finkelsteins Thesen „in ihren möglichen Perspektiven" trotz „häßlicher Begleitmusik" in Form von Zustimmung dezidierter Rechtsextremer „seriös" zu diskutieren. In dem Artikel des Harvarder Historikers Charles S. Maier in der SZ vom 16. August diesen Jahres schrieb dieser dagegen, das Buch grenze an eine Neuauflage der „Protokolle der Weisen von Zion", einer antisemitischen Fälschung, die Juden der „Weltverschwörung" bezichtigt.



Auch die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" stimmte Finkelstein zu. Die Ermordung der europäischen Juden, so Lorenz Jäger, sei „für manche" zum „eigenen Erwerbszweig" geworden. Finkelsteins Kritik gehe zwar „über den vagen Unmut", den man in Deutschland zuweilen verspüre, hinaus, aber seine Argumente seien nicht die der rechtsradikalen Leugner. Jäger monierte, dass Finkelstein in seinem Buch „Wichtiges mit Unwichtigem" vermenge. Aber Polemik entstehe nicht „in der Ruhe der Gelehrsamkeit", sie müsse „die Dinge zuspitzen". Dafür sei es, so Jäger, „als würde plötzlich ein Fenster geöffnet."

Der Münchner „Piper Verlag" will das Buch im Februar 2001 in der deutschsprachigen Fassung herausgeben. Verlags-Chef Viktor Niemann beharrt trotz Kritik auf seiner Entscheidung. Beispielsweise Paul Spiegel kritisierte, dass es moralische Grenzen gebe, die ein Verlag überschreite, wenn er Rechtsradikalen Argumentationshilfen liefere. Verleger Niemann hält Finkelsteins Thesen für „debattierwürdig". Die heftigen Reaktionen zeigten, dass dieser einen „wunden Punkt" getroffen habe. Er werde sich daher nicht „irgendeinem Druck" beugen. Die Öffentlichkeit habe „ein Recht auf kontroverse Bücher". Eine „ernst zu nehmende Diskussion" könne erst jenseits von „Political Correctness" beginnen.

Die ist bereits in vollem Gang. Rechtsradikale Zeitungen wie die „Junge Freiheit", die „National-Zeitung" des DVU-Chefs Gerhard Frey oder auch das „Ostpreußenblatt" (OB) feiern den „Tabubrecher" Finkelstein. Man ist hier schon länger der Meinung, dass „jüdische Interessenorganisationen" die Erinnerung an den Holocaust „schamlos missbrauchen". Das OB bedauert nur, dass Finkelsteins Buch „leider zu spät" erscheine, da der von diesem angeprangerte „Betrug in einen festen Betrag umformuliert" und die Entschädigungszahlungen für Zwangsarbeiter endgültig beschlossen worden seien.

Riefenstahl 2001

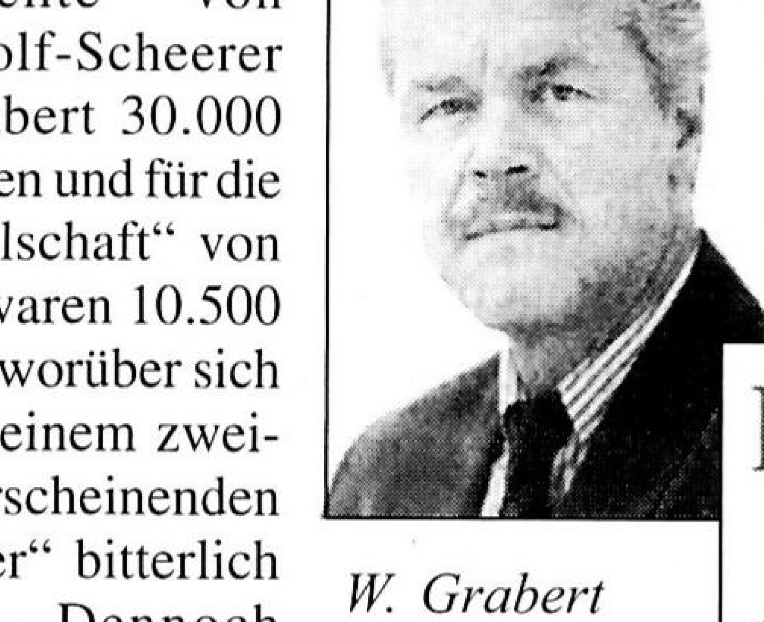
Der Kölner „Taschen"-Verlag hat für das kommende Jahr einen „Taschen Diary Leni Riefenstahl 2001" herausgegeben. Pro Kalenderwoche ist darin eine Abbildung aus von Riefenstahl produzierten Filmen oder eine ihrer Fotografien abgedruckt. Dabei handelt es sich nicht nur um Aufnahmen wie beispielsweise der eines SA-Aufmarsches aus ihrem NS-Propagandafilm „Triumph des Willens" oder des „Lichtdom" des NS-Architekten und verurteilten Kriegsverbrechers Albert Speer. Ende April ist auch eine Fotografie Adolf Hitlers in Rednerpose zu betrachten, mit Riefenstahl im Vordergrund. Die Bilder werden nicht kommentiert.

B. Kant

Neues aus dem Hause „Grabert“

Der neofaschistische Verleger, der in den vergangenen Jahren am häufigsten Probleme mit Gerichten und dem Staatsschutz wegen „Volksverhetzung“, „Aufstachelung zum Rassenhass“ und Verstoß gegen das Verbot der „Auschwitzleugnung“ hatte, ist ohne Zweifel Wigbert Grabert mit seinen Verlagen „Grabert“ und „Hohenrain“.

Autoren, die bei ihm unter Pseudonym ihre Denkhaltung offen zum Ausdruck brachten, wie der notorische Auschwitzleugner Germar Rudolf-Scheerer unter dem Namen „Ernst Gauss“ oder der Jurist Rainer Kohl unter dem Namen „Carl-Friedrich Berg“ bescherten dem Verlag in den letzten Jahren nicht nur Umsätze und ein hohes Renomée in Kreisen der Neonazis, sondern auch Geldstrafen von mehreren tausend Mark und Beschlagnahme von Büchern. Allein für die „Grundlagen zur Zeitgeschichte“ von Gauss/Rudolf-Scheerer musste Grabert 30.000 Mark bezahlen und für die „Wolfsgesellschaft“ von Kohl/Berg waren 10.500 Mark fällig, worüber sich Grabert in seinem zweimonatlich erscheinenden „Euro-Kurier“ bitterlich beklagte. Dennoch scheint dies den Kundenkreis von Grabert nicht abzuschrecken, sondern eher zu motivieren. Potentiell „gefährdete“ Titel, wie jüngst Ludwig Peters „Volkslexikon Drittes Reich“, werden zur Vorbestellung angezeigt, manche Titel auch als Unverlangt-Sendung an den Kreis der regelmäßigen Bezieher verschickt, um sie möglichen Beschlagnahmungen zu entziehen.



W. Grabert

Doch auch im „legalen Sortiment“ der Verlage und des angeschlossenen Buchdienstes finden sich noch genügend Titel, eigentlich die ganze Palette der neofaschistischen Themenstellungen, von rassistischen Argumentationshilfen für heute, über plattesten Antisemitismus bis zu faschismusapologetischen Erinnerungsberichten und geschichtsrevisionistischen Darstellungen.

„Überfremdungskampagne“ und „sozialistischer Zwangsstaat“

Der neue „Bestseller“ zum Thema ist Heinrich Lummers Elaborat „Deutschland soll deutsch bleiben“. Dieser der Braunzone verbundene CDU-Politiker glaubt in dem in Graberts „Hohenrain-Verlag“ erschienenen Band „das Recht der Deutschen auf ihr angestammtes Siedlungsgebiet“ verteidigen zu müssen - gegen die „gewollte oder geduldete Überfremdung des deutschen Volkes“ durch einen „ständigen unkontrollierten Zuzug ausländischer kulturfremder Menschen“.

Ideologisches Rüstzeug findet sich bei Rolf Kosieks „Völker statt 'One World'“. Als Antwort auf die Globalisierungsdebatte propagiert er einen Rückgriff auf Nationalismus und Volkstumsideologie. Mit biologistischen Argumentationsmustern versucht Kosiek, „das Volk mit seinen Rassebestandteilen als genetisches Sammelbecken“ einer Gesellschaft zu begründen. Gesellschaft sei jedoch kein Ersatz für „das Volk als Gemeinschaft“. Der Staat habe dabei nur die Rolle die Gleichheit „der im einzelnen Verschiedenen“ vor dem Gesetz zu gewährleisten. Unausgesprochen bleibt, wer „die Verschiedenen“ sind, ob alle Menschen oder nur die Angehörigen des „nationalen Volkes“, das „eine natürliche Einheit von gleichgearteten Individuen“ sei.

Dass diese Bundesrepublik aus der Sicht der Neonazis zum „Gesinnungsstaat verkommen“ sei, in der Political Correctness zur herrschenden Norm wurde, glaubt Claus Nordbruch, der neue „Star“ der Vertriebenenverbände und neofaschistischer Ideologiezirkel, am Wirken des Verfassungsschutzes aufzeigen zu können. Wenn diese Institution jedoch nur halb so effektiv arbeiten würde, wie Nordbruch es beschreibt, wären sicherlich manche Entwicklungen im bundesrepublikanischen Neofaschismus nicht möglich gewesen.

Deutschland soll deutsch bleiben!
DAS PROGRAMM WIDER DEN ZEITGEIST
GRABERT-VERLAG · TÜBINGEN · HOHENRAIN-VERLAG GMBH

Wehrmachtsrehabilitation

Großen Raum nimmt weiterhin das Zentralthema der Geschichtsrevisionisten, der Streit um die Wehrmachtsausstellung und die Rolle der Wehrmacht selber, ein. Über 20 Titel des Grabert-Angebots beschäftigen sich mit „Soldatentum“ sowie dem „heldenhaften Kampf“ der SS- und Wehrmachtseinheiten.

Besondere Aufmerksamkeit erfreuen sich die Publikationen des „Pour le Mérite“-Verlags. Walter Post darf in dem Band „Die verleumdete Armee“ die „Wehrmacht und Anti-Wehrmacht-Propaganda“ einer geschichtsrevisionistischen Neubewertung unterziehen. Franz W. Seidler fehlt ebensowenig. Nachdem der erste Band über „Verbrechen an der Wehrmacht“ ein Erfolg war, legt er nun - erneut aus Materialien der „Wehrmachts-Untersuchungsstelle“ im faschistischen Orginialton - den Teil zwei unter dem Titel „Kriegsgreuel der Roten Armee“ vor. Selbst Paul Rassinier darf in der 3. Auflage seines Buches „Die Jahrhundert Provokation“ der faschistischen Lesergemeinde erklären, „wie Deutschland in den Zweiten Weltkrieg getrieben wurde.“ Nur ist man sich nicht ganz einig, wer der eigentliche Kriegstreiber sein soll.

Einen ganz eigenen Beitrag leistet ein Autor namens Hans-Henning Bieg, der vor wenigen Jahren noch gegen den „Krankenkassen-Sozialismus“ gewettert hat, sich nun aber als Historiker versucht. Unter dem Titel „Die Wurzeln des Unheils, Zeitgeschichte ohne Mythen“ glaubt Bieg den Lesern Adolf Hitler als „Getriebener, der in den engen ihm vorgegebenen Grenzen das drohende Unheil aufhalten wollte und nach unerwarteten und überraschenden Anfangserfolgen schließlich an der Übermacht scheiterte“, präsentieren zu können. „Untermauert“ wird diese Behauptung mit „Zitaten“ ausländischer Politiker, die man in den geschichtsrevisionistischen Publikationen seit den 60er Jahren in schöner Regelmäßigkeit wiederfindet.

Entschädigungsdebatte

Natürlich kann auch Grabert nicht zum Thema „Zwangsarbeiter-Entschädigung“ schweigen. Als Literaturempfehlung verweist er auf Peter Dehousts, „Zwangsarbeiter - Lüge und Wahrheit“, der mit Hinweis darauf, „was die Deuschen nach 1945 verloren, geleistet und bezahlt haben“, jeglichen Anspruch der Opfer glaubt zurückweisen zu können. Selbst gegen die Initiative der deutschen Industrie polemisiert Claus Nordbruch, der - wie schon oft in der neofaschistischen Propaganda - fragt, ob „die entrichteten astronomischen Geldbeträge etwa in die falschen Hände geraten und berechtigte Antragsteller leer ausgegangen“ seien. Zur Apologie gehört auch sein Hinweis, dass „die ausländischen Arbeitskräfte in Deutschland nach Tarif entlohnt wurden und ... sozial-, kranken-, unfall- und invalidenversichert waren. Welch ein Unterschied zu den Verhältnissen, unter denen deutsche Zwangsarbeiter nach dem Zweiten Weltkrieg beispielsweise in Frankreich, der Sowjetunion, Polen und in der Tschechoslowakei unter unmenschlichen Bedingungen zu schuften hatten!“

Geschichtsbilder der NS-Zeit

Zum neofaschistischen Geschichtsbild gehört die Heroisierung der NS-Größen. Karl Höfkes bei Grabert edierte Portraits der NSDAP-Gauleiter stellen bereits ein Standardwerk dar. „Highlights“ sind die „packend geschriebenen“ Erinnerungen des Adjutanten Hitlers, Nicolaus von Below, oder die von Gert Sudholt edierten Memoiren von Helmut Sündermann, Goebbels Stellvertreter und späterer Apologet des deutschen Faschismus.

Dass der Geist von Goebbels und Sündermann in Graberts Versanddienst noch lebendig ist, machen einmal mehr die „Hintergrundanalysen“ deutlich. Hier finden sich Titel über Geheimbünde und Freimaurerei, der Band von Herbert Pitlik „Die Protokolle der Weisen von Zion“ oder Jan Udo Holey, „Die Akte Jan van Helsing“. Da der Band von van Helsing selbst indiziert ist, verbreitet Grabert halt den Band, der positiv auf van Helsing Bezug nimmt.

Einen ganz neuen - eigentlich eher „tausendjährigen“ - Zugang zur Geschichte der Germanen versprechen Bücher zur Vor- und Frühgeschichte. Hans Marquardt widerlege in seinem Band „Vom Ursprung der Deutschen“ „die alte Mär, alle Kultur stamme aus dem Orient“. Auch Gerd Meier meint eine „atlanto-lybische“ Vorgeschichte Alteuropas, die viel älter als die Hochkulturen Mesopotamiens sei, ausmachen zu

können: „Die deutsche Frühzeit war ganz anders". Jürgen Spanuth glaubt in dem Band „Die Atlanter" gar den Ursprung der Frühgermanen gefunden zu haben, deren Reich auf Helgoland seinen Mittelpunkt hatte.

„Grabert-Verlag" als Schnittstellen-Organisation

Anders als Gerhard Frey legte Wigbert Grabert bislang großen Wert darauf, über den verschiedenen Richtungen im neofaschistischen und Braunzonen-Spektrum zu stehen. Das ermöglicht ihm auf Autoren- und Kundenseite die Integration unterschiedlicher Kräfte des neofaschistischen Spektrum bis hinein in den „Grauzonenbereich". Beispiele dafür sind der CDU-Politiker Heinrich Lummer, der Herausgeber von „Nation & Europa" (NE), Peter Dehoust, und Franz Schönhuber, der als Hausautor von NE angesehen werden kann. Horst Mahler, der als Vertreter der „Deutschland-Bewegung" beliebter Referent bis zur NPD geworden ist, fehlt ebenso wenig wie Rolf Kosiek von der „Gesellschaft für freie Publizistik". Grabert schafft in seinem Sortiment den Spagat von Claus Nordbruch (Preisträger der „Stiftung Ostdeutscher Kulturrat") und Franz W. Seidler (ehemals Bundeswehrhochschule) bis zu Otto Scrinzi (ehemals FPÖ-Abgeordneter, jetzt Vorsitzender des „Österreichischen Kulturwerks") und zum notorischen Auschwitzleugner Germar Rudolf-Scheerer.

Mit dieser Art der Einbindung unterschiedlicher Spektren des bundesdeutschen Neofaschismus unterstreicht Wigbert Grabert seinen Anspruch, der führende strömungsübergreifende Verlag und Buchdienst zu sein. Dies zielt einerseits auf die Erhöhung der Akzeptanz innerhalb der verschiedenen neofaschistischen Gruppierungen, andererseits ist dies als Beitrag der Autoren zur Solidarität mit dem Verlag, der sich als „Verfolgter des sozialistischen Zwangssystems" begreift, zu verstehen. Diese Unterstützung wird Grabert auch zukünftig nötig haben, selbst wenn von einer Strategie gesprochen wird, die „auch einmal taktische Rückzüge erfordern" könne. Man müsse „die modernen Geßler-Hüte" grüßen, um „keine Anhaltspunkte für die lauernde Justiz und Indizierung" zu bieten und auf die „Vernunft des Lesers" vertrauen, der das durchschaue.

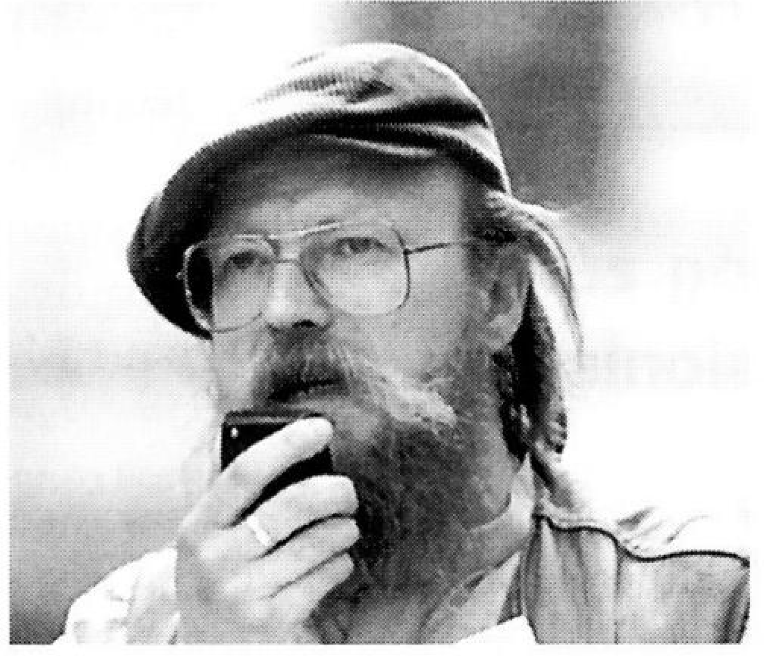
Jan Folke

Liedglut?

Das erste Tanz- und Musikfest der Zeitschrift „wir selbst"

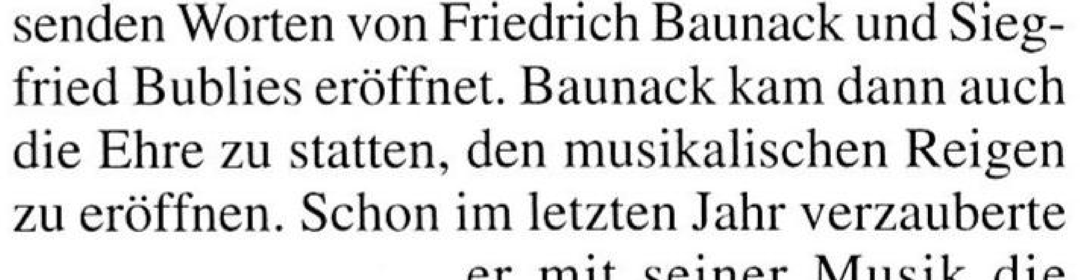
Zum zwanzigjährigen Bestehen von „wir selbst" organisierte Friedrich Baunack vom „Freundeskreis wir selbst" das erste Tanz- und Musikfest der „Zeitschrift für nationale Identität" am 7. und 8. Oktober im „Collegium Humanum" in Vlotho.

1979 wurde die Zeitschrift „wir selbst" von Mitgliedern der NPD gegründet, die sich nach einer Abkehr von der Partei „als undogmatische Nationalisten" auf die Suche „nach neuen programmatischen Ansätzen und einem neuen politischen Resonanzboden" begeben wollten, resümierte der Herausgeber Siegfried Bublies in einem Rückblick auf die vergangenen 20 Jahre. Friedrich Baunack schrieb in der Einladung zum ersten Tanz- und Musikfest dazu, „seit 20 Jahren versuchen wir, Gegensätze nicht zu vertiefen, sondern zu vereinigen, die Stimme des freien Deutschland zu sein, das sich weder über andere Völker erhebt, noch sich im Staub vor ihnen herumwälzt". Mit ihrem national-revolutionären Gestus versuchte die Zeitung immer wieder den Anschluß an verschiedenste politisch linke Strömungen und Gruppierungen, um in der Auseinandersetzung mit ihnen einen imaginären dritten Weg zu gehen.


Friedrich Baunack

Das aus allen Teilen Deutschlands angereiste Publikum wies im Gegensatz zu dem postulierten Anspruch der Zeitung die alltägliche Wirklichkeit auf. Die knapp 90 Besucher und Besucherinnen, einschließlich der Musiker und Musikerinnen, sind wohl eher im traditionellen rechten Spektrum zu verorten, davon zeugte Auftreten und Symbolik.

Das Fest unter dem Motto „Liedg(l)ut: Freies Volk in freiem Land" wurde mit den begrüssenden Worten von Friedrich Baunack und Siegfried Bublies eröffnet. Baunack kam dann auch die Ehre zu statten, den musikalischen Reigen zu eröffnen. Schon im letzten Jahr verzauberte er mit seiner Musik die „Kameradschaft Ost-Westfalen Lippe", als er auf Einladung der „Initiative Widerstand" von Meinhard Otto Elbing und Bernd Stehmann in Steinhagen auftrat.



Als zweite Attraktion betrat die „Wandervogelgruppe" der „Birkler" die kleine Bühne. Die „Birkler", die zur äußersten Rechten innerhalb der Bündischen zu zählen sind, präsentierten ihre traditionellen Heimat-, Volks- und Fahrtenlieder. Im Anschluß trat Dirk Bojer aus Berlin auf, der besser bekannt ist unter dem Namen „Sleipnir". Für die anwesende zwölfköpfige Gruppe Kahlgeschorener war das wohl auch der Höhepunkt des Tages, gilt Bojer in der rechten Skinhead-Szene doch als Abklatsch des NPD-Liederbarden Frank Rennicke. Der anschließende Auftritt der Formation „Carpe Diem" aus Esslingen fiel aus, da der Sänger verhindert war. Dennoch wurde der anwesenden Band auf der Bühne Zeit geboten, ihre Initiative „Identität durch Musik" vorzustellen. Ihrem Erscheinungsbild einer Schülerband entspricht das Konzept der Initiative. Altbekannter Nationalismus und Ethnopluralismus aufgefrischt mit den Worten von Oberschülern. Dementsprechend mager ist die Resonanz aus der RechtsRock-Szene auf die Initiative, ist es doch nur alter Wein aus neuen Schläuchen. Die nächste musikalische Darbietung stammte von der Formation „Eichenlaub" aus Thüringen, deren Bekanntheit zu einem gewissen Grad wohl auch dem Merchandising der „Blood & Honour"-Sektion Niedersachsen zu verdanken ist. Jene vertrieben ein Live-Video von der Band, daß bei einem Liederabend der mittlerweile verbotenen Organisation aufgenommen wurde. Zurück in die Gefilde bündischer Sangeskunst ging es mit dem folgenden Auftritt des „Freibund", dem ehemaligen „Bund Heimattreuer Jugend". Ihr Auftritt sorgte für die größte Resonanz am Tage. Den Konzertabend beschloß der Liedermacher Martin Puls aus München. Ausgeklungen ist das Fest nach dem abendlichen Tanze am folgenden Tag bei einem gemeinsamen Frühstück.



Festzuhalten bleibt, daß trotz der Vielfalt versprechenden Einladungen die musikalischen Darbietungen altbekannt Eintöniges boten. Die ebenfalls eingeladenen Musikgruppen der neuen deutschen Folklore wie „Dies Natalis", „Forseti" und „Hekate" waren nicht erschienen, ebensowenig die Formation „Allerseelen" und die aus dem Heavy-Metal-Genre stammende Band „Empyrium" noch die Bands „Dies Irae" und „Nordwind" aus der extrem rechten Skinhead-Szene. So ist der erste Versuch vorerst gescheitert, all jene zusammenzubringen, die am Neuerstarken nationaler Identität an verschiedensten Stellen mitwirken.

Andreas Speit

Grenzzieher

Eine Entwarnung vor der „Neuen Rechten“ gibt Armin Pfahl-Traughber nicht. Doch in seiner Publikation „'Konservative Revolution' und „Neue Rechte“ verblasst die Relevanz und Potenz der Intellektuellen der extremen Rechten.

Bei der bundesdeutschen „Neuen Rechten“, definiert Pfahl-Traughber, handele es sich „um eine geistige Strömung, die sich primär am Gedankengut der Jungkonservativen, also der Konservativen Revolution“ ausrichte und die „Ideen von intellektuellen Sympathisanten und Wegbereitern des italienischen Faschismus“ aufgreife und sich ferner auf die „französische Neuen Rechte“ beziehe. Aus der Absicht heraus, „mittels der Diffamierung oder Umwertung demokratischer Begriffe die Delegitimation des demokratischen Verfassungsstaats“ voranzutreiben und dessen „Aufhebung“ zu erlangen. Erscheint die Definition auf den ersten Blick als treffend, offenbart sich beim genauen Betrachten ihre Unzulänglichkeit: Dadurch, dass Pfahl-Traughber die „Konservative Revolution“ auf ihre jungkonservative Strömung reduziert, negiert er ihre nationalrevolutionäre und wertkonservative Strömung. Als Begründung führt er an, dass die Nationalrevolutionären vom Volk und nicht vom Staat ausgehend denken würden. Sollte diese vermeintliche Differenz schon hinterfragt werden, müssen ferner die nationalrevolutionären Affinitäten und Kontakte zu den Jungkonservativen betont werden. So tief und unüberwindbar waren weder die Grenzen innerhalb der „Konservativen Revolution“, noch sind sie es bei der „Neuen Rechten“. Aufgrund dieser Reduzierung erscheint ein statisches Bild von der „Neuen Rechten“, das Verschiebungen und Bewegungen innerhalb der Intellektuellen der extremen Rechten nicht aufzeigen kann. Aber auch dessen Einfluß auf die Gesellschaft engt Pfahl-Traughber dadurch ein. Deutlich hebt er die Erosion der Abgrenzung zwischen „konservativen und bestimmten rechtsextremistischen Intellektuellen“ hervor, sagt aber wenig zu den Auswirkungen und Einflüssen auf die Sozialdemokratie und die Grünalternativen. Aus dieser Logik heraus überrascht es nicht, dass Pfahl-Traughber das Aufzeigen der Affinitäten von „Neuer Mitte“ und „Neuer Rechte“ kontinuierlich kritisiert. Bei dieser Mission geschieht es dann auch, dass eine der zentralen Figuren der „Konservativen Revolution“ und „Neuen Rechten“ (Ernst Jünger) nicht erscheint. Die fragwürdigen analytischen Aussagen überlagern die tiefgehende Darstellung der einzelner Protagonisten in der komprimierten und ansonsten detaillierten Studie.

Armin Pfahl-Traughber: „Konservative Revolution“ und „Neue Rechte“. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat. Opladen 1998, 28 Mark.

„Alles unsre Jungs“

„Ich glaube, dass die ExpertInnen, die wir uns eingeladen haben, dazu viel zu sagen wissen und ich bin mir sicher, dass es genügend Stoff für eine spannende Diskussion geben wird.“ Mit diesen Worten schloß Angela Marquardt die Eröffnung zur Tagung „'Alles unsre Jungs' Zwischen akzeptierender und antifaschistischer Jugendarbeit“. Nun liegt die Dokumentation vor. Zu der Tagung in Berlin waren verschiedene VertreterInnen von Projekten und Organisationen eingeladen worden, unter anderem Bernd Wagner vom „Mobilen Beratungsteam Brandenburg“ und die Broschürengruppe „Rosen auf den Weg gestreut“.

Bewusst sind keine Befürworter der akzeptierenden Jugendarbeit eingeladen worden, da auf der Grundlage des bestehenden Ansatzes untersucht werden sollte, welche grundsätzlichen Alternativen sich bieten – und wen man dabei „rechts“ liegen lassen sollte. Diese Intention spiegelt auch die aus der Tagung entstandene Broschüre wieder. Es wird versucht, der Antwort auf die Frage näher zu kommen, wie eine konstruktive Jugendbildungsarbeit im konkreten und Jugendarbeit im generellen aussehen könnte. Eine zentrale Aussage: nicht um die Täter, sondern um die Opfer und die Jugendlichen muss sich gekümmert werden. Eine weitere: die Normalisierung völkischer Stimmungen werden bei dem Konzept nicht beachtet.

Fazit der AutorInnen: eine Perspektive kann nur außerhalb des Models der akzeptierenden Jugendarbeit liegen.

Bezug: Arbeitskreis Zukunft, Platz der Republik 1, 11011 Berlin. Wieder erhältlich ist auch die erste kritische Broschüre „Rosen auf den Weg gestreut“ (5 Mark,

Neuerscheinung zum weltweiten Revisionismus

Nach der gerichtlichen Abweisung der Verleumdungsklage des Holocaust-Leugners David Irving gegen die US-Historikerin Deborah Lipstadt ist beim „Searchlight Educational Trust“ eine neue englischsprachige Broschüre erschienen. Sie beleuchtet ausführlich den Prozess und Irvings Rolle innerhalb der weltweiten Gemeinde der Holocaust-Leugnenden, beinhaltet aber auch eine Darstellung des nationalsozialistischen Mords an den europäischen Juden selbst und ein Interview mit einem Holocaust-Überlebenden über dessen Rezeption der Gerichtsverhandlung. Zusätzlich wird ein Überblick gegeben über die Verbreitung der Holocaust-Leugnung in Deutschland, Polen, Russland und den USA. Eine Porträtierung der umtriebigsten Revisionisten schliesst den Band ab. Eine insgesamt sehr empfehlenswerte Broschüre.

Kate Taylor (Hg.): Holocaust Denial - The David Irving trial and international revisionism, Searchlight Educational Trust, London 2000, 100 Seiten (ISBN 0952203855)

Deutscher Nachbarsbesuch

Am 14. November ist ein geistig behinderter Mann kurz nach dem Bezug seiner neuen Wohnung in Eisenach von seinem Nachbarn misshandelt worden. Dieser habe sich durch den „Lärm“ des Einzuges gestört gefühlt. Nach dem derzeitigen Stand der Ermittlungen klingelte er mit drei Kameraden an der Tür des behinderten Mannes um diesen zu bedrohen und auf ihn ebenso wie auf seinen zu dem Zeitpunkt in der Wohnung weilenden Besuch einzuschlagen. Die Besucher konnten flüchten, doch der neue Mitbewohner wurde in die Wohnung des Nachbarn verschleppt und dort einem fast einstündigen „Verhör“ unterzogen. Bei jeder vermeintlich falschen Antwort schlugen und traten die Rechtsradikalen erneut auf ihn ein. Der Behinderte erlitt schwere Prellungen und ein psychisches Trauma. Aus Angst vor weiteren Angriffen traute er sich nicht, die Polizei zu benachrichtigen – der Nachbar hatte gedroht, „wenn ihr zur Polizei geht, findet ihr euch im Sarg wieder“. Erst am nächsten Tag meldete ein Betreuer den Vorfall der Polizei, die den Nachbarn einen Tag später verhaftete. In seiner Wohnung fanden die Einsatzkräfte zahlreiche neonazistische Devotionalien. Bereits im September war er wegen gefährlicher Körperverletzung zu vier Monaten Jugendarrest verurteilt worden. Von einem militanten Neonazi wollten die Eisenacher Behörden aber nicht sprechen. Inzwischen sitzt er wegen gefährlicher Körperverletzung, Nötigung und Freiheitsberaubung in Haft.